

125. Bergedorfer Gesprächskreis

**Europa neu begründen – Kulturelle Dimensionen
im Integrations- und Erweiterungsprozess**

24.–26. Januar 2003 in der Elb Lounge, Hamburg





INHALT

Fotodokumentation	1
Teilnehmer	18
Zusammenfassung	19



Protokoll

Begrüßung	21
I.	
Geschichte und Wirklichkeit europäischer Kultur	23
II.	
Aufgaben der Kulturpolitik im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union	63
III.	
Europas kulturelle Rolle in der Welt	96

Annex

Teilnehmer	135
»Völkertafel«	142
Literaturhinweise	144
Glossar	145
Register	161
Bisherige Gesprächskreise	166
Die Körber-Stiftung	187
Danksagungen, Projektinformation, Impressum	188

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

DISKUSSIONSLEITER

Otto von der Gablentz

Botschafter a.D., Geschäftsführender Vorsitzender,
Europa Nostra, Den Haag

REFERENTEN

Prof. Dr. Hélène Ahrweiler,

Rektorin, Europa Universität, Paris

Prof. Dr. Üstün Ergüder,

Direktor, Istanbul Policy Center, Istanbul

Monika Griefahn MdB,

Vorsitzende des Kulturausschusses,

Deutscher Bundestag, Berlin

Prof. Yudhishthir Raj Isar,

Forscher und Berater, Paris

Hywel Ceri Jones,

Vorsitzender, European Policy Centre, Brüssel

Prof. Dr. Karl Schlögel,

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Dr. Gary Smith,

Direktor, American Academy, Berlin

Gijs de Vries,

Niederländischer Vertreter im Europäischen Konvent,

Den Haag

Danuta Glondys,

Direktorin, Villa Decius, Krakau

Dr. Ursula Keller,

Programmleiterin, Literaturhaus Hamburg

Dr. Bernhard Maaz,

Kustos der Alten Nationalgalerie, Berlin

Doris Pack MdB,

Europäisches Parlament, Straßburg/Brüssel

Prof. Dr. Ugo Perone,

Direktor der Kulturabteilung,

Italienische Botschaft, Berlin

Jan Roß,

DIE ZEIT, Berlin

Arne Ruth,

Journalist, Sundbyberg

Prof. Dr. Johano Strasser,

Schriftsteller und Präsident,

PEN Deutschland, Berg

Dr. Levin von Trott zu Solz,

Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin

Hortensia Völckers,

Künstlerische Direktorin,

Kulturstiftung des Bundes, Halle/Saale

Gottfried Wagner,

Generalsekretär, European Cultural Foundation,

Amsterdam

Dr. Klaus Wehmeier,

Körber-Stiftung, Hamburg

Dr. Richard von Weizsäcker,

Bundespräsident a.D., Berlin

Christian Wriedt,

Körber-Stiftung, Hamburg

TEILNEHMER

Jean-Baptiste Cuzin,

Ministerium für Kultur und Kommunikation, Paris

Catherine David,

Direktorin, Witte de With,

center for contemporary art, Rotterdam

Ekaterina Degot,

Ausstellungskuratorin, Moskau

Raina A. Mercedes Echerer MdB,

Europäisches Parlament, Straßburg/Brüssel

Prof. Manfred Eichel,

Chefkorrespondent Kultur, ZDF, Berlin

Prof. Dr. Michael Gehler,

Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

ZUSAMMENFASSUNG

Der hier dokumentierte 125. Bergedorfer Gesprächskreis »Europa neu begründen – Kulturelle Dimensionen im Integrations- und Erweiterungsprozess« fand vom 24. bis 26. Januar 2003 in Hamburg statt. Ein Kreis von Politikern, Kulturschaffenden und -vermittlern, Wissenschaftlern und Publizisten vieler Länder und aller Teile Europas erörterte in anderthalb Tagen ein breites Spektrum von Fragen zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft europäischer Kultur und deren politischer Bedeutung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat Europa die Teilung der Vergangenheit überwunden, und es wird, dies war die Arbeitshypothese dieses Gesprächskreises, neu begründet und, ja: gegründet. Zum selben Zeitpunkt fanden die Erörterungen des Verfassungskonvents zu kulturpolitischen Fragen vom Gottesbezug in der Präambel bis zur Kulturförderungspolitik statt, wie auch die Höhepunkte der transatlantischen und innereuropäischen Irak-Kontroverse. Wenige Tage vor der Tagung führte US-Staatssekretär Rumsfeld mit großer öffentlicher Resonanz die Unterscheidung zwischen einem »alten« und einem »neuen« Europa in die Debatte ein und gab ihr damit zusätzliche Dynamik.

Der erste Teil des Gesprächskreises diente einer ausführlichen Vergewisserung über die Grundlagen der europäischen Kultur – und damit über Europas Selbstverständnis. Je nach persönlichem Standpunkt gehörten dazu historische und philosophische Herleitungen ebenso wie künstlerische und politische Aspekte. Nicht erst die Frage, was »europäische Kultur« sei, wurde kontrovers erörtert, sondern strittig war bereits, ob es überhaupt eine solche gebe – in Zeiten kultureller Globalisierung. Ist Kultur ein umfassender Begriff zur Beschreibung aller Lebensanschauungen und -ordnungen, also auch der Wirtschaft und Politik, oder ist es das Feld der Künste? Wie verhalten sich die Künste zur Gesellschaft – und umgekehrt? Welche fortwirkende Bedeutung haben die Traditionen, die sich mit den Ortsnamen Jerusalem, Athen und Rom verbinden? Ist Europa ein geschlossener Raum oder eine Idee? Eine unerhörte Vielfalt von Fragestellungen, Sachverhalten und Anschauungen kam ans Licht.

Fußend auf diesen sehr grundsätzlichen Auslotungen widmete sich der zweite Tagungsabschnitt den Aufgaben der Kulturpolitik im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union. Weit gehende Einigkeit bestand dahin gehend, dass die Erweiterung der EU eine große Chance sei, nach Jahrzehnten starker Konzentration auf politische und ökonomische Integration die kulturelle Dimension Europas voranzubringen. Die kulturelle Europäisierung Europas nach dem Zeitalter des ideologischen Ost-West-Konflikts könne sich als das zentrale Projekt der nächsten Jahrzehnte erweisen – zur Überwindung mancher inner-

gesellschaftlicher Krisensymptome der Gegenwart. Indessen wurde deutlich, dass hier im saturierten Westeuropa andere Prioritäten gesehen werden als im (süd-)östlicheren Teil, wo nach jahrzehntelanger Ideologisierung zunächst nationalstaatliche Kulturprioritäten betont werden. Erörtert wurde das ganze breite Spektrum kulturpolitischer Herausforderungen und Optionen auf »europäischer« Ebene (Art. 151 EU-Vertrag, Programme wie Erasmus u.Ä.) sowie im zwischengesellschaftlichen, grenzüberschreitenden Zusammenhang. Einigkeit bestand darüber, dass der Kultur im umfassenden Sinn des Wortes eine zentrale Rolle im Prozess der Vereinigung Gesamteuropas zukomme.

Der abschließende Teil des 125. Bergedorfer Gesprächskreises war der Beziehung Europas zur übrigen Welt gewidmet. Angeregt durch einige Außenansichten wurden die Ambivalenzen einer abgrenzenden Definition europäischer Identität erörtert. Gerade die Erfahrungen von Vielfalt und Diversität ermöglichten es, so wurde übereinstimmend festgestellt, anderen Regionen der Welt Bereicherung und Stabilität zu vermitteln. Umgekehrt sei eine weitere Vertiefung europäischer Integration gerade im kulturellen Bereich nicht zuletzt deswegen unerlässlich, weil nur so eine verantwortliche Rolle in der sich entwickelnden neuen Weltordnung ausgeübt werden könne. Der mögliche Beitritt der Türkei zur Europäischen Union wurde unter kulturellen Aspekten intensiv erörtert und als beispielhaft für die Frage angesehen, wie sich das Selbstverständnis Europas weiterentwickeln werde. Als besonders fruchtbarer Aspekt dieses Gesprächskreises wurde der Versuch gewürdigt, durch die Strukturierung der Themenstellung und die Auswahl des Teilnehmerkreises die traditionell eher getrennt verlaufenden Diskurse der Kulturschaffenden und der Politik zusammenzuführen und dadurch in eine produktive Spannung zu bringen.

PROTOKOLL

Begrüßung



Das Thema »Europa neu begründen – Kulturelle Dimensionen im Integrations- und Erweiterungsprozess« halte ich nicht nur für überaus reizvoll, sondern auch von weiter wachsender politischer und historischer Bedeutung. Die europäische Kultur ist überreich, aber man gewinnt gelegentlich den Eindruck, dass es noch größerer Anstrengungen bedarf, um den Menschen, die in Europa leben, eine Vorstellung der europäischen Kultur als prägendes Gefühl der Identität zu geben: nämlich der kulturellen Einheit in ihrer großen Vielheit, so wie es über die Jahrhunderte war.

Mit diesem Thema wollen wir uns auseinander setzen und ich freue mich, dass Herr von der Gablentz sich bereit erklärt hat, uns durch dieses Gespräch zu führen.

von Weizsäcker

Anmerkung: Dieses Protokoll enthält eine von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern autorisierte, überarbeitete Version ihrer mündlichen Beiträge.

I. Europäische Kultur: Geschichte, Wirklichkeit und Relevanz



Ich möchte einleitend kurz begründen, warum wir das Thema »Europa neu begründen« gewählt haben. Unter diesem gemeinsamen, etwas herausfordernden Titel wollen wir drei Themenbereiche diskutieren. Zum einen ist das die Geschichte und die Wirklichkeit europäischer Kultur. Zweitens die Rolle der Kultur beim Neuaufbau Europas, den wir jetzt für das 21. Jahrhundert gestartet haben, und die Aufgaben der Kulturpolitik in diesem Zusammenhang. Und drittens: Wo steht die europäische Kultur – und das Bewusstsein, zu ihr zu gehören – in einer sich rasend schnell verändernden Welt? Ist Kultur ein Teil der Selbstbehauptung Europas in der modernen Welt?

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zum Titel »Europa neu begründen«. Das deutsche Wort »begründen« hat eine doppelte Bedeutung. Es bedeutet gleichzeitig, eine Sache »neu zu gründen« und Gründe zu geben für eine Entwicklung. Beides sehe ich zurzeit in Europa.

In den letzten Jahren haben wir alle – glücklicherweise auch auf politischer Ebene – das Gefühl entwickelt, dass wir dabei sind, ein neues, anderes Europa zu schaffen mit dem großen Erweiterungsprozess, der von der aktuellen Erweiterungsrunde bis zu einer Erweiterung reicht, die in sagen wir 10 Jahren zu einigen 30 Mitgliedsstaaten führen wird, vom Balkan bis in die Türkei. Dieses Europa wird anders sein, da wir in einer anderen, sich schnell wandelnden Gesellschaft leben, die neue Anforderungen an Europa stellt. Es muss sich in einer anderen Welt zurechtfinden als in der, mit der sich die Gründungsväter vor einem halben Jahrhundert auseinandersetzen mussten.

Weiterhin muss, wie zu Beginn des Integrationsprozesses, die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung erneut beantwortet werden. Neu ist, dass es gegenwärtig darüber eine europäische Diskussion gibt und dass Europa sich nicht mehr in der bisherigen Form weiterentwickeln kann, nämlich als Reaktion auf Sachzwänge und Herausforderungen, die von außen kamen. Ein Erfolg des Konvents, der sich schon jetzt verbuchen lässt, ist, dass eine Debatte entstanden ist, der sich auch die Regierungen nicht entziehen können. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Außenminister, die später die Intergouvernementale Konferenz bestimmen werden, es heute für richtig halten, im Konvent aufzutreten. In diesem Sinne wird Europa zweifach neu begründet.

Das große Problem bei allen diesen aufregenden und faszinierenden Entwicklungen ist, dass die Diskussion sich auf eine Weise vollzieht, die den Durchschnittsbürger und die alltägliche demokratische Debatte nicht berührt. So haben wir zum Beispiel in den Niederlanden, wo ich zurzeit wohne, vor kurzem eine

von der Gablantz

Europa neu gründen und neu begründen

Europa an das Denken der Bürger anbinden



komprimierte Wahlkampagne von nur drei Wochen gehabt, in der das Wort »Europa« trotz der spannenden Entwicklungen nicht fiel. Und das in einem Land, das zu den Pionieren der europäischen Integration gehört. Ausgangspunkt unseres Gesprächskreises über »Europa neu begründen« könnte die Herausforderung sein, die europäische Ebene wieder anzukoppeln an das, was die Menschen und vielleicht besonders die Intellektuellen denken. Dies wäre ein Schritt hin zu einer Demokratisierung Europas. Frau Keller hat gestern Abend in ihrem Vortrag gesagt, dass sich die europäischen Schriftsteller nicht mehr mit Europa auseinandersetzen. Von daher frage ich, wie wir das Denken der Menschen wieder an die europäische Idee ankoppeln können. Ich denke, das ist die Grundfrage, der wir uns stellen sollten.

Unser erstes Thema, die Geschichte und Wirklichkeit europäischer Kultur, wird durch kurze Beiträge von Frau Ahrweiler und Herrn Schlögel eröffnet. Damit kommen Ideen aus dem westlichen und südlichen sowie aus dem östlichen Bereich Europas, auf den sich Herr Schlögel spezialisiert hat, zum Ausdruck.

Ahrweiler

Ich möchte mit einer Beobachtung beginnen, die mir offensichtlich erscheint. In Europa steht Kultur nur dann auf der Tagesordnung, wenn es bei anderen Fragen zu Schwierigkeiten kommt. Obwohl die Verträge von Maastricht und Amsterdam gute Kulturparagrafen enthalten, haben wir in diesem wichtigen Bereich in der Praxis nicht viel unternommen. Lassen Sie mich versuchen zu erklären, warum.

Zunächst zur Beziehung von Kultur und Geschichte. Besteht Kultur nur aus vergangenen Leistungen, oder trägt sie auch zur dynamischen Entwicklung unserer Zukunft bei? Als Historiker befassen wir uns mit der *longue durée* und unterscheiden zwischen Ereignissen und dauerhaften Phänomenen. Wir sagen oft: »Die Vergangenheit ist niemals ganz vergangen.« Für uns schafft einerseits die Geschichte den Menschen, andererseits der Mensch die Geschichte. Definieren wir Kultur als die Umstände, die uns zu dem machen, was wir sind, dann ist Geschichte sicher der beste Spiegel der Kultur.

Nur für die Elite gibt es eine »europäische Kultur«

Gibt es eine europäische Kultur? Die Vorstellung, dass Europa eine geistige und moralische Einheit bildet, stammt aus der Renaissance. Als Francis Bacon »wir Europäer« schrieb, konnte er davon ausgehen, dass seine Leser wussten, was er meinte und was sie trotz ihrer nationalen Unterschiede gemeinsam hatten. Aus nur einem Jahrhundert später stammt jedoch diese populäre »Völkertafel«¹, die

¹ Siehe Seite 142–143

Wenn Kultur sich dem Neuen verschließt, kann sie die weitere Integration von Menschen verhindern.

Ahrweiler

Unterschiede zwischen den europäischen Völkern hervorhebt und damit die Vision eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins ersetzt. Diese relativ direkte Gegenüberstellung der Eigenschaften von Franzosen, Deutschen und interessanterweise »Griechen oder Türken« spiegelt das damalige Volksverständnis von europäischer Kultur. Sogar im 18. Jahrhundert gab es also zwei grundsätzlich verschiedene Ansichten über Europa. Bacons Leser gehörten zur geistigen Elite, deren Bemühungen um die Entwicklung eines europäischen Kulturmodells sich in allen künstlerischen Leistungen Europas entdecken lassen. Sie teilte auch eine Leidenschaft für römische, griechische und türkische Kultur. Diese gemeinsame Denkweise der Elite führte zur Idee Europas. Dem steht die selbstbezogeneren Sichtweise der einfacheren Menschen gegenüber, der es fremd war, Kultur oder Geschichten auch nur mit den besten Nachbarn zu teilen.

Ich glaube, dass beide Denkweisen bis heute fortbestehen. Das heißt, dass die Teilhabe der meisten Menschen an ihrer nationalen oder lokalen Kultur nicht unbedingt zur Akzeptanz anderer Kulturen führt, die ihrerseits auf ihre Leistungen stolz sind. Auf Kultur basierte die Identität europäischer Eliten, doch wenn Kultur sich dem Neuen verschließt, kann sie die weitere Integration von Menschen verhindern, die gemeinsame – meist wirtschaftliche und politische – Interessen, aber unterschiedliche nationale und lokale Kulturen haben.

Kann Kultur also heute durch ihre Mystifizierung der Politik gefährlich werden? Das Festhalten der europäischen Nationen an ihrer jeweiligen Sprache erschwert die Integration und stellt für mich einen gewissen kulturellen Isolationismus dar. Die geistige Elite, welche die europäische Idee entwickelte, sprach Latein und verzichtete somit auf ihre nationale Sprache. Doch damit möchte ich nicht für Englisch als gemeinsame Sprache plädieren, dann sollten wir noch lieber die europäische Integration über die Wirtschaft statt über die Kultur einfädeln, so wie Jean Monnet es getan hat. Ich sehe daher in der Kultur kein wirksames Integrationsinstrument.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwischen Kultur und Zivilisation unterscheiden, so wie wir zum Beispiel von einer Bauern- oder Arbeiterkultur sprechen, aber nicht von einer Bauern- oder Arbeiterzivilisation. Die Elemente, die alle Kulturen in Europa gemeinsam haben, bilden die Basis der europäischen Zivilisation. Oft werden diese Gemeinsamkeiten von Menschen artikuliert, die von außen auf Europa blicken. Paul Valéry beschreibt in seiner Studie über das Wort »europäisch« drei solche gemeinsamen Elemente, die symbolisch von Athen, Rom und Jerusalem dargestellt werden. Athen steht für die altgriechische Denktradition des

Eine Überbetonung der Kultur kann Integration gefährden

Die europäische Zivilisation beruht
auf Demokratie, Dialog, Entwicklung
und Menschenrechten

Rationalismus. Roms Erbe ist das der lokalen Verwaltung, und Jerusalem steht für die jüdisch-christliche Spiritualität. Dies waren und sind die Charakteristika des europäischen Geistes, auf dessen Werten die europäische Zivilisation noch heute basiert. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang Voltaire zitieren: »Die Völker Europas besitzen humanitäre Prinzipien, die sich in anderen Teilen der Welt nicht finden lassen. Christliche Europäer sind heute das, was Griechen in der Vergangenheit waren.«

Das war die Vergangenheit. Auf dieser Basis werden wir weiter unsere Zukunft bauen und dabei neue Bestandteile hinzufügen. Für unsere Weiterentwicklung müssen wir uns auf unser kritisches Denken verlassen, das stets den europäischen Geist gekennzeichnet hat. So sollte für alle Bürger Europas der Wert der diskursiven Demokratie bekräftigt werden, einer notwendigen Bedingung für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung. Genauso muss das Prinzip der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden, also die Notwendigkeit, die Interessen künftiger Generationen zu schützen. Die vier Säulen europäischer Zivilisation beginnen auf Französisch mit einem »D«: *Démocratie, Dialogue, Développement* und *Droits de l'Homme*. Diese »vier Ds« werden die Grundlagen für die Sozialstruktur unseres neuen Europa bilden, aus der eine neue gemeinsame Kultur entstehen wird. Vielleicht kann man dann von einer europäischen Kultur sprechen, ohne die Völker Europas zu alarmieren, die ihre eigene kulturelle Identität bewahren möchten. Um aus einer Sozialstruktur diese neue gemeinsame Kultur zu schaffen, müssen wir uns der Bildung bedienen. Wir brauchen eine Bildung, die besonders im Hinblick auf Geschichte, Kunst und Sprache weniger national und mehr europäisch ausgerichtet ist.

Aus dieser Definition europäischer Zivilisation folgt, dass alle Völker des Kontinents, welche die »vier Ds« achten und bereit sind, die Früchte ihrer Entwicklung zu teilen und den Frieden zu erhalten, ihren Platz in der Europäischen Union finden müssen. Die EU ist historisch insofern einzigartig, als hier erstmals Länder ohne militärische Gewalt eine wirtschaftliche und fast politische Einheit bilden. Ich möchte unterstreichen, dass die Europäische Union kein multinationales Imperium ist. Vielmehr ist sie eine Region in einer globalisierten Welt, aber nicht, wie früher, Mittelpunkt dieser Welt. Dies ist der Fall, obwohl viele der globalen Werte, insbesondere die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen, im europäischen Denken und seinen Leistungen verwurzelt sind.

Ich schließe mit einem Verweis auf Arthur Rimbaud, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts sagte, wir sollten zur Integration Europas vielleicht nicht bei der

Geografie ist ausschlaggebend, wenn auch nicht hinreichend für die Definition Europas.

Schlögel

Kultur beginnen, die im Übermaß eher hinderlich sein könnte. Stattdessen sollten wir bei der Bildung anfangen, in der Hoffnung, am Ende zu einer europäischen Kultur zu gelangen.

Frau Ahrweiler endet mit einem klaren Auftrag an die Europäische Union: Kümmert euch um die Erziehung der Europäer, sonst wird die europäische Kultur nicht ihre wesentliche Rolle für Europa spielen können. Herr Schlögel, wir sind nun gespannt auf Ihre Perspektive zu unserem Thema.

Meines Erachtens wird es uns nicht weiterführen, wenn wir in diesem ergebnisoffenen Brainstorming eine essentialistische Diskussion führen über die Fragen »Was ist Europa?« oder »Was ist die europäische Kultur?«. Diese Fragen werden in der Diskussion immer wieder anklingen, und wir werden sehen, welche Vorstellungen es darüber gibt. Mein Bild von Europa wird wahrscheinlich Widerspruch hervorrufen. Für mich ist Europa im Wesentlichen ein geografischer Raum, ein Kontinent plus der Geschichten, die sich auf ihm ereignet haben, und nicht primär ein Katalog von Prinzipien. Deswegen gehört zu meinem Europa die produktive und faszinierende Reichtums-Geschichte Europas, aber auch die Katastrophen-Geschichte. Europa ist für mich Immanuel Kant und Adolf Hitler, die Kathedrale von Chartres, der Archipel Gulag, die Hagia Sophia und der große Baumeister Sinan. San Francisco, Wladiwostok und Tokio gehören gewiss zu dem, was man als europäische Wertewelt bezeichnet, auch wenn sie nicht in Europa liegen. Daher ist für mich ganz klar, dass Geografie ausschlaggebend, wenn auch nicht hinreichend für die Definition Europas ist.

Lassen Sie mich für die weitere Diskussion sechs Punkte nennen.

Erstens: Europa neu entdecken. Europa nach 1989 ist für viele von uns ein fremdes Europa, das sich geöffnet hat, das man bereisen und entdecken kann und das sich vor allem selbst in seiner unglaublichen Schönheit und seinem Reichtum neu entdeckt. Wir befinden uns inmitten der Rekonstruktion des europäischen Kulturraums als Ganzen und treten damit heraus aus den Beschädigungen der Weltkriegsepoche und des Kalten Kriegs. Wir erleben mit eigenen Augen die Europäisierung des Horizonts und den Versuch, eine neue Sprache für Erfahrungen zu finden, die bisher gegeneinander gestellt waren. Es fängt ein großes babylonisches Sprachengewirr über neue Erzählungen in Europa an, die endlich zusammenkommen können. Deswegen sind in letzter Zeit besonders das Auskundschaften und das Entdecken des alt-neuen Europas gefragt, seiner Land-

von der Gablentz

Schlögel

Europa = Kontinent + Geschichte(n)

Wir sollten das neue Europa entdecken ...

Das Europa der Kriechströme

Schlögel

schaften, seiner Autoren, seiner Kulturen. Dieser Prozess der Neuvermessung Europas ist nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch kulturell.

Zweitens möchte ich anknüpfen an das, was Herr von der Gablentz gesagt hat: Ich halte den Terminus der »Neubegründung Europas« für den einzig angemessenen. Die bürokratische Terminologie, in der wir meist über das neue Europa sprechen, nämlich »Ost-Erweiterung« oder »Beitritt«, ist dagegen völlig unangemessen, da sie suggeriert, dass Bürokratien Meister des Verfahrens wären. In Wahrheit handelt es sich um eine tief greifende Umwälzung, in der alles auf den Prüfstand kommt und neu begründet werden muss. Dieser Prozess der Neukonstitution wirft die Frage auf, ob wir dem wirklich gewachsen sein werden und wer die Hauptakteure in ihm sind. Ich halte es für ein Vorurteil, dass dies unbedingt Intellektuelle oder Künstler sein müssen. In der konkreten Analyse sind es ganz unterschiedliche Leute, die sich auf den Weg in diese Umwälzung gemacht haben. Manchmal erfährt man von Unternehmern, die nach Russland oder in die Ukraine reisen, weit mehr als von Intellektuellen oder Schriftstellern, die nie aus ihrer Stube herausgekommen sind.

...das in Kriechströmen
zum Ausdruck kommt

Drittens: Kriechströme. Wir sind Zeugen der Entstehung eines neuen Europa, das man überall beobachten kann. Dieses neue Europa ist sehr vielschichtig – es gibt beispielsweise das Konferenz-Europa und das Brüssel-Europa. Es gibt das Basar-Europa, also jene Frauen und Männer, die zwischen Riga, Minsk und Istanbul Handel treiben. Es gibt das Agrar-Europa mit den Subventionen; es gibt das Europa der Schwulen, die sich geradezu pioniermäßig um die Neuvernetzung der Gay-Szene bemühen; es gibt das Zeitungs-Europa, und es gibt das Prominenten-Europa. Dieses neu entstehende Europa – die Amerikaner würden sagen »Europe in the making« – kommt in Kriechströmen zum Ausdruck. Dieser Terminus stammt aus der Physik und der Elektrotechnik und beschreibt jene Ströme, die zwar bereits existieren, aber noch nicht wahrgenommen werden, da sie statistisch noch unerheblich sind, die aber irgendwann hervortreten werden. Das Europa der Kriechströme ist eine äußerst aufregende Szene, deren Indikatoren jeder beobachten kann. Zum Beispiel entstehen neue Städte innerhalb der bestehenden Metropolen: In Berlin erleben wir die Bildung einer neuen Stadt mit 130.000 bis 140.000 Russen und Zehntausenden von Polen. Ähnlich bildet sich in Budapest eine »Chinesen-Stadt« mit 20.000 bis 40.000 Einwohnern. Andere Beispiele sind die jungen Russen in Oxford, die sich nicht mehr von anderen Mitgliedern der *scientific community* unterscheiden, aber auch die Hunderttausenden von LKW-Fahrern, die Woche für Woche von Rotterdam nach Astrachan oder von



Barcelona nach Petersburg fahren, die berühmten Frauen auf den Basaren des östlichen Europas, die Autohändler von Mariampule an der litauisch-ostpreußischen Grenze und die sich ungeheuer entwickelnde Tourismusbranche im östlichen Europa. Ich denke aber auch an Menschen wie Wolf Lepenies, dessen Institute for Advanced Studies überall in Europa Schule gemacht hat. Auch meine Studenten gehören dazu, die vom Zivildienst in Nischni Nowgorod oder Gdansk mit hervorragenden Sprachkenntnissen zurückkommen und damit bereits bei Eintritt in die Universität Kenntnisse besitzen, die in unserer Generation erst an der Universität erworben wurden.

Viertens: Was ist das Maß des neuen Europa? Das neue Europa sollte sich messen an dem Europa, das der Zerstörung vorausgegangen ist, also vor 1939 und vor 1914. Daran zu erinnern ist nicht nostalgisch, sondern es bedeutet, sich zu vergegenwärtigen, wie großartig, stark und reich unser Kontinent vor dem 20. Jahrhundert war, das bekanntlich 1914 begann. Schlüsselfigur für dieses kraftvolle Europa ist für mich Sergej Diaghilew, der Organisator und Impresario der *Saison Russe* von 1909 bis 1929. Durch dieses Projekt können wir Europa als Ganzes mit einer unglaublichen Dichte sehen, die wir bis heute nicht wieder erreicht haben. Das damalige Europa war ein Europa der Netzwerke, der transnationalen Gemeinschaften, das keine Minderwertigkeitskomplexe, aber dennoch Skepsis und Zweifel an sich selbst hatte. Es war geprägt von Personen und nicht von Institutionen, denn es war ein Europa der privaten Mäzene und nicht der Apparate. Kern dieses Europas war nicht die öffentliche Konferenz, sondern der Salon, der auf der Basis privaten Reichtums und bürgerlicher Initiativen entstand. Viele postmoderne Diskurse erscheinen heute nur deshalb neu und originell, weil sie alles davor vergessen haben. Es gab in den zivilisatorischen Zentren der alten Vielvölkerreiche fast alles, was jetzt als gänzlich neu erscheint: multiple Identitäten, multiethnische und multikulturelle Gesellschaften, hybride Kulturen und so weiter. Nur jemand, der nichts vom Europa der Donau-Monarchie, des osmanischen und des russischen Reichs oder der metropolitanen Kulturen der Zwischenkriegszeit weiß, kann glauben, es handele sich bei diesen Erscheinungen um etwas gänzlich Neues. Die transatlantische Welt, die nach 1945 entstanden ist, hat ein sehr kurzes Gedächtnis.

Fünftens: der metropolitane Korridor in Europa. Es ist unwiderruflich, dass Europa nach 1914 von einem bedeutenden Kontinent zu einer Provinz unter vielen Weltprovinzen geworden ist, ganz wie es Dipesh Chakrabarty in seinem Buch »Provincializing Europe« dargestellt hat. Doch im Zuge der Globalisierung wächst

Maßstab ist das Europa vor 1914

Verschiedene Regionen werden sich auseinanderentwickeln

und gedeiht Europa auf ganz neue Art, wenn auch nicht vollkommen nach Plan und ideal. Neben den erwähnten Kriechströmen äußert sich das in der Erscheinung des metropolitanen Korridors. Damit meine ich: Nach dem Wegfall der Ost-West-Grenze sieht sich Europa mit neuen Verwerfungen und Grenzen konfrontiert, die zwischen Zonen hochdynamischer Entwicklung und rabiater Beschleunigung einerseits und Zonen der Verlangsamung und des Herausfallens aus dem globalen Kontext andererseits entstehen. In dem, was ich als metropolitanen Korridor bezeichne, herrscht heute eine Einheitszeit, der Rhythmus der globalen Städte: CNN, Plastik-Geld, E-Mail, Internet und die zirkulierenden Finanzströme. Während zwischen Paris, Berlin, Warschau und Moskau quasi Zeitgleichheit hergestellt ist, können Sie sich insbesondere im östlichen Europa außerhalb dieser Zentren in einem früheren Jahrhundert wiederfinden. Nach 1989 hat sich die homogenisierte Ost-Block-Zeit aufgelöst, und wir können Tag für Tag beobachten, wie Europa wiederum zu einem Ort der Ungleichzeitigkeit wird. In diesem atemberaubenden und konflikträchtigen Schauspiel entstehen in Europa neue Gleichzeitigkeiten und neue Ungleichzeitigkeiten. Während Europa politisch einer Einigung entgegengeht, wird es zunehmend ein fragmentierter, sich fremder Ort, der neu erschlossen und neu erkundet werden muss. In dem Sinn hat Marc Augé Recht mit seiner Aussage, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert der Anthropologen sein.

Sechstens: Wir ahnen etwas vom Ernstfall, auch wenn er noch nicht für alle eingetreten ist. Das goldene Zeitalter der Nachkriegszeit, von dem Eric Hobsbawm gesprochen hat, ist zu Ende. Ich bin überzeugt, dass der Abwicklung Ost auf andere Art nun die Abwicklung West folgen wird, in der alles auf den Prüfstand kommt und in der Zustände, die unhaltbar geworden sind, abgewickelt werden. Wir müssen uns fragen, welche Rolle die Kultur, die Künste und Wissenschaften in diesem dramatischen Prozess der Transformation spielen werden. Ich glaube, dass dieser Prozess zwei Seiten hat. Einerseits eine Verrohung und Barbarisierung durch die Entstehung eines Darwinschen Kampfs ums Überleben. Darin ist gleichzeitig aber die Chance enthalten, sich auf das Unverzichtbare zu besinnen, vielleicht auch die Spreu vom Weizen zu trennen oder eine neue Liebe zum Realismus zu entwickeln.

Ich möchte mich abschließend auf die aktuelle politische Diskussion beziehen. Die Auseinandersetzungen, die sich um den Ausspruch von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld über das »alte« Europa entsponnen haben, sind nicht zufällig. Seine Äußerung reflektiert eine reale Spannung. Für mich ist es

Die transatlantischen Beziehungen
müssen neu konfiguriert werden



selbstverständlich, dass nach dem Ende der Ost-West-Konfiguration der Westen und die transatlantische Welt nicht in ihrer alten Homogenität, Geschlossenheit und Eindeutigkeit weiterleben können, sondern dass sie neu konfiguriert und austariert werden müssen. Dabei wird Europa natürlich eigenständiger werden, so wie auch Amerika eigenständiger auftritt. Anstatt auf diese Äußerung von Rumsfeld mit einer Retourkutsche zu antworten, wie dies in großen europäischen Zeitungen geschehen ist, sollten die europäischen Schriftsteller und Intellektuellen sich lieber damit auseinandersetzen, was sie in Anbetracht der neuen Bedrohung durch den de-territorialisierten Terror tatsächlich tun werden. Ich hätte es begrüßt, wenn die Intellektuellen, die sich jetzt über Rumsfeld mokieren, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 darüber diskutiert hätten, wie unsere so verwundbaren Zivilisationen, unsere offenen Gesellschaften und unsere großartigen Städte sich gegen diese neue Form der Bedrohung verteidigen können.

Ich denke, damit haben wir genügend Anregungen für unsere Diskussion auf dem Tisch.

von der Gablentz

Lassen Sie mich einige Bemerkungen aus der Sicht eines Zeithistorikers anfügen. Der Bezug zum Thema Kultur ergibt sich nicht nur dadurch, dass Zeithistoriker nach österreichischem Steuerrecht Schriftsteller sind, sondern auch dadurch, dass Kultur ohne Geschichte nicht zu verstehen ist, speziell im europäischen Kontext. Gerade das Stichwort der »Kriechströme« lädt dazu ein, darüber nachzudenken, was die Zeitgeschichte zur Geschichte und Kultur Europas beigetragen hat. Eine Bestandsaufnahme der westeuropäischen Zeithistoriographie zeigt – und ich denke, Herr Schlögel wird das für Ost- und Mitteleuropa bestätigen können –, dass sich hier allenfalls ein Kriechstrom in Richtung mehr transnationaler europäisierter Geschichte erkennen lässt. Zeitgeschichte ist nach wie vor Ausdruck der nationalen Geschichtskulturen und spielt sich im Schatten der nationalstaatlichen Paradigmen ab, wenngleich man eine tendenzielle Rückzugsbewegung des Nationalen in diesen Zeitgeschichten erkennen kann. Das Dilemma der Zeitgeschichte ist ihre zunehmende Spezialisierung, die einerseits zu einer Diversifikation, andererseits aber auch zu einer Beliebigkeit an Themen führt, die es kaum mehr gestatten, zusammenfassende, bündige Thesen zu formulieren. Auffallend ist, dass zumindest die westeuropäischen Zeitgeschichtsschreibungen sich so gut wie nicht wechselseitig wahrnehmen, trotz Telefon, Fax, E-Mail und Internet.

Gehler



Die Zeitgeschichtsschreibung
bleibt überwiegend national

Im Kontext der nationalen Debatten leisten die Zeitgeschichten sehr viel, mehr als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. Das äußert sich zum Beispiel in ihrem Beitrag zur Erosion nationaler Identitäten, die man in Österreich, der Schweiz, Italien, Frankreich, Großbritannien und anderen Staaten beobachten kann. Damit hat die Zeitgeschichtsforschung durch nationale Identitätsdestruktion indirekt auch zur Europäisierung beigetragen. Dennoch bleibt sie extrem fixiert auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg und hat andere wesentliche Dimensionen der Nachkriegszeit vernachlässigt. Sie hat jedenfalls insgesamt betrachtet einen sehr geringen Europäisierungsgrad. Historiker, die sich mit europäischer Integration und internationalen Beziehungen beschäftigen, sind in der Minderheit. In Westeuropa trägt die Zeitgeschichtsschreibung eindeutig intergouvernementale, also nationalstaatlich orientierte, additive, d.h. keine supranationalen Züge. Dies ist Ergebnis einer doppelten Nationalisierung der Zeitgeschichtskulturen, die thematisch sowie institutionell und arbeitsorganisatorisch auf den Nationalstaat fokussiert sind. »Europa neu begründen« ist daher auch eine Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung, der wohl erst von einer neuen Generation von Historikern und Historikerinnen ausreichend begegnet werden kann. Wolfgang Schmale, ein deutscher Kollege, der in Wien lehrt, hat bereits mit einer historischen Europakunde methodologisch interessante Vorschläge gemacht – auch wenn der vergleichende Ansatz an sich bereits so alt ist wie die Geschichtswissenschaft selbst. Es wäre auch wichtig, den Kulturtransfer stärker in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen, um Europa als ein Geben und Nehmen zu begreifen, ohne die Dialektik zwischen historischer Herkunft und gesellschaftlicher Zukunft außer Acht zu lassen.

Lassen Sie mich mit einer weiteren Beobachtung über die Entwicklung der Zeitgeschichte schließen: Zeithistoriker nehmen heute Diskurstheorien stärker wahr und sehen dadurch auch Europa eher als Element eines Diskurses, als Konstrukt von Imagination und Gegenstand von Wahrnehmungen und Diskussion.

Strasser
Weitere Integration bedarf
einer Identitätsdebatte

Ich glaube, dass wir uns in der aktuellen europäischen Debatte an einem Wendepunkt befinden. Wir versuchen endlich wieder, Europa zu thematisieren in der Absicht, damit politische Entwicklungen in Gang zu setzen. Lange Zeit haben wir geglaubt, dass wir in Europa besser vorankommen, wenn wir möglichst wenig über Europa sprechen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde eine starke Europa-Diskussion mit großem politischem Anspruch geführt. Dazu gehörten die frühen Initiativen der europäischen Föderalisten, die sich nicht durchgesetzt



haben, und der folgenreiche Haager Europa-Kongress von 1948, an dem im Übrigen auch schon die Türkei teilnahm. Doch dann hat sich der Prozess der europäischen Integration anders entwickelt. Etwas überpointiert gesagt: West-Europa hat sich schrittweise geeinigt unter der Bedingung, dass man eigentlich nicht über Europa sprach. Die Integration wurde listig eingefädelt über die Ökonomie, während die großen Fragen der europäischen Identität – »Was sind wir eigentlich?«, »Welche Rolle sollen wir spielen?« – ausgeklammert wurden. Es sah so aus, als wäre es nur auf diese Weise möglich, auch die Engländer ins Boot zu holen und überhaupt ein paar Schritte voranzukommen.

Das funktioniert jetzt nicht mehr. Spätestens seit 1989 steht Europa wieder explizit auf der Tagesordnung. Wir müssen jetzt über einige Dinge diskutieren, die wir in Europa bisher nicht angesprochen haben, auch wenn das manche Entwicklungen nicht einfacher macht. Dabei wird auch die Frage einer kulturell begründeten europäischen Identität zur Sprache kommen, denn es wird nicht genügen, Herr Schlögel, Europa nur als geografischen Raum zu definieren. Vielmehr sind nicht zuletzt unsere Geschichtserfahrungen die kulturellen Ressourcen, aus denen europäische Identität begründet werden muss.

Vor allem zwei Erfahrungen scheinen mir wichtig: Erstens, pointiert gesagt, die Europäer haben alle großen Verbrechen und Irrtümer schon hinter sich und die Strafe dafür am eigenen Leib erfahren. Das ist nichts, worauf wir besonders stolz sein können, aber es ist ein nützlicher Erfahrungsschatz. Und das – ohne mich nun dem Vorwurf des Antiamerikanismus auszusetzen – unterscheidet uns von gewissen naiveren Vorstellungen jenseits des Atlantiks, wie man mit der Welt umzugehen hat. Zweitens sitzen wir Europäer seit 2000 Jahren ganz eng aufeinander, was uns dazu gebracht hat, Strukturprobleme zu verstehen. Unser Problemlösungsmodus kann nicht ein »Go West!« sein, ein Weiterziehen, wenn es irgendwo zu eng und zu kompliziert wird. Wir müssen seit langem vor Ort mit dem Vorhandenen unsere Probleme lösen. Daraus resultiert ein besonderes Erfahrungskapital, das wir nutzen können, um die Zukunft zu gestalten. Kurz gesagt, wir können spezifisch europäische Erfahrungen als kulturelles Kapital für die Zukunft mobilisieren, ganz im Sinne von Frau Ahrweilers Ausführungen. Was Europa ausmacht, ist mehr als nur ein geografischer Raum, der im Übrigen auch schwer abgrenzbar wäre.

Wir sind hier Zeugen eines der vielen faszinierenden Versuche, dem Europa-Begriff durch historische Referenzen näher zu kommen. Dem möchte ich ent-

Historische Erfahrungen sind ein wertvolles kulturelles Kapital für die Zukunft

Wagner

Das Vergessen spielt eine sehr wichtige Rolle in Europa

gegenseitigen, dass es keinen anderen Ort auf dieser Welt gibt, an dem das Vergessen, seine Notwendigkeit und Unmöglichkeit, eine derart zentrale Rolle spielt wie in Europa. Während der Balkankriege zum Beispiel haben die Serben über sich selbst behauptet, sie hätten zu viel Geschichte – mehr, als sie ertragen könnten. Einerseits überfordert Europa Individuen und Gruppen hinsichtlich der Verdaubarkeit und Erinnerbarkeit von Geschichte grenzenlos, andererseits führt das Vergessen immer wieder zu neuem Unglück, das wieder vergessen und erinnert werden muss. Der Umgang mit Erinnerung und Vergessen ist für mich das konstituierende Element Europas. Winfried G. Sebald hat das wunderschön in seinem Buch »Austerlitz« beschrieben, in dem sich die ganze Tragödie von Vergessen, Erinnerung und der Unmöglichkeit, damit zu überleben, an der Bahnhofsuhr von Antwerpen entrollt. Auch Hans Magnus Enzensberger zielt darauf ab, wenn er beschreibt, wie viel ein 16-jähriges Friseurmädchen von Dingen weiß, von denen wir in unseren Stuben manchmal gar nicht so viel verstehen. Damit konterkariert er nebenbei die gängige Kulturkritik, die beklagt, wie wenig die jungen Leute wüssten. Meines Erachtens müssten wir bei der Frage von Herrn von der Gablentz, wie wir Europa wieder mit den jungen Menschen verknüpfen können, das Problem des Erinnerns und der Zumutbarkeit in den Mittelpunkt rücken.

Ich möchte mit einem persönlichen Beispiel abschließen. Als ich meine Position in der Europäischen Kulturstiftung antrat, habe ich meine 14-jährige Tochter gefragt, was sie von Europa halte. Da kam zunächst nicht viel. »Europa? Forget it. Interessiert mich nicht wirklich. Ich habe schon Schwierigkeiten damit zu wissen, was es heißen soll, Österreicherin zu sein.« Doch dann kamen die Gegenfragen: »Kannst du mir Nordirland erklären? Und Mazedonien? Können wir über Israel und Palästina reden?« Das heißt, ein 14-jähriges Mädchen stellt sich erneut die Frage nach Krieg und Frieden und der Fähigkeit Europas, damit umzugehen. Das hat sie wirklich interessiert, und das interessiert jetzt auch die jungen Leute in Bezug auf unsere Antwort auf den Irak-Konflikt. Europa hat eine einmalige Chance, diese Herausforderungen konstruktiv anzunehmen und mit einer kreativen Antwort auf die monopolare Weltstruktur, die wir derzeit beobachten, ein neues Nicht-Vergessen und Aufnehmen von Geschichte zu beginnen. In dieser Hinsicht bin ich stolz auf das »alte« Europa und seine Fähigkeit, neu zu denken.

von der Gablentz

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang an die Botschaft von Frau Ahrweiler erinnern, dass Erziehung der Transmissionsriemen für Kultur ist. Wenn wir die



Jungen einbinden wollen in unser neues Europa, dann müssen wir an eine europäische Dimension in den Erziehungssystemen denken, die bisher – um Herrn Gehler zu zitieren – rein national geblieben sind, in einer Welt, die seit 50 Jahren einem europäischen Wandel unterliegt.

Ich stimme Herrn Schlögel zu, dass bei der Definition Europas die Geografie entscheidend ist; denn eine kulturelle oder philosophische Definition kann der Komplexität der Wirklichkeit unmöglich gerecht werden. Auch die kleinen, aber sehr realen Entwicklungen vor Ort, die Herr Schlögel beschrieben hat, sind bedeutend. Unauffällige Netzwerke aller Art bringen Menschen miteinander in Kontakt. Sie haben nicht unbedingt etwas mit der Europäischen Union zu tun, und manche widersetzen sich auch der Integration, so wie die Anti-Globalisierungsbewegung. Doch gleichzeitig bauen diese Netzwerke grenzübergreifende Beziehungen auf. Ein weiteres Beispiel sind Gruppen von Einwanderern in Europa, die sich nicht nur mit ihrem Ursprungsland oder dem Land, in dem sie wohnen, sondern auch mit Immigranten in anderen europäischen Ländern identifizieren. Für die Kontakte zwischen diesen Gruppen spielen nationale Grenzen kaum eine Rolle.

Hauptsächlich möchte ich jedoch zur Rolle des Journalismus und der Medien in Europa Stellung nehmen. Zurzeit bekommen wir eine recht konventionelle Sicht dessen präsentiert, was wirklich auf diesem Kontinent geschieht. Dabei werden die oben beschriebenen Entwicklungen außer Acht gelassen. Gleichzeitig gehen wir meist davon aus, dass Europa sich über die Europäische Union bestimmen ließe. Das ist sehr gefährlich. Wir sollten im Gegenteil Europa geografisch definieren und damit jeden Menschen einschließen, der an den Netzwerken und Diskussionen teilnimmt, unabhängig davon, ob er aus der Ukraine oder aus einem anderen Land kommt. Dabei spielen die Medien eine wichtige Rolle, weil insbesondere Zeitungen maßgeblich an der Nationalstaatsbildung in Europa beteiligt waren. Das trifft nicht nur für das 19. Jahrhundert, sondern auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu. In vielen europäischen Ländern, besonders in Deutschland, aber auch in Frankreich, wurde der Zeitungsmarkt nach dem Krieg vollständig neu gegründet und umgebildet. Doch die Medien orientieren sich nach wie vor überwiegend an nationalen Grenzen, so dass nur wenig Kommunikation zwischen nationalen Öffentlichkeiten besteht. Beiträge beziehen sich häufig auf Nationalgeschichte. So wurde zum Beispiel unlängst ein Treffen in Versailles in Frankreich und Deutschland als Bezug auf den Kampf des napoleo-

Ruth

Journalisten sollten sich aktiv für Europa einsetzen

Unsere gemeinsame Verantwortung
für Katastrophen ist grundlegender
Bestandteil der europäischen Identität.

de Vries

nischen Frankreichs gegen die deutsche Romantik im 19. Jahrhundert interpretiert. Eine vergleichbare Deutung ließe sich in englischen Zeitungen nicht finden und würde außerhalb dieser Länder kaum verstanden werden.

Um den Aufbau eines Europas der Netzwerke zu erleichtern und eine europäische Öffentlichkeit herzustellen, muss der Beruf des Journalisten neu bestimmt werden. Wir sollten die Medien kritisieren, weil ihr Blickwinkel zu eng ist und sie die Bedeutung dieser Entwicklungen nicht erfassen. Während der Nationalstaatsbildung spielte der Journalismus eine zentrale Rolle beim Kampf um die Meinungsfreiheit als entscheidender Bestandteil der Demokratie. Statt vermeintlich objektiv zu berichten, bezog der Journalist im Kampf für die Demokratie Position. Zu dieser Rolle sollte der Berufsstand zurückkehren.

von der Gablentz

Herzlichen Dank für diesen wichtigen Beitrag zum Thema Nationenbildung bzw. »Europabildung«. Ich teile die Ansicht, dass die Medien wenig zum Bau Europas beigetragen haben, außer den wenigen, hoch qualifizierten Journalisten in Brüssel, die hervorragende Zeitungsberichte über die Ereignisse in Brüssel schreiben. Deren Leistungen sollten wir nicht vergessen, auch wenn sie nur selten in den weiteren Entstehungsprozess Europas einfließen.

de Vries

Was kann Europa aus der Geschichte lernen
und welche Ziele hat es für die Zukunft?

Herr Schlögel hat Europa nicht nur über die Geografie definiert, sondern auch über die Geschichte, und er erwähnte dabei den Begriff »Katastrophen-Geschichte«. Für mich – und darin stimme ich auch Herrn Wagner von ganzem Herzen zu – ist unsere gemeinsame Verantwortung für Katastrophen grundlegender Bestandteil der europäischen Identität. Doch es kann nicht genügen, auf die Geschichte zurückzublicken. Wir müssen auch nach vorne schauen und unsere Verantwortung in der Welt bestimmen. Zwei Dinge fehlen in der Diskussion über Europa, seine Kultur und Identität: Was können wir aus der Geschichte lernen, und welche Ziele setzen wir uns für die Zukunft?

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg schienen wir die Ereignisse und unsere eigene Verantwortung langsam zu begreifen. Daraus haben wir den Grundsatz des »Nie wieder!« abgeleitet. Doch nur einige Jahre später, als es darum ging, den Völkermord im früheren Jugoslawien zu verhindern – und als mein Land eine besondere Verantwortung für die Verteidigung von Srebrenica trug –, haben wir nicht nach diesem Grundsatz gehandelt. Für mich lautet die grundlegende Frage daher: Warum haben wir nicht gehandelt? Warum hat das Europa Immanuel Kants und Sergej Diaghilews es nicht nur ver-

säumt, die Geschehnisse Mitte des letzten Jahrhunderts zu verhindern, sondern auch im früheren Jugoslawien effektiv vorzugehen?

Hier knüpfe ich an Herrn Ruths Schlussfolgerungen an: Zeitungen könnten eine historische Dimension zur Debatte über die Gegenwart und Zukunft beitragen. Doch viele Berichte haben eine seichte Zeitperspektive und konzentrieren sich mehr auf das Hier und Jetzt. Es werden wenige historische Linien gezogen und in die Zukunft projiziert. Wir sollten jedoch eine langfristige Perspektive vor Augen haben, wenn wir über europäische Kultur sprechen. Wir müssen diskutieren, was wir aus der Geschichte lernen können und welchen Einfluss das auf unser gegenwärtiges und zukünftiges Verhalten haben sollte.

Als Journalist fühle auch ich mich von Herrn Ruth angesprochen. Sein Kommentar verdeutlicht einen allgemeineren Trend in den Diskussionen über Europa, der mich beunruhigt. Europa-Gespräche sind meist solche über das »Sollen«. Wir reden häufig mit einem teils vorwurfsvollen, teils leidenden Unterton darüber, was passieren sollte, aber nicht geschieht, und wer daran schuld ist. Wir beklagen, dass die Bevölkerung die Motive und Ziele nicht versteht, und überlegen daher, wie man das Verständnis und damit die Sache fördern könnte. Das halte ich für einen unfruchtbaren Ansatz. Viel interessanter ist für mich das Europa des »Ist«, also das Konstatieren der bestehenden Verhältnisse – Herr Schlögel hat dazu einige Anstöße gegeben. Vielleicht muss man sich an den Gedanken gewöhnen, dass Ideen, die wenig Interesse finden oder die nur mit ungeheurer Anstrengung populär gemacht werden können, so gut nicht sind. In diesem Zusammenhang möchte ich davor warnen, von Journalisten zu erwarten, dass sie ein Projekt, selbst ein so gutes wie das europäische, voranbringen sollen. Publizistik mit einer solchen Intention ist eben nicht Journalismus, sondern Propaganda.

Auch beim Thema der europäischen Erziehung, das Frau Ahrweiler angesprochen hat, halte ich Vorsicht für angebracht. Ich glaube nicht, dass sich das Bewusstsein für eine europäische Kultur einstellen kann, wenn man es direkt ansteuert. Vielmehr ergibt es sich, wenn man sich mit den verschiedenen europäischen Kulturen intensiv beschäftigt, da man die einzelnen Literaturen und Künste gar nicht anders als in ihrem Zusammenhang verstehen kann. Aber man erreicht das nur über das Einzelne und Besondere, nicht über den Versuch, eine europäische Identität oder Kultur oder Geschichte als solche zu entwerfen.

Roß

Vorsicht vor Propaganda!



Eichel

Ich möchte im Zusammenhang mit unserer Debatte, ob Medien in unserem Land mitspielen, wenn es darum geht, europäische Kultur zu präsentieren, einige konkretere Bemerkungen über Kulturprogramme speziell im deutschen Fernsehen machen.

Im deutschen Fernsehen
gibt es viele Kulturprogramme

Zunächst sieht das ganz prächtig aus: Es gibt in Deutschland sage und schreibe zwölf Magazine, die sich regelmäßig und ausschließlich mit Kultur beschäftigen. »TTT«, »Kulturweltspiegel« und »Kulturreport«, die großen ARD-Magazine am Sonntagabend und die »aspekte« im ZDF am Freitagabend erreichen im Durchschnitt jeweils 1 bis 1,5 Millionen Zuschauer – und das am späten Abend. Das ist ein enormer Erfolg, finde ich. Das Themenspektrum dieser TV-Magazine an beiden Sendebänden erstreckt sich überwiegend auf überregionales Deutsches, aber regelmäßig auch immer wieder auf Europäisches und Außereuropäisches. Die acht Kulturmagazine in den Dritten Programmen, die jeweils zwischen 100.000 und 150.000 Zuschauer anlocken, konzentrieren sich eher auf regionale Kultur. Sie haben ganz bewusst – und das ist nicht abwertend gemeint – eine provinziellere Perspektive auf die Kultur. Sie erwerben sich Verdienste um die Pflege der Kultur in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Die »Kulturzeit«, das Fernseh-Magazin von 3sat, ist von vornherein eine überregionale Veranstaltung, eine Kooperation Deutschlands mit Österreich und der Schweiz. Ihr Blick ist für das, was außerhalb der jeweiligen Landesgrenzen geschieht, deutlich offener, unbefangener. »Metropolis«, das Kulturmagazin des deutsch-französischen Gemeinschaftssenders »arte«, hat im Vergleich zur »Kulturzeit« nicht eine solch deutliche Struktur. Die französischen Ausgaben drehen sich fast ausschließlich um französische Themen. Das liegt vor allem daran, dass es im französischen Fernsehen kaum andere Kulturmagazine gibt. Der positive Effekt liegt auf der Hand: Deutsche Zuschauer erfahren Differenzierendes aus der Kulturszene ihres Nachbarlandes. Doch wenn französische Zuschauer die deutschen »Metropolis«-Ausgaben ansehen, erfahren sie in der Regel nicht nur etwas über das, was auf deutschen Kulturpodien vor sich geht, sondern sie erfahren immer wieder auch eine Menge über andere europäische Länder. Da sich »arte« als europäischer Kulturkanal versteht, nutzen die deutschen »Metropolis«-Redakteure den Spielraum, um den Blick auch nach draußen zu lenken, also nach Italien oder Polen beispielsweise.

Trotz dieser grundsätzlich positiven Bilanz muss ich mit Betrübnis feststellen, dass in den Kulturmagazinen in Deutschland bestimmte Themen immer weniger Raum erhalten, wie beispielsweise zeitgenössische bildende Kunst oder selbst bedeutende Theateraufführungen, die nur wenig Spektakuläres zu bieten haben.

Es gibt zwar einen Theaterkanal, doch der ist nur für diejenigen zugänglich, die digital ausgerüstet sind, und das sind leider die wenigsten. Ich und viele meiner Kollegen, die sonst gern ins Theater gehen, gehören nicht dazu. So etwas Lobenswertes wie der Theaterkanal findet leider so gut wie unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Festzuhalten ist also: Wir haben in Deutschland eine Fülle von Fernseh-Kulturmagazinen, die immer wieder über die Landesgrenzen schauen und Europäisches ins Blickfeld rücken. Doch der Trend zum allgemeinen Amüsement verhindert manche analytischere Betrachtungen. Und den früher in unserem Land wahrlich sprießenden Kultur-Feature-Bereich gibt es bis auf wenige Ausnahmen, beispielsweise beim Bayerischen Rundfunk, so gut wie gar nicht mehr. Von daher ist es müßig, demnächst eine fernsehmediale Begleitung europäischer Kulturthemen in den großen bundesweiten öffentlich-rechtlichen Programmen zu erwarten – es sei denn, in den Fernsehräten würde endlich etwas mehr Druck gemacht, auch mal wieder reizvoll Schwieriges zu produzieren. Dass dies nicht langweilig sein muss, ist immer wieder zur Genüge bewiesen worden.

Zunächst möchte ich Herrn de Vries entgegenen: Wir Europäer haben in Jugoslawien sehr wohl gehandelt, doch wir haben falsch gehandelt. Wir haben die Selbstbestimmung der Völker zum obersten Prinzip erhoben und darüber vergessen, dass individuelle Menschenrechte ein noch höheres Prinzip darstellen. Die deutsche Politik hat grundlegende Tatsachen der Region ignoriert, zum Beispiel, dass es dort 1,2 Millionen Mischehen zwischen Serben und Kroaten mit durchschnittlich drei bis vier Kindern gibt, die man gar nicht der einen oder anderen Volksgruppe zuordnen kann. Wenn man die Selbstbestimmung der Völker als oberstes Prinzip anerkennt, ohne gleichzeitig Minderheitenschutz und Menschenrechte durchzusetzen, so wie wir das in einem gewissen Überschwang der Multikulturalität dort gemacht haben, dann kann das nur schief gehen.

Dann zu Herrn Roß: Sie gehen mir etwas zu weit. Was Herr Schlögel über Netzwerke und eine Realität Europas gesagt hat, die nicht wahrgenommen werden, ist richtig. Doch zur Bildung Europas gehört auch bewusste Politik. Man sollte nicht Netzwerke und spontane Entwicklungen gegen das verfasste Europa ausspielen. Auch das politisch verfasste, institutionalisierte Europa ist ein sehr wichtiges Moment. Gerade in Mittel- und Osteuropa trägt die Beitrittsperspektive zur EU wesentlich zur Stärkung anderer zivilgesellschaftlicher Impulse bei. Das Gleiche gilt für die Erziehung. Auch hier gibt es viele spontane Initiativen, die nicht

Strasser

Wir brauchen auch bewusste Politik für die Bildung Europas

unterstützt werden müssen. So studieren viele junge Leute auf eigene Faust im europäischen Ausland und reisen hin und her, wie meine Kinder, die in Polen jüdische Friedhöfe wiederherstellen oder in Frankreich für ihre Facharbeit recherchieren. Dennoch wäre es darüber hinaus sinnvoll, wie Frau Ahrweiler gesagt hat, die europäische Dimension in der Erziehung stärker zu betonen. Beide Ansätze verstärken sich gegenseitig, und wir sollten sie nicht gegeneinander ausspielen.

Ruth Herrn Roß und meine Ansichten über Journalismus unterscheiden sich weniger, als es zunächst scheinen mag. Ich wollte auf das Problem hinweisen, dass die meisten Journalisten Europa mit der EU gleichsetzen. So missachten sie viele Aspekte, die für den Aufbau einer grenzübergreifenden europäischen Gesellschaft wichtig sind, wie etwa die Netzwerke und den Austausch, die bereits erwähnt wurden. Um relevant zu bleiben, muss sich der Journalismus den neuen Realitäten anpassen und sich darum bemühen, wirklich Berichtenswertes zu finden. Doch Herr Roß und ich mögen in einem bestimmten Punkt auch unterschiedliche Erfahrungen mit dem Journalismus gemacht haben. Er arbeitet für »Die Zeit«, die sehr persönliche, essayistische Analysen einzelner Journalisten druckt. Solche Zeitungen gibt es in Deutschland, aber selten in anderen europäischen Ländern. In Schweden, wie in den anderen nordischen Staaten, gilt hauptsächlich die amerikanische Definition des Journalismus als objektive Faktenberichterstattung. Sobald die Medien sich mit Themen befassen, die komplexer sind als Feuersbrünste und Unfälle, wird diese Definition problematisch. Zu einer Zeit, in der sich viele Dinge verändern, wie etwa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion oder dem 11. September, brauchen wir dringend verschiedene persönliche Interpretationen der Ereignisse. Da Europa ein derart komplexes Thema ist, benötigen wir mehr Artikel wie die von der »Zeit«, wenn auch vielleicht mit weniger elitärem Anspruch.

Echerer
Europa erfahrbar und
erfassbar machen ...

Sie haben mir sehr aus dem Herzen gesprochen, Herr Ruth. Doch lassen Sie mich zur Frage des »Europa neu begründen« zurückkehren. Wir müssen heute nicht begründen, warum wir Europa vereinen, das heißt wiedervereinen, denn wir kennen die Gründe dafür seit langem. Wir sind dabei, eine Vision zu verwirklichen, die viele Intellektuelle, Politiker und Künstler seit Hunderten von Jahren haben, und nun scheinen wir Angst vor der eigenen Courage zu bekommen.

Ich denke, dass wir Europa nicht neu begründen, sondern es erfassbar und erfahrbar machen müssen. Gleichzeitig jedoch fällt jene Identität und Solidarität



in Europa, die von außen mitbestimmt wurde, durch die Wende von 1989/90 weg. Daher sind wir genötigt, über uns selbst nachzudenken und zu sagen, was uns verbindet. Zu dieser Frage sind viele politische, wissenschaftliche und intellektuelle Texte geschrieben worden. Doch, und hier stimme ich Herrn Ruth zu, wäre es einfacher, wenn auch die Presse mitgeholfen hätte, eine europäische Öffentlichkeit mitzubegründen. Wir erinnern uns alle daran, wie nach dem Vertrag von Nizza jeder Regierungsvertreter erklärt hat: »Ich habe das Beste für uns herausgeholt.« Das zeigt, dass die Solidargemeinschaft der Europäischen Union oft nur als theoretische Überlegung existiert, selten aber in der Realität angewandt wird. Dem gegenüber steht immer wieder die Aufforderung, sich beim Einigungsprozess nicht in Groschenzählerei zu verlieren, sondern daran zu denken, dass es in Europa unsere größte Herausforderung ist, diesen Friedensprozess erfolgreich zum Ziel zu führen.

Worin liegt dann das Problem? Es liegt darin – und hier komme ich auf das zurück, was ich anfangs sagte –, dass Europa nicht erfahrbar und nicht erfassbar ist. Es gibt noch keine europäische Öffentlichkeit. Welche Möglichkeiten haben wir, diese Erfahr- und Erfassbarkeit herzustellen? Einmal ist es die Geschichte; und ich stimme mit Frau Ahrweiler überein, dass ein europäisches Geschichtsbewusstsein für die Entscheidungsträger von morgen ganz wichtig ist. Hier spüren wir auch bereits viele kleine Veränderungen, besonders im universitären Bereich. Dies allein jedoch löst das Problem für die Menschen meiner Generation noch nicht. Daher brauchen wir die Kultur und die Medien, um Europa erfahrbar und erfassbar zu machen. Die Schwierigkeit besteht darin, diese beiden wunderbaren Möglichkeiten zu nutzen, ohne nationalistisch oder propagandistisch zu werden, ohne sich in Details zu verstricken und ohne den Blick für das Ganze in seiner Komplexität zu verlieren. Um das zu verwirklichen, müssten wir über die Grenzen hinweg kooperieren. Meine Kollegin Doris Pack und ich können Ihnen Opern davon singen, wie schwierig das bereits im Bereich der Bildung ist. Hier müssen wir auf die Länder einwirken, die auf ihre Subsidiarität pochen und glauben, in Scheingefechten ihre Identität verteidigen zu müssen.

Letztlich jedoch liegen in Europa die Gemeinsamkeiten weit eher auf der Hand als das Trennende. Aber wir wissen viel zu wenig darüber, was uns unterscheidet. Trotz der gleichen Sprache habe ich als Österreicherin oft Schwierigkeiten, mich so auszudrücken, dass ein Kollege aus Deutschland meine Begriffe so versteht, wie ich sie für mich selbst definiere. Diese Arbeit der Differenzierung können wir nur durch Kultur leisten. Dazu gehört auch, das Trennende heraus-

...mit Hilfe des Kultursektors
und der Medien

zufinden, um dort, wo es möglich ist, Brücken zu schlagen, und dort, wo dies vielleicht nicht möglich ist, Respekt vor dem anderen aufzubauen.

Pack
Bildungspolitik ist von
Renationalisierung betroffen

Ich möchte mich dem anschließen, was Mercedes Echerer gesagt hat: Wir müssen Europa nicht neu begründen, sondern nur das, was wir begründet und institutionalisiert haben, so festigen, dass wir damit umgehen können.

Es hat mich sehr gefreut, dass Frau Ahrweiler die Bildung angeführt hat, weil ich überzeugt bin, dass wir vieles nur durch Bildung erreichen können. Auch wenn der europäische Ministerrat ständig über Bildung spricht, bedeutet dies leider nicht mehr Geld. Denn Bildung fällt unter die Subsidiaritätsklausel. Die Renationalisierung, die sich zunehmend im Ministerrat abspielt, ist tödlich für dieses Europa. Wir waren bereits viel weiter mit der Politischen Union, als in Maastricht mit Artikel 127 und 128 zum ersten Mal Kultur und Bildung in die europäischen Verträge aufgenommen wurden. Doch heute, 10 Jahre später, sind wir wieder zurückgefallen. All die richtigen Bildungsreformen werden auf intergouvernementaler Ebene angestoßen, indem die EU-Kommission Vorschläge erarbeitet, das Europäische Parlament ist aber von der Mitsprache ausgeschlossen. Das ist bedauerlich und muss von uns in unseren Arbeitsbereichen aufgegriffen werden.

In diesem Punkt stimme ich Herrn Ruth zu. Die Journalisten könnten helfen, die Bürger zu europäischen Bürgern heranzubilden, wenn sie etwas mehr darüber berichteten, was Europa und unsere Identität ausmacht. Die Medien berichten zwar über die europäischen Beschlüsse aus den verschiedenen Fachbereichen, aber die Seele Europas spüren sie in keinem Artikel einer normalen Zeitung, eine positive Ausnahme bildet ab und zu »Die Zeit«.

Wir Europa-Parlamentarier sind hilflos in Sachen Informationspolitik. Wir versuchen, Informationen über Europa an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen, damit sie dieses Europa weiter mit uns bauen. Aber eine künstliche Informationspolitik ist im Grunde propagandistisch. Damit erreiche ich die Bürger nicht. Daher haben Journalisten als europäische Bürger die große Aufgabe, aus ihrer Seele keine Mördergrube zu machen, sondern zu versuchen, Europa auch zu leben und für die anderen mit Leben zu füllen.

Kulturpolitik kann nicht
die Versäumnisse in anderen
Bereichen wiedergutmachen

Ich bin der Meinung, dass man diese Problematik von verschiedenen Seiten anpacken kann, und habe Angst, dass viele der Kulturpolitik, die wir eigentlich wegen der Subsidiarität gar nicht in Europa betreiben, das aufbürden, was wir in anderen Politikbereichen nicht erreicht haben. Wir haben hier Versäumnisse in allen Bereichen, von der Agrarpolitik bis zur Umweltpolitik, und erwarten, dass

wir mit der Kulturpolitik, wie mit einem Zuckerguss, alles ändern können. Anstelle dieser überhöhten Erwartungen sollten wir etwas kleinere Brötchen backen, aber die dann auch so backen, dass sie genießbar sind.

Ich möchte anknüpfen an den allseits mit Recht unterstrichenen Punkt der Erziehung und mich dabei auf die wichtigen Erfahrungen der Politiker unter uns beziehen, seien sie im Europäischen Parlament, dem Rat oder der Kommission. Dabei müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir uns zwar einerseits alle zur Demokratie bekennen und sie unter allen Umständen beibehalten wollen, müssen und werden, dass die Demokratie aber nach den Gesetzen, denen sie nicht entringen kann, nicht immer eine Hilfe für die Ziele ist, die wir hier beschwören.

Die Europäische Union ist nach deutschen Rechtsbegriffen ein Staatenbund. Es wird in fast allen Mitgliedsländern beklagt, dass dieser Staatenbund nicht demokratisch kontrolliert sei und daher auch nur eine unzureichende Resonanz bei den Bürgern finde. Gleichzeitig aber ist die Demokratie so, wie wir sie kennen, an einen Staat und nicht an ein Bündnis gebunden. Wenn wir wirklich eine Demokratie in Europa zur Entfaltung bringen wollen, dann dürfen wir keine so große Angst davor haben, dass wir uns auf einen Bundesstaat zubewegen. Es sind dieselben Politiker, die sich darüber beschweren, dass der Staatenbund undemokratisch sei, die sich gleichzeitig mit ganzer Vehemenz gegen eine Entwicklung zum Bundesstaat zur Wehr setzen.

Zudem leben wir in einem System der repräsentativen Demokratie, was bedeutet, dass Politiker sich ihr Mandat erringen und dazu Wahlkämpfe führen müssen. Das ist legitim und unausweichlich. Aber solange wir uns dagegen wehren, uns in der generellen politisch-historischen Entwicklung Europas den Bedingungen für eine Demokratie, das heißt einem Bundesstaat, anzunähern, so lange können wir auch nicht erwarten, dass bei den demokratischen Mandatserteilungen in den verschiedenen Nationen europäische Ermutigungen zugkräftige Argumente liefern. In Deutschland wird diese Tatsache, gerade im Bereich der Erziehung, durch unseren Föderalismus verschärft. Natürlich hat Föderalismus viele positive Seiten, doch in Deutschland und darüber hinaus erschwert er die Popularisierung des Europa-Gedankens.

Zu dem interessanten Gespräch über die Medien möchte ich hinzufügen, dass es die Medien den Politikern nicht leichter machen, sich demokratische Mandate zu beschaffen, die wesentlich auf einem europäischen Bewusstsein der Wähler beruhen. Dazu kommt, dass die Medien zum großen Teil kapitalistische Unter-

von Weizsäcker

Demokratisierung Europas durch die Bildung eines Bundesstaats

Mehr Boulevard in der Presse ist schädlich für Europa



nehmen sind, das heißt, sie wollen Gewinne erzielen, was gegenwärtig immer schwieriger wird, da zum Beispiel Anzeigen ins Internet abwandern. Was dadurch vor allem zunimmt, sind Boulevard-Artikel, in denen Oberflächlichkeit dominiert und inhaltliche Auseinandersetzungen durch persönliche Attacken ersetzt werden. Natürlich wächst Europa nicht durch Diskussionen über die Haarfarbe von Politikern, aber die Medien weiden solche und ähnliche Themen geradezu aus. Und wer einen Wahlkampf in unserem Land gewinnen möchte, braucht nun einmal Zugang zur Boulevardpresse und zu den elektronischen Medien.

Letztlich sind wir uns über die Bedeutung europäischer Kultur einig. Diese Einigkeit beruht nicht nur darauf, dass wir alle hier diesbezüglich eigene Erfahrungen und Zielsetzungen haben, sondern auch darauf, dass die Substanz der europäischen Kultur ein ungeheures Kapital ist, das allerdings im Bewusstsein der Bürger noch weit gehend ungehoben ist. Eine zentrale Frage sehe ich deshalb darin, wie man bei den Medien und vor allem in unserer Demokratie, in unseren Parteien und Wahlkämpfen auf dieses Kapital aufmerksam machen kann, um es sozusagen für den legitimen demokratischen Prozess verwertbar zu machen.

Echerer

Die Politik muss die Unabhängigkeit
der Medien gewährleisten

Anknüpfend an das Medien-Dilemma, das Herr von Weizsäcker beschrieben hat, möchte ich auf die Doppelnatur der Medien hinweisen, die als wirtschaftliche Unternehmen journalistische Arbeit mit der dazugehörigen journalistischen Freiheit leisten müssen. Die Medien haben eine Menge Neuinvestitionen getätigt und benötigen nun einen Konsolidierungsprozess. Hier haben wir die politische Verantwortung, eine Balance herzustellen und dazu beizutragen, dass die Medien finanziell unabhängig sind und nicht missbraucht werden. Ohne freie und unabhängige Medien, ohne Schutz der Vielfalt der Quellen wird sich keine europäische Öffentlichkeit entwickeln; keine Demokratie, auch keine supranationale, kann auf freie und unabhängige Medien verzichten.

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass Europa den »Fall Italien« zugelassen hat. Dies ist nicht nur ein italienisches, sondern auch ein europäisches Problem. Denn erstens können wir im Erweiterungsprozess nicht von den neuen Demokratien eine unabhängige Medienlandschaft verlangen, wenn dasselbe nicht für die jetzigen Mitgliedsländer der EU gilt. Es ist ein erschreckendes Zeichen politischer Verantwortungslosigkeit, dass wir nichts dagegen unternommen haben. Und zweitens dürfte es die Union nicht billigen, dass sich ein Spitzenpolitiker, Wirtschafts- und Medientycoon in Personalunion mit Hilfe nationaler Gesetze Wettbewerbsvorteile auf europäischer Ebene verschafft. Das Verhältnis



zwischen politischer und Medienmacht – eine *liaison dangereuse* – ist nicht nur ein italienisches Problem.

Frau Echerer hat vorhin Europa als eine Realität bezeichnet, die wir erfahrbar und erfassbar machen müssen. Ich stimme dem vollkommen zu: Europa ist eine Realität, doch unser Problem ist, dass diese Realität nicht gesichert ist. Daher, um das in meiner Sprache als Philosoph auszudrücken, sollten wir uns um die Gegenwart Europas kümmern. Wir neigen dazu, entweder uns zu viel mit der Vergangenheit zu beschäftigen und anzunehmen, das Erbe Europas sei so vielfältig und großartig, dass seine Gegenwart gesichert ist, oder wir denken zu viel über die Zukunft nach und verlieren uns in realitätsfernen Träumen. Wenn ich von Gegenwart spreche, dann meine ich nicht den Augenblick oder die Aktualität, denn das wäre zu postmodern. Vielmehr meine ich unsere momentane Situation, einschließlich der nahen Zukunft, die wir beeinflussen können.

In Europa haben wir nicht viel Zeit, um diesen Veränderungsprozess umzusetzen. Wenn wir jetzt diese außerordentliche Chance verpassen, dann werden wir in den nächsten 20 Jahren nichts erreichen. Natürlich ist es schwierig, Lösungen zu finden, besonders weil unser Kontinent so viele und so große Differenzen im Vergleich zu Amerika auf kleinem Raum vereint. Jean Baudrillard hat gesagt, in den USA konnte man die Grenze immer weiter verschieben, daraus seien eine Ideologie und eine Politik entstanden, die zur Bewältigung von Problemen immer neue Räume erschließt. In Europa dagegen haben wir wenig Raum und müssen deshalb lernen, wie man mit Differenzen umgeht. Doch genau darin besteht unsere Chance, weil wir etwas Neues schaffen müssen, das gleichzeitig Einheit und Unterschiede beibehält.

Ein wichtiger Schritt wäre, einen Pakt mit der neuen Generation zu schließen. Europa sollte sich um die Rechte der jungen Generation kümmern, das heißt besonders um die Ausbildung. Jeder, der an der Universität arbeitet oder Kinder hat, die zur Universität gehen, kennt das Erasmusprogramm, das zwar bereits überholt ist, aber doch ein sehr großer Erfolg war. Zumindest kann man spüren, dass Europa heute etwas ermöglicht, das früher nicht zu haben war. Momentan vermitteln die Medien ein Bild von Europa, das hervorhebt, wo Europa Grenzen setzt und Regelungen aufzwingt. Außerdem benutzen unsere nationalen Regierungen Europa gern als Sündenbock für alle Probleme, die sie nicht bewältigen können. Schwierige Entscheidungen werden oft mit dem Zwang aus Brüssel begründet, so zum Beispiel mit der Regelung, Neuverschuldungen dürften 3% des

Perone

Eine bessere öffentliche
Wahrnehmung der EU durch
mehr Bürgerrechte



BIP nicht überschreiten. Diese Herangehensweise führt bei den Bürgern zu einer negativen Wahrnehmung von Europa. Stattdessen sollte man besser darauf setzen, neue Rechte zu erlassen und sie in der Praxis durchzusetzen. Das wäre ein Stück ausgedehnter Gegenwart, die wir als Chance für uns jetzt und nicht nur für die Zukunft begreifen könnten.

von der Gablentz

In Brüssel wird häufig gesagt, Europa sei ein einfacher Sündenbock für Politiker, die nicht sehen und nicht sehen wollen, dass wir in einer großen europäischen Gemeinschaft leben, die unser Leben bestimmt und für die wir mitverantwortlich sind. Diese Sicht der Dinge fehlt, da die Bürger sich noch nicht als Bürger Europas fühlen. Der große Alt-Europäer Steve Davignon sagte zum 50. Jahrestag des Schuman-Plans, der große Unterschied zwischen dem Europa, das wir 1950 aufgebaut haben, und dem Europa, das wir jetzt neu schaffen müssen, sei, dass damals einige wenige Politiker ohne viel Nachfragen entschieden haben: Das machen wir. Robert Schuman nannte das den *saut dans l'inconnu*, den Sprung ins Ungewisse. Heute dagegen müssen wir bei 500 Millionen Menschen um Zustimmung bitten – ein Mechanismus, der Europa sehr oft stagnieren lässt. Wie Herr von Weizsäcker bereits erwähnte, ist das Fortschreiten der Demokratisierung während der letzten 50 Jahre an sich eine positive Entwicklung, die aber auch große Probleme mit sich bringt. Wir kommen nicht umhin, ein Europa der Bürger zu schaffen, wenn wir weiterkommen wollen.

Ahrweiler

Junge Menschen sind in ganz Europa zu Hause

Für mich zeichnen sich Europäer dadurch aus, dass sie gleichzeitig im Traum und in der Realität leben. Lassen Sie mich deshalb kurz den Blick auf die Realität richten. Natürlich sind wir uns der Probleme in Europa sehr viel bewusster als der Lösungen. Doch junge Leute erleben heute ein anderes Europa. Ob durch das Erasmus-Programm oder über andere Wege, junge Menschen sind in fast jedem europäischen Land zu Hause. Wir alle konsumieren Wissenschaft, Geschichte und Kultur, doch wissenschaftliche und kulturelle Produkte sind eher national als europäisch geprägt. Nur unsere Geschichte ist ein wirklich europäisches Werk. Und weil wir von Geschichte sprechen, noch eine Nebenbemerkung zu Herrn Schlögels Aussage über Geografie: Letztlich hat die Geschichte die geografischen Grenzen festlegt.

Geschichtsunterricht zu verändern ist sehr schwierig

Ich möchte Ihnen von einer Erfahrung erzählen, die ich als Vorsitzende des internationalen Historikerverbands gemacht habe. Wir untersuchten, wie Geschichte in verschiedenen, hauptsächlich europäischen Ländern unterrichtet

Niemand weiß genau,
was wir unter Kultur verstehen.

Ahrweiler

wird, und organisierten ein vierzigköpfiges Komitee, um eine »Geschichte Europas« zu schreiben. Die Namen waren unser erstes Problem: Sollten wir zum Beispiel Istanbul oder Konstantinopel sagen? Dann wollten wir ein Kapitel über die Moderne in Europa schreiben, die, so nahm ich an, mit der Französischen Revolution begann. Als wir das sagten, verließen die britischen Kollegen den Raum, denn für sie beginnt die Moderne 1815. Aus diesen Gründen scheint es nahezu unmöglich, eine politische, militärische oder diplomatische Geschichte Europas zu schreiben. Doch warum versucht niemand, eine Geschichte der europäischen Kultur zu schreiben? Es gibt eine Geschichte der europäischen Literatur, der europäischen Wissenschaft und vieles mehr, aber keine der europäischen Kultur, weil niemand genau weiß, was wir unter Kultur verstehen.

Darüber hinaus vermitteln Nationalgeschichten meist ein positives Selbstbild. Diese Art Geschichte wird immer noch gelehrt – natürlich nicht an den Universitäten, wo wir klug sind und objektive Geschichte unterrichten, aber an Schulen. In Schulbüchern für Geschichte werden meist die Leistungen anderer übergangen und die eigenen Erfolge betont. In einem anderen Arbeitskreis haben wir versucht, die französische Geschichte von Fehlern in Bezug auf die arabische und muslimische Welt zu befreien. Doch als ich die Schulbuchherausgeber auf all diese historischen Verdrehungen hinwies, erwiderten sie, dass sie das nur ändern könnten, wenn man auf der anderen Seite des Mittelmeers das Gleiche täte. Wer wird damit anfangen, diesen Teufelskreis zu unterbrechen, der eines der Hauptprobleme des Geschichtsunterrichts ist?

Geschichte mag nicht das einzige Wissen sein, das man braucht, aber dem jungen Deutschen, der seinen Vater fragte, als er den Kölner Dom sah: »Papa, warum haben sie den Dom so dicht an den Supermarkt gebaut?«, könnte ein wenig Geschichtswissen helfen, etwas über die Leistungen unserer Nachbarn zu erfahren. Deshalb habe ich als Historikerin und Professorin mich und meine Kollegen stets gefragt, wie man dieses Problem bewältigen kann. Heute spricht jeder über neue Technologien, die wichtig, aber auch gefährlich sind, denn die meisten wissen heute nicht einmal, wie man ein Gemälde interpretiert. (Man sagt in Frankreich, dass in einem Museum keiner Analphabet ist, doch nie hat eine Frau mehr Unsinn zu Ohren bekommen als die Mona Lisa im Louvre.) Wenn wir also neue Technologien an unseren Schulen einführen wollen, müssen wir wissen, wie man damit einen kritischen und offenen Geist fördern kann und wie man vermeidet, dass junge Leuten glauben, man könne Antworten finden, indem man auf einen Knopf drückt.

Abschließend zu Herrn Ruths Bemerkung über die Rolle der Medien und insbesondere der Zeitungen: Um die komplexe Realität der europäischen Zivilisation oder Kultur zu verstehen, brauchen wir gute Vermittlungsinstanzen. Zweifellos ist die Presse eines der besten Mittel, um Interesse an Dingen hervorzurufen oder Wissen zu vermitteln. Aber andere Vermittlungsinstanzen wie Pädagogen und Museumskuratoren tragen eine ähnliche Verantwortung in der Wissensvermittlung. Unsere Hauptaufgabe ist meines Erachtens nicht nur die Erziehung der Erzieher, sondern auch die Bildung der Politiker.

Pack
Sprachunterricht festigt Integration

Wenn Frau Ahrweiler sagt, die Jugendlichen sind heute in Europa zu Hause, dann stimmt das für meine Kinder und vermutlich auch für ihre. Doch wir müssen uns immer vor Augen halten, dass dies nur für eine bestimmte Schicht von Jugendlichen zutrifft. In der Europäischen Union haben wir einige hervorragende Programme, so zum Beispiel das Erasmus-Programm, das nun glücklicherweise in das Sokrates-Programm eingebunden ist. Mit dem Comenius-Programm können endlich auch Jugendliche, die nicht zur Universität gehen, nach dem Schulabschluss erfahren, was Europa ist. Durch das Grundwig-Programm fördern wir das *life-long learning* der Älteren, an die wir auch denken müssen. Bei der Aufnahme Portugals, Spaniens und Griechenlands war die Erwachsenenbildung noch kein Thema. Das hat sich erst geändert, nachdem sie vom Europäischen Parlament ins Programm aufgenommen wurde, wobei auch hier der Entscheidungsprozess nicht einfach war. Eine weitere bedeutende Erneuerung in Europa ist der Jugendfreiwilligendienst, mit dem Jugendliche im Alter ab 18 Jahren für einen sozialen oder kulturellen Dienst ins Ausland gehen und dabei auch die Sprache erlernen. Denn eins ist hier noch nicht gesagt worden: Ohne Sprachen wird sich Europa rückwärts bewegen. Unsere Hauptthese sollte sein: Ohne mindestens die Sprache des Nachbarlands sowie eine weitere zu kennen, werden wir Europa nicht stabilisieren können. Die Europäische Union befindet sich hier auf einem guten Weg, der jedoch ständig von nationalen Egoismen eingeengt wird, die sich hinter dem Wort Subsidiarität verstecken.

Griefahn
Die Bildung einer gemeinsamen
Kultur bedarf der Anstrengung...

Ich möchte an das anknüpfen, was Frau Pack gesagt hat. Natürlich gibt es gerade in der jüngeren Generation eine gemeinsame europäische Kultur, doch das ist nicht die Kultur, die wir uns vorstellen. Diese besteht darin, dass alle Jugendlichen in Prag, Paris, London oder Moskau Britney Spears hören, im Internet surfen und »Counterstrike« spielen. Das dient der gemeinsamen Verständigung, hat aber

Eine europäische Identität entsteht wiederum nur,
wenn Menschen auch die Möglichkeiten erhalten,
sich zu begegnen.

Griefahn

nichts mit dem zu tun, was wir hier diskutieren. Daher möchte ich auch Herrn Roß widersprechen, der meinte, eine gemeinsame europäische Kultur könne einfach von unten wachsen. Im Gegenteil bedarf dies einer aktiven Anstrengung.

Lassen Sie mich das mit einem Beispiel verdeutlichen: Das Deutsch-Französische Jugendwerk hatte 1963 nominell die gleichen Mittel zur Verfügung wie heute, womit es immerhin den Austausch von sieben Millionen Jugendlichen bewerkstelligt hat. Diese Mittel besitzen derzeit aber nur noch 34% ihrer früheren Kaufkraft. Viele Menschen, die heute eine Multiplikatorenfunktion ausüben, sind durch das Deutsch-Französische Jugendwerk sozialisiert worden; auch mich hat der Austausch geöffnet und mir erlaubt, europäischer zu denken. Welche Möglichkeiten haben wir heute, um Begegnung zu schaffen? Verwaltungsvorschriften und ähnliche europäische Maßnahmen sind für viele Menschen zu abstrakt. Europa kann als Identität begriffen werden, indem sich Menschen begegnen, und zwar nicht nur in Elitezirkeln wie hier, sondern auf allen Ebenen. Ein gutes Beispiel sind die Städtepartnerschaften, die der Elysée-Vertrag unterstützt. Durch sie treffen Mitglieder der Stadträte, die Sportvereine, die Chöre und viele mehr aufeinander.

...durch Austauschprogramme...

Hier wird deutlich, warum Sprache so notwendig ist, wie Frau Pack es angedeutet hat. Englisch alleine reicht nicht aus, weil die Sprache auch den Zugang zu einer Kultur, zu einem Hintergrund vermittelt. Nicht umsonst heißt übersetzen im Französischen nicht *traduire*, sondern *interpréter*, da man eben den Hintergrund durch die Sprache mitverstehen muss. Jacques Lang hat einmal den Vorschlag gemacht, es müsste für jedes Kind in Europa Pflicht sein, neben Englisch eine weitere Sprache zu lernen und mit dem Schulabschluss ein bestimmtes Sprachniveau zu erreichen. Diesen Vorschlag sollten wir sehr unterstützen, denn er ist immer noch sehr umstritten, wie die Erfahrungen aus Baden-Württemberg und dem Elsass zeigen. Dort sollte Französisch ab der ersten Klasse eingeführt werden, doch die davon betroffenen Eltern reagierten mit großem Protest, da sie der Meinung waren, dass Englisch ausreiche.

Auf diesem Gebiet ist daher eine aktive Anstrengung nötig, die auch politische Beschlüsse einschließt. Frau Pack hat vollkommen Recht, dass Kultur und Bildung in den Europäischen Verträgen und der Debatte im Konvent zu kurz kommen und wie eine Nebensache behandelt werden. Die entscheidende Frage ist nicht, ob politische Führungskräfte lernen, sondern – wie Herr von Weizsäcker deutlich gemacht hat – ob und wie die Bürger ihre Identität begreifen. Eine europäische Identität entsteht wiederum nur, wenn Menschen auch die Möglichkeiten erhal-

...und Sonderregelungen
für Kultur im GATS-Abkommen

ten, sich zu begegnen. Das Phänomen der Renationalisierung innerhalb einer globalisierten Welt, das Frau Pack beklagt, hat meines Erachtens mit der zunehmenden Komplexität der Welt zu tun. Wenn niemand mehr weiß, von wo eine Firma regiert wird, werden nationale Identitäten wieder wichtiger für die Menschen, da sie überschaubarer erscheinen. Dies müssen wir als Fakt zur Kenntnis nehmen.

Für die osteuropäischen Länder kommt hinzu, dass für sie die nationale Identität ein erst nach 1990 neu gewonnenes Gut ist, das zuvor nivelliert wurde und nicht zugelassen war. Daher brauchen wir ein aktives Programm, gestützt von entsprechenden Finanzmitteln, damit Menschen sich begegnen und Identitäten entwickeln können. Intensive Lobbyarbeit in jedem Land muss sich gegen die Annahme stellen, die gemeinsame Identität werde automatisch durch den Euro, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und internationale Konzerne kommen.

Es ist von enormer Bedeutung, Ausnahmen für Bildung und Kultur in Abkommen wie dem GATS (General Agreement on Trade in Services), das gerade verhandelt wird, zu verankern. Mit dem GATS-Abkommen soll nicht nur ein freier Markt für Dienstleistungen, sondern auch für Bildung oder audiovisuelle Medien hergestellt werden. Um zu verhindern, dass diese Güter nur noch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, müssen wir Europäer die »exception culturelle«, die Frankreich bereits in den WTO-Verhandlungen eingeführt hat, auch für uns reklamieren. Nur dann können wir weiterhin audiovisuelle Medien und Bildungsaufträge so gestalten, dass sie der Bewahrung unserer Identitäten und Sprachen dienen. In diesem Bereich müsste viel mehr als gemeinsames europäisches Projekt unternommen werden. Dazu gehört auch, Kultur als einen Aspekt der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aufzunehmen, als Teil einer koordinierten Prävention. Einige vorsichtige Ansätze existieren hier bereits in den Schulen und Kulturzentren, die wir gemeinsam mit England und Frankreich einrichten. Doch müssten wir Ähnliches auf europäischer Ebene tun, etwa in Form eines europäischen Kulturinstituts, in dem einzelne Identitäten berücksichtigt werden, wir aber trotzdem gemeinsam auftreten. Nur so haben wir eine Chance, der Verbreitung der reinen Britney-Spears-Kultur entgegenzuwirken.

Degot

Ich werde auf Englisch sprechen, auch wenn das die Sprache der Globalisierung – und manche würden sagen des Imperialismus – ist. Ich nehme zum ersten Mal an einer Diskussion über europäische Identität teil, aber ich kenne die Debatten über die russische Identität und bin sehr überrascht, dass sie so ähnlich sind. Wir Russen glauben oft, dass nur wir nicht wissen, wer wir sind, wohin wir gehö-

Kulturelle Identität kann zur Zuflucht werden,
weil Kultur etwas Ewiges ist.

Degot

ren und wer uns braucht. Der Identitätsdebatte in Russland wie in Europa scheint oft die Annahme zugrunde zu liegen, dass man von niemandem gebraucht wird, und das ruft Ressentiments und Frustrationen hervor. Vielleicht fühlen wir uns so im Verhältnis zu Europa und Europäer im Verhältnis zu Amerika. Der Eindruck ist, dass »sie« schon alles haben, was wir ihnen geben könnten, und deshalb ist es schwer zu erkennen, wozu wir gut sind.

In dieser Situation kann kulturelle Identität zur Zuflucht werden, weil Kultur etwas Ewiges ist. Doch abgesehen von der Frustration, die meines Erachtens einer kulturellen Identitätsdefinition zugrunde liegt, schafft sie auch Ghettos. So wird zum Beispiel von eingeladenen russischen Künstlern erwartet, dass sie etwas spezifisch Russisches schaffen, so wie wahrscheinlich von mir erwartet wird, dass ich etwas Russisches in die Diskussion einfließen lasse. Weil kulturelle Identität Ghetto schafft, stimme ich Herrn Schlögel zu, dass wir Europa geografisch definieren müssen, und ich füge hinzu: auch wirtschaftlich. Wir sollten uns der neuen Flexibilität von Informationen und der Wirtschaft anpassen, indem wir die Mobilität der Forscher, Künstler, Museumskuratoren und anderer unterstützen. Wir sollten auch den Begriff eines europäischen Internationalismus prägen, der vielleicht neu klingt, weil Internationalismus gewöhnlich mit Amerika verbunden wird. Dieser Begriff würde über die Europäische Union hinausreichen und somit den politischen und wirtschaftlichen Realitäten entsprechen. Wir sollten nicht lokale Identitäten als Alternative zur Globalisierung verteidigen, sondern eine andere Globalisierung schaffen, die noch globaler und deshalb wirklicher wäre als die amerikanische Globalisierung.

Dann sollten wir in Kunst und Kultur die großen Metaerzählungen rehabilitieren, die Jean-François Lyotard verdammt hat. Es ist traurig, das zu sagen, aber die Tradition des Kommunismus wird von den ehemaligen kommunistischen Ländern genauso verleugnet wie vom übrigen Europa. Ich denke, Europa muss das kommunistische Erbe, das bis heute vollständig verleugnet wird, in seine Geschichte miteinbeziehen.

Ich schließe mit einer Bemerkung zu den Medien. Walter Benjamin kam 1926 als Journalist nach Moskau, um die Ideen von Engagement und Zugehörigkeit zu erforschen. Anstatt sich immer kritisch zu distanzieren, wollte er einmal dazugehören. In seinem Tagebuch notierte er aber, dass es auf den Straßen Moskaus so rutschig war, dass er kaum gehen, geschweige denn denken konnte, sondern nur damit beschäftigt war, nicht hinzufallen. Diese Bemerkung muss man im Zusammenhang mit Benjamins Begriff des Flaneurs verstehen, eines zeitgenössischen

Eine kulturelle Identitätsdefinition
kann zur Ghattobildung führen

Der Kommunismus sollte
als Teil des europäischen Erbes
anerkannt werden

Künstler oder Intellektuellen, der durch die Straßen geht, nachdenkt und Dinge kritisiert. In der extremen historischen Situation, in der er sich selbst befand, konnte er kein Flaneur sein, weil er nur daran dachte, nicht hinzufallen. Journalisten in Russland geht es heute ähnlich. Sie glauben wahrscheinlich, dass es besser ist, sich darauf zu konzentrieren, nicht hinzufallen, und sind deshalb unfähig zur Kritik. Ich halte dies für einen Fehler, wie es auch damals für Benjamin ein Fehler war. Er verließ das Land, weil er nicht dazugehörte und nicht Teil des Geschehens wurde. Wenn Journalisten es heute möglich ist, in Russland zu bleiben, dann müssen sie unbedingt ihre kritischen Fähigkeiten erhalten und den glatten Straßen und ihrer Angst trotzen.

Smith

Wir sollten die historischen Besonderheiten des Kulturaustauschs stärker beachten

Walter Benjamin in Moskau ist ein sehr interessantes Beispiel für uns, weil es das Problem der Übertragbarkeit nationaler Kulturen verdeutlicht. Benjamin sprach kein Wort Russisch, die kyrillischen Buchstaben waren für ihn nur unlesbare Zeichen, und sein Übersetzer, Bernhard Reich, zeigte ihm nur einen speziellen Teil von Moskau. Er erlebte die Stadt auch zu einem ganz bestimmten historischen Zeitpunkt, als der Trotzismus an Einfluss verlor. Fast symbolisch traf er bereits am Abend seiner Ankunft in Moskau den Schriftsteller Lebovic, Neotrotzkist und Kopf einer literarischen Gruppe, der am nächsten Tag nach Sibirien deportiert wurde. Obwohl es einige angedeutet haben, vermisste ich in dieser Diskussion die Frage nach der Besonderheit der kulturellen Interpenetration, die wir momentan erfahren. Als Amerikaner vertrete ich hier vielleicht Britney Spears ebenso wie Arthur Miller, oder sogar Walter Benjamin, der in amerikanischen Literatenkreisen verehrt wird, oder Wolfgang Peterson, der zu einem der führenden amerikanischen Regisseure geworden ist. Dieser Aspekt wurde hier etwas vereinfachend dargestellt.

Ein Wort zur tagespolitischen Debatte. Wenn man die Reaktion europäischer Intellektueller auf Donald Rumsfelds Aussage über das »alte« Europa in den Feuilletons verfolgt, so finde ich es bemerkenswert, wie weit gehend sich die Intellektuellen ihre Themen vom amerikanischen Verteidigungsminister vorgeben lassen. Und bedauerlicherweise nimmt vieles von dem, was ich gelesen habe, nicht auf Amerikas außenpolitische Traditionen Bezug, ganz im Unterschied zu den Neokonservativen, die gerade ihre eigene Geschichte umschreiben, indem sie sich als Wilsonier bezeichnen.

Kultur hängt auch mit Macht zusammen

Dann möchte ich anmerken, dass man bei einer Diskussion über europäische Kultur auch Fragen der Macht und Machtlosigkeit berücksichtigen muss. Um es



dialektisch auszudrücken: Es ist sowohl falsch als auch richtig, dass europäische Identität von außen definiert werden muss, sei es in Abgrenzung zu einem penetrant negativen Bild der amerikanischen Kultur – das sich aus Blue Jeans und Britney Spears zusammensetzt – oder zum Vorbild amerikanischer kultureller Vielfalt. Was die Frage der Sprache anlangt, ist eine kulturübergreifende gegenseitige sprachliche Durchdringung unbedingt notwendig. Die Dominanz des Englischen im Internet zum Beispiel ist problematisch. Die zweisprachigen Webseiten des Staats Kalifornien zeigen, wie ein mehrsprachiges Internet eine praktische Antwort auf das Problem der Sprachdominanz sein kann.

Abschließend möchte ich anregen, dass wir uns mehr auf die Zukunft als auf die Vergangenheit der europäischen Kultur konzentrieren. Wer Europas reiche Kulturgeschichte mit Immanuel Kant und Wolfgang Amadeus Mozart heraufbeschwört, bestimmt ironischerweise a-historisch, was Europa ausmacht, denn so schenkt man zukünftigen Entwicklungen, die sicherlich weltoffeneren Traditionen hervorbringen werden, zu wenig Beachtung.

Die Fülle an Frage- und Problemstellungen, die hier aufgeworfen werden, möchte einen beinahe kapitulieren lassen. Doch erst wenn wir uns der Problemfülle und Tragweite der Schwierigkeiten voll bewusst werden, können wir Lösungen entwickeln.

Herr von Weizsäcker hat ein grundlegendes Dilemma der Europäischen Union angesprochen, nämlich die Diskrepanz zwischen dem Ökonomie- und Effizienzprinzip auf der einen und dem Legitimations- und Transparenzprinzip auf der anderen Seite. Auf der ökonomischen und politischen Ebene kommen wir momentan offensichtlich nicht mehr substantiell voran. Binnenmarkt und Währungsunion sind weit gehend realisiert. Der Integrationsprozess hat einen Grad erreicht, an dem nun seine Steuerungsmöglichkeiten und Manövrierfähigkeit fraglich werden. Deshalb diskutieren wir hier über Kultur, und die Entwicklung unseres Gesprächs verdeutlicht die Schwierigkeiten, die wir mit diesem Thema haben. Wir kreisen immer wieder um den Kulturbegriff, der zu diffus und zu wenig definiert ist; stürzen uns unvermittelt auf das Thema, streifen es nur und schweifen wieder ab. Das kulturhistorische und -politische Bewusstsein in Europa bleibt defizitär.

Ein Grund dafür liegt darin, dass die westeuropäische Integration ein Umweg war. Es war ein technokratischer, handelsmarkt- und währungspolitischer Umweg, auf dem zwar eine Kulturpolitik von oben, quasi staatlich gelenkt und kon-

Gehler

Ein stärkeres gemeinsames
Kulturbewusstsein für weitere Integration

trolliert zur Stützung der westeuropäischen Integration zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich initiiert wurde. Doch auf dieser Basis wurde kein gesamteuropäisches Kulturbewusstsein geschaffen. Hätte man das versucht, hätte die Frage gestellt werden müssen, wer für die Teilung des Kontinents tatsächlich verantwortlich ist. Diese Verantwortung war nicht nur eine sowjetrussische oder US-amerikanische, sondern auch – und das ist das heiße Eisen – eine europäische, um es präziser zu sagen, eine westeuropäische. Daher steht Kultur heute erst am Ende dieses Umwegs, und man wird sich noch mit den Ost- und Mitteleuropäern und ihren historischen Erfahrungen beschäftigen müssen.

Es ist zu Recht angesprochen worden, dass die Intellektuellen und Historiker oft in Carl Spitzweg-Manier mit aufgespannten Regenschirmen im Zimmerchen sitzen und die Realität nicht wahrnehmen. Aber ganz so schlimm ist es nicht, wenn Sie in der Geschichtswissenschaft beispielsweise die *Cultural Studies* nehmen, die sich seit zehn oder fünfzehn Jahren bahnbrechend auf die Fährte der Kriechströme, um Herrn Schlögel zu zitieren, begeben haben. Hier wird deutlich, dass Diplomatie-, Macht- und Wirtschaftsgeschichte nicht ausreichen, sondern dass wir auch den kulturellen Hintergrund erforschen sollten. Wir müssen daher nichts neu begründen, sondern uns nur auf die Suche nach uns selbst begeben. Und wir werden fündig werden, denn das Kapital unserer europäischen kulturellen Ressourcen ist enorm.

Italien, Österreich und die
Anwendung ethischer Prinzipien

Zu den Medien und der häufig fehlenden politischen Verantwortung: Hier sollten wir uns mehr an ethischen Prinzipien orientieren, also an solchen Grundpfeilern der europäischen Identität und Kultur wie Immanuel Kants kategorischem Imperativ und Max Webers Unterscheidung zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik. Was den Fall Italien angeht, stimme ich mit Frau Echerer überein. Doch der Sündenfall war nicht Italien mit der Wahl Silvio Berlusconi im Mai 2001 und den ausgebliebenen Maßnahmen der anderen vierzehn EU-Staaten, sondern der völlig verfehlte Umgang mit Österreich im Jahr 2000. Dort wurde durch eine übereilte und kopflose Isolationspolitik kaputtgemacht, was ein Jahr später in Italien möglicherweise sinnvoller hätte angewendet werden können. Nun wurde durch die Neuregelung des Artikels 7 EU-Vertrag verfahrenstechnisch die Latte für Sanktionsverfahren so hoch gelegt, dass eine praktische Anwendung wie im Falle Österreichs höchst unwahrscheinlich ist.

Zuletzt noch eine Anmerkung zur Frage der Zumutbarkeit von Geschichte für junge Menschen, die Herr Wagner zu Recht angesprochen hat. In den Geschichtsverlagen, die ja nicht nur in Deutschland in der Krise sind, kann man einen deut-



lichen Trend hin zu kompakten Aufsatzsammlungen und Essays erkennen, der teilweise zu Lasten der Seriosität und der Wissenschaftlichkeit geht. Hier sollte die Wissenschaft affirmativer sein, Zunftzwänge ablegen und sich zu neuen Darstellungsformen bekennen. Zudem laufen wir in der Geschichtswissenschaft Gefahr, nicht nur zu nationalstaatlich zu bleiben, sondern auch zu eurozentrisch zu werden. Die Europäisierung der Zeitgeschichte ohne Einbeziehung der Globalisierungseffekte genügt nicht. Wir werden beispielsweise die massiven Proteste von Jugendlichen beim EU-Gipfel in Göteborg nicht verstehen, wenn wir nicht die vorausgehende Antiglobalisierungsbewegung berücksichtigen. Diese Wechselwirkungen zwischen globalen und europäischen Prozessen gilt es erst noch anzudenken und für die historische Forschung zu erschließen.

Zunächst zur Erziehung. Ich glaube nicht, dass es einen Dissens darüber gibt, wie außerordentlich wichtig Erziehung ist, wobei Erziehung nicht als propagandistisch, nicht künstlich oder absichtsvoll verstanden wird, sondern als Vergewärtigung der Standards und des kulturellen Erbes. In diesem Bereich haben wir Fortschritte gemacht. Doch in der Geschichtswissenschaft stehen wir noch ganz am Anfang, denn bis auf die wenigen zitierten Ausnahmen sind es additive und nicht europäische Geschichten. Nun ist sicher das nationale Narrativ zu eng und nicht auf der Höhe der europäischen Erfahrung, aber es ist sehr schwierig, europäische Geschichte zu schreiben. Dies würde bedeuten, eine Sprache zu finden für vollkommen unterschiedliche, zum Teil auch antagonistische Erfahrungen, wie schon die zentralen Beispiele aus dem 20. Jahrhundert zeigen: Erster großer Krieg, Gründung der Nationalstaaten in Ost-/Mitteleuropa, Krise der Demokratie, totalitäre Regime, Zweiter Weltkrieg, Genozid und das europäische Vertreibungsgeschehen, das immerhin 60 bis 80 Millionen Menschen involviert hat. Wie können Deutsche, Polen, Juden, Tschechen, Rumänen, Ungarn usw. dafür eine gemeinsame Sprache finden? Mit Pädagogik im Sinne von absichtsvollen Erklärungen ist da sicherlich nichts auszurichten. Vielmehr müssen die Europäer einen Rahmen finden, sich gegenseitig ihre konträren und oft antagonistischen Geschichten zu erzählen. Daraus wird irgendwann – das kann man nicht dekretieren – ein europäisches Narrativ, eine europäische Geschichte entstehen. Dieser Prozess der Sprachfindung und der Verständigung ist sehr schwierig, aber höchst interessant.

Um eine unnötige Frontbildung zu vermeiden, möchte ich zum Thema »Neubegründung« erläutern, dass ich damit nicht meine, Europa neu zu entdecken, so

Schlögel

Europäer müssen eine gemeinsame Sprache für ihre unterschiedlichen Erfahrungen finden

Wer die Augen öffnet, entdeckt Europa neu

wie man den Nordpol noch einmal entdecken oder das Fahrrad neu erfinden sollte. Vielmehr geht es um die Vergewisserung der Stärke, um eine Anerkennung der Fragilität und bisweilen der Fragwürdigkeit von dem, was besteht. Neubegründung heißt die Gegenwart prüfen; sie ist damit die kritische Pointe gegen den Habitus des Weitermachens, der 1989 unterbrochen wurde. Es wurde vorhin gesagt, wir könnten die Menschen nicht ein zweites Mal auf die Schule schicken – das stimmt. Doch wer nicht ein zweites Mal die Augen aufmacht und endlich anfängt, sich Breslau, Krakau, Prag, Kaliningrad oder Vilnius anzusehen, der ist nicht europafähig. In diesem Sinne müssen wir neu anfangen und uns dieses ganze Europa vergegenwärtigen.

Lassen Sie mich noch einmal betonen, dass ich den gegenwärtigen Prozess als Wiedereintritt in die europäische Komplexität verstehe. Wir wachsen langsam wieder in eine Komplexität hinein, wie sie im Jahr 1913 bereits bestand und die wir durch ethnische und kulturelle Säuberung, durch entsetzliche Vorgänge zerstört haben. Für mich ist noch ganz offen, ob wir dieser Herausforderung in einem zweiten Anlauf gewachsen sein werden. Wir müssen akzeptieren, dass Europa kein Spaziergang sein wird. Politiker scheinen manchmal zu denken, sie könnten Europa hinter dem Rücken der Bürger herbeiführen. Das wird scheitern; denn irgendwann wird es Referenden geben, in denen die Leute sich dagegen wehren. Daher muss man offen sagen, dass es hart werden wird und dass es neue Konkurrenz geben wird. Man muss zugeben, dass die Veränderungen beunruhigen und neue Reibereien entstehen werden. Harmonisierung und rhetorische Besänftigung sind für diesen schwierigen Prozess nicht angemessen.

Menschen richten ihr
Leben ganz neu ein

Schließlich möchte ich anmerken, dass die Politiker in den letzten zehn, fünfzehn Jahren mit der politischen Transformation großartige Arbeit geleistet haben. Mit allen Künsten der Diplomatie wurde die Auflösung der Hemisphären und der Blockgrenzen, die Wiedergewinnung der Souveränität und zum Teil auch der Einheit von Völkern bewerkstelligt. Aber jetzt kommt etwas anderes auf uns zu, nämlich die Neueinrichtung des Lebens. Moskau beispielsweise, diese atemberaubende Boom-Stadt, erfindet sich ganz neu und richtet sich neu ein. Überall in Mittel- und Osteuropa versuchen Abermillionen von Menschen einen neuen Lebensstil für sich zu begründen. In diesem Prozess der Neueinrichtung des Lebens und der Schaffung neuer Routinen spielen Städte die zentrale Rolle. Daher ist für mich das Europa der Bürgermeister so wichtig, vielleicht wichtiger als das »Europa der Hochebene« oder auch das Europa von Brüssel, auch wenn man diese Dinge nicht im Gegensatz zueinander diskutieren sollte. Zudem bin ich der Meinung,

Ich finde es besorgniserregend, dass eine Europa-Diskussion nur dann in Gang kommt, wenn entweder Barbaren vor der Türe stehen oder wenn ein amerikanischer Verteidigungsminister eine Bemerkung über das »alte« Europa macht.

Schlögel

dass wir in den letzten zehn Jahren mit einer Reihe von bemerkenswerten Bürgermeister-Persönlichkeiten gesegnet worden sind, die ein bedeutendes Krisenmanagement geleistet haben. Juri Luschkow, der Bürgermeister von Moskau beispielsweise, mag umstritten sein, aber es ist beachtlich, dass er es geschafft hat, diesen 12-Millionen-Moloch vor der Gefahr des Bürgerkriegs zu bewahren und Moskau von einer sowjetischen Hauptstadt in eine boomende Weltstadt zu verwandeln. Ähnliches gilt für die Bürgermeister von Budapest oder Warschau.

Lassen Sie mich mit einer Frage abschließen: Warum hat in den neunziger Jahren keine wirkliche europäische Diskussion in dem Sinne stattgefunden, wie es sie nach 1945 und in den achtziger Jahren gegeben hat? Nach 1945 lag Europa danieder. In dieser Situation musste man ganz neue Überlegungen anstellen. Die Gründerväter Europas waren beseelt von der Wiedergeburt Europas aus den Ruinen. Daher war das europäische Projekt nach 1945 kein rein ökonomisches, sondern ein umfassendes, politisches und kulturelles. In den achtziger Jahren spürte man förmlich die Erosion der Alten Welt, also des geteilten Europas. Der Mitteleuropa-Diskurs dieser Zeit hatte etwas ungemein Inspirierendes, er brachte Europa in Fahrt, das dann 1989 strahlend dastand. Ich verstehe nicht, warum es heute keine inspirierte Europa-Diskussion gibt. Ich finde es besorgniserregend, dass eine Europa-Diskussion nur dann in Gang kommt, wenn entweder Barbaren vor der Türe stehen und Europa sich durch die Bedrohung neu definieren muss oder wenn ein amerikanischer Verteidigungsminister eine Bemerkung über das »alte« Europa macht.

Warum gibt es seit 1989 keine Europadebatte?

Dazu möchte ich bemerken, dass wir heute die große Chance einer wirklichen Europa-Debatte haben, auch wenn sie verspätet ist. Ansätze dazu gab es bereits beim Vertrag von Maastricht und der Einführung des Euros. Doch diese Ansätze verliefen meist nach der Methode der fünfziger Jahre: Man antwortet auf Sachzwänge und weitet die Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union aus. Diese Entwicklungen verliefen aber losgekoppelt vom Bewusstsein der Menschen. Für mich ist daher das Ziel unserer Debatte heute, etwas zur Lösung dieses Grundproblems beizutragen.

von der Gablentz

Es ist für mich eine interessante Erkenntnis, dass wir uns immer dann, wenn wir von einem funktionierenden Europa-Begriff sprechen, auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg beziehen. Was die »Neubegründung« angeht, so denke ich auch, dass man Europa nicht neu schaffen, sondern eine Identität neu begründen muss. Hier

Maaz



Globalisierung überholt
die Europäisierung

liegt eine verlockende Aufgabe, auch auf Seiten der Museen, ja der Kulturvermittlung und der Präsentation der Traditionen generell, wobei wir uns immer in dem Spannungsfeld zwischen regionaler, nationaler und europäischer Kunst- und Kulturgeschichte befinden. Dabei sollten wir zwischen den verschiedenen Kunstgattungen unterscheiden, die mit unterschiedlicher Effizienz operiert werden können. So sind die bildenden Künste viel leichter zu vermitteln als die an das Wort gebundene Kunst. Das heißt, wir sollten den Transmissionsriemen der Kultur differenzierter betrachten, als wir es bisher getan haben.

An die Metapher der Kriechströme möchte ich die ebenfalls metaphorische Frage anknüpfen: Sind das eigentlich Wechselströme, oder ist es Gleichstrom? Ich glaube, dass es vorwiegend ein einseitig gerichteter, also ein Gleichstrom ist, und halte das für einen Teil des Problems. Kurz gefasst: Der russische Installationskünstler Ilja Kabakov ist nicht direkt aus Russland, sondern über die USA nach Europa gekommen. Demzufolge lautet meine These, dass die Globalisierung heute die Europäisierung überholt. Dem kann man nur durch die Schaffung europäischer Kulturinstitutionen entgegenwirken. Der Begriff des Kriechstroms suggeriert, wir hätten flächendeckende Projekte in ganz Europa. Doch bisher haben wir immer nur axiale Projekte, etwa mit Titeln (und Blickachsen) wie »Berlin-Moskau«. Zum Beispiel verkörpert das Deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris die starke Achse Paris-Berlin. Diese Projekte leben von Personen, in diesem Fall Thomas Gaetgens, und sind noch lange nicht flächendeckend ausgebaut. Ein anderes Beispiel ist ein Forschungsprojekt der Museen in Weimar, das sich mit Henry van de Velde beschäftigt.

Damit wären wir wieder im Europa vor 1914 angelangt, also in der Zeit, in der Europa tatsächlich als geistige Einheit funktioniert hat. Vor dieser Zeit gab es immer wieder ein offenes Europa, wenngleich in einer gewissen Kontinuität der Brüche: Deutsche Künstler lernten in Paris, belgische Maler stellten in Deutschland aus, französische Kunst wurde von deutschen Sammlern erworben, deutsche Künstler studierten auf einer dänischen Akademie. Deswegen muss und kann man mit diesen Brüchen gut leben; sie sind der eigentliche Reichtum der europäischen Kultur. Aus den Schwankungen solcher axialen Beziehungen resultiert die Sinuskurve der Historie, und jetzt scheinen wir uns – so, wie ich das Gespräch hier deute – im Aufschwung dieser Kurve zu befinden. Das deckt sich auch mit der Tatsache, dass eine immer größere Zahl internationaler Gemeinschaftsprojekte das Bild der Museums- und Ausstellungslandschaft bereichert.



Ich möchte den Beitrag von Herrn Schlögel, in dem er den fehlenden Europa-Diskurs der Intellektuellen bedauerte, als Anregung nehmen, über das Literatursymposium »Europa schreibt – was ist das Europäische an den Literaturen Europas?« zu berichten, das wir gemeinsam mit der Körber-Stiftung genau aus diesem Anlass veranstalten. Das große Schweigen der Intellektuellen zu Europa setzte seltsamerweise in dem Augenblick ein, als Europa politisch zur Debatte stand, in den neunziger Jahren. Heute scheint Europa mehr denn je Probleme damit zu haben, seine eigene Gegenwart als eine europäische zu verstehen.

Wenn das europäische Bewusstsein tatsächlich nicht auf der Höhe seiner eigenen Realität ist, dann müssen wir uns fragen, wie man diese Lücke schließen kann. Was braucht Europa, um eine eigene, nicht nur ökonomisch verstandene Identität zu entwickeln? Wie lernt Europa, sich selbst zu verstehen und selbstbewusst zu handeln? Aus der eigenen Geschichte zum Beispiel: Ferdinand Seibts Europa-Buch beschreibt, wie zentral das Wegesystem für die ungeheure Dynamik und Erfolgsgeschichte Europas war. Dieses differenzierte, weit verzweigte Wegesystem quer durch Europa, an dessen Rändern sich die Städte gebildet haben, ermöglichte einen innereuropäischen Austausch von Wissen, handwerklichen Fertigkeiten und Informationen, wie er sonst nirgendwo auf der Welt zu finden war. Daneben führten Intellektuelle wie Erasmus und viele andere mit großer Selbstverständlichkeit ein Gespräch über europäische Grenzen hinweg, das Europa zum Thema hatte. Gleichzeitig mit dem Austausch von Waren und Wissen fand in Europa also immer auch ein Prozess der Verständigung über sich selbst statt. Diese Form der Verständigung ist heute im Zeitalter der Information abgebrochen. Europa kann mit seinen ungehobenen historischen Schätzen, seinem geistigen Reichtum genauso wenig umgehen, wie es mit diesen neuen, von Herrn Schlögel als Kriechströme bezeichneten Geschichten umgehen kann, in denen das Europa von heute sich selbst kennen lernen könnte.

Unser Symposium ist ein kleiner Versuch, diese Lücke zu schließen. Wir wollen damit zwei Probleme gleichzeitig angehen, nämlich zum einen lernen, mit den europäischen Differenzen produktiv umzugehen, die Vielfalt als ein enormes kulturelles Potenzial zu verstehen, und zum anderen auf der Basis dieser Unterschiede über das Gemeinsame in Europa nachzudenken, um den europäischen Diskurs wiederzubeleben. Die Essays, die für dieses Symposium geschrieben wurden, zeigen ein erstaunliches Wissen um das Dilemma, in dem wir stecken.

Dabei fällt ein Unterschied zwischen den westeuropäischen und osteuropäischen Sichtweisen auf, so wie sie sich in den Essays darstellen. Für die Osteuro-

Keller

»Europa schreibt« –
ein Literatursymposium



Literatur ist die gemeinsame Sprache
für europäische Erfahrungen

päer ist Europa ein sehr stark kulturell besetzter Begriff – ambivalenter, komplexer, bedeutungsvoller als für die Westeuropäer. Westeuropäer sehen Europa weit gehend als identisch mit dem Konstrukt EU, das heißt, sie haben ein pragmatisch-politisches und funktionales Verhältnis zu Europa. Europa ist für sie eine Frage von Lebensqualität, von Reise- und Austauschmöglichkeiten, aber man verbindet nichts Emphatisches mehr damit, keine Idee, keine Utopie. Aufgrund ihrer schwierigen Geschichte sind sich die Osteuropäer der Komplexität des europäischen Bewusstseins viel bewusster. Auffallend ist, dass alle diese Essays erzählen, was sie zu Europa beizutragen haben. Und alle bieten ihren Beitrag als Europäer, nicht aus ihrer nationalen Perspektive an. Viele Osteuropäer reagieren empfindlich darauf, wenn sie nur als Repräsentanten ihrer Nation gesehen werden. Die Kroatian Dubravka Ugresic sagt zum Beispiel von sich, sie lebe in Amsterdam, reise überall in der Welt herum und das Letzte, was sie sei, sei eine kroatische Schriftstellerin. Sie habe größtes Interesse an Europa und bedaure sehr, dass der »Grand Prix d’Eurovision« zurzeit den Höhepunkt der mentalen Vereinigung des modernen Europa darstelle.

Wir müssen uns also fragen, wie diese Bewusstseinslücke geschlossen werden kann. Anders als Herr Schlögel meine ich, dass die Schriftsteller und Intellektuellen hier eine sehr große Rolle spielen. Denn all die von ihm beschriebenen komplexen Veränderungen auf diesem Kontinent sind ja auch der Stoff der Literatur, Gegenstand von Erzählungen, sie spiegeln sich in Tausenden von Geschichten. Es geht also eher darum, dass all diese Geschichten auch von den jeweils anderen europäischen Ländern wahrgenommen werden. Und bei dieser Frage der Neugier aufeinander existiert in Europa ein enormes innereuropäisches Defizit. Die kulturelle Neugier richtet sich auf Amerika, der Blick geht nach Westen. In den osteuropäischen Essays wird sehr deutlich kritisiert, dass die Perspektive des Westens weiterhin dominant ist. Osteuropäische Literatur wird an dem gemessen, was für den Westen interessant ist, und nicht an dem, was die Schriftsteller über ihre Wirklichkeit erzählen wollen und in Europa einzubringen haben.

Wenn es also darum geht, ein europäisches Narrativ zu entwickeln und eine gemeinsame Sprache für europäische Erfahrungen zu finden, dann sind die Schriftsteller gefragt. Um diese individuellen Geschichten als europäische Geschichten zu deuten, brauchen wir vielleicht in einem zweiten Schritt die Intellektuellen, die diesen gemeinsamen geistigen Schatz, der verstreut in den einzelnen Geschichten verborgen ist, ins europäische Bewusstsein heben. Die Selbstvergewisserung dessen, was europäisch ist an den Literaturen Europas und an den

Europäer zu sein heißt für mich,
Verantwortung für Europas Zukunft
zu übernehmen.

Glondys

Erfahrungen der Gegenwart, ist angewiesen auf die Intellektuellen und Schriftsteller. In seiner gesamten Geschichte hat sich Europa seiner selbst immer auch in der Literatur vergewissert, angefangen bei Homer über Johann Wolfgang von Goethe bis heute. Literatur ist besonders dazu geeignet, die Komplexität und Undurchsichtigkeit der Gegenwart zu erkennen, die von Politikern gerne ignoriert wird. Und der Begriff der Komplexität wird für die Zukunft Europas ein ganz essentieller sein, wenn es gilt, herauszufinden, was dieses Europa eigentlich ist, was es sein will, kann und soll.

Ich will aus der Sicht einer Osteuropäerin erklären, was es bedeutet, Europäer zu sein. Ich habe an den positiven wie auch negativen Seiten europäischer Geschichte Anteil. Doch für mich erlebte Europa seine Blüte nicht vor 1914, sondern in der Renaissance. Ich gehöre zum kulturellen Erbe Europas, auch weil deutsche, italienische, russische und nicht nur polnische Künstler zur Entwicklung meiner Heimatstadt Krakau beitrugen. Meine Sprache hat lateinische Wurzeln, und meine Spiritualität gründet auf christlichen Werten. Aber das Christentum ist nicht die einzige geistige Basis der europäischen Zivilisation, denn beispielsweise die polnische Gesellschaft schließt auch nicht-christliche Gruppen wie die Tarenten ein.

Europäer zu sein heißt für mich, Verantwortung für Europas Zukunft zu übernehmen. Deshalb engagiere ich mich für kulturelle Projekte, die zur Entwicklung einer europäischen Identität beitragen. Wir versuchen Inhalte wie Menschenrechte, interkulturellen Dialog und die Bedeutung ethnischer und nationaler Minderheiten zu vermitteln. In weiteren Konzeptionen werden Künstler zu europäischen Projekten ermutigt, beispielsweise eine Interpretation von Samuel Beckett aus der Sicht einer anderen Kultur. Diese Projekte finden in der Villa Decius statt, die von dem Elsässer Justus Decius gebaut wurde, der Sekretär des polnischen Königs Sigismund des Alten und ein Freund von Nikolaus Kopernikus und Erasmus von Rotterdam war. Die Villa ist ein Ort der Reflexion und Kreativität, ein Raum für offenen Dialog zwischen Ost- und Westeuropa. Polen gehört zu Mitteleuropa, was vielleicht darauf hindeutet, dass wir beim Dialog der Kulturen eine Mittlerrolle spielen könnten. So sollten alle Europäer mit uns die Verantwortung tragen, sich um die Länder zu kümmern, die außerhalb der Schengener Grenzen liegen werden, und ihnen helfen, so dass sie nicht so allein gelassen werden, wie wir es einmal wurden.

Die europäischen Verträge machen deutlich, dass Kultur in der Europäischen

Glondys

Eine osteuropäische Sichtweise

»Villa Decius«

Union nur eine sehr begrenzte Rolle spielt. Das muss sich ändern, und Einrichtungen wie die Villa Decius, die unabhängig von der Lokalpolitik und im Charakter europäisch sind, indem sie die Werte des Humanismus und der Renaissance pflegen, sollten unterstützt werden.

II. Aufgaben der Kulturpolitik im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union



Nach dieser Debatte über die grundlegenden Themen der Geschichte und Wirklichkeit europäischer Kultur eröffne ich die zweite Sitzung. Unser Thema heißt nun »die Aufgaben der Kulturpolitik im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union«. Es geht also darum, welche Aspekte europäischer Kultur politisch relevant sind und welche Instrumente auf allen verschiedenen Ebenen uns zur Verfügung stehen, um Kultur zu fördern, zu formen und für die europäische Integration nutzbar zu machen. Wir werden nun zur Einführung in die kulturpolitische Diskussion zunächst drei Impulsreferate hören.

von der Gablentz

Was die Rolle und die Herausforderungen der Kulturpolitik im Rahmen der Erweiterung und Vertiefung der EU angeht, möchte ich zunächst Herrn Schlögel zustimmen, der den Begriff der Osterweiterung ablehnt und stattdessen den der Wiedervereinigung vorzieht. Im Prozess dieser Wiedervereinigung müssen wir uns dessen bewusst sein, dass die osteuropäischen Staaten ihre gerade erst zurückgewonnene staatliche Souveränität verteidigen werden. Das Modell des souveränen Nationalstaats als Gegenentwurf zur ehemaligen Sowjet-Herrschaft bildet dort immer noch das bestimmende politische Koordinatensystem und steht in einem Spannungsverhältnis zur europäischen Integration. Die Furcht vor Verlust von nationalen kulturellen Identitäten ruft jedoch in ganz Europa kulturpolitische Abwehrmechanismen hervor. In den osteuropäischen Ländern äußert sich dies als antisowjetischer Reflex, in den westeuropäischen Ländern eher als antiamerikanischer Reflex, wie die aktuelle Debatte über das »alte« und »neue« Europa zeigt.

Griefahn

»Wiedervereinigung« statt »Osterweiterung«

Die kulturpolitische Herausforderung besteht darin zu erreichen, dass beide Mechanismen in ein europäisches Kulturverständnis und nicht in nationale Schemata münden. Zudem wird von einigen Politikern das Subsidiaritätsprinzip instrumentalisiert, um zu einer Renationalisierung bzw. Enteuropäisierung der Politik zu gelangen. So wird in der öffentlichen Diskussion das Europa der Kulturen als ein Europa primär der Nationen und ihrer Nationalkulturen propagiert. Aus diesen Gründen scheint eine erfolgreiche europäische Einigung ohne aktive europäische Kulturpolitik unmöglich, denn ein wiedervereinigtes Europa wird auch in qualitativer Hinsicht ein verändertes Europa sein. Zwei unterschiedliche politische Kulturen, die während der Ost-West-Konfrontation entstanden sind, müssen zusammenwachsen, und wir werden gleichzeitig eine Renaissance des Europas der Kulturen erleben. Die Gemeinschaft ist auf diese Entwicklungen aber weder institutionell noch inhaltlich wirklich vorbereitet,

Eine erfolgreiche europäische
Einigung ohne aktive europäische
Kulturpolitik scheint unmöglich.

Griefahn

Kulturelle Vielfalt
als europäisches Anliegen

weshalb die Kulturpolitik für die Gestaltung der Erweiterung politisch bedeutsam wird.

Die Herausforderung besteht somit darin, eine europäische Kulturpolitik zu schaffen, welche die Vielfalt der Kulturen in Europa anerkennt und unterstützt, ohne das Subsidiaritätsprinzip für antigemeinschaftliche Zwecke zu missbrauchen. Bisher findet nur eine Addition der einzelnen nationalen Politiken statt, wobei es sogar noch mehr Kulturpolitiken als Mitgliedsländer gibt, da einige föderale Länder – wie Deutschland oder Belgien – selbst jeweils mehrere Kulturpolitiken haben. Nur wenn es uns gelingt, die Erhaltung der kulturellen Vielfalt als europäisches Interesse zu definieren, können wir Netzwerke europäischer Kulturen schaffen und so eine europäische Identität herstellen. Dies wiederum ist Voraussetzung dafür – und da kommt der machtpolitische Aspekt herein, den Herr Smith angesprochen hat –, dass Europa gegenüber anderen Regionen in der Welt ein gewisses Gewicht erhält. Wie wichtig dieser Aspekt ist, zeigt die aktuelle Debatte. Wenn wir also von der kulturellen Einheit Europas sprechen, dann wollen wir das gemeinsame kulturelle Erbe hervorheben und dem kulturpolitischen Partikularismus zugunsten des Konzepts der Komplementarität des Gemeinschafts-Handelns eine Absage erteilen. Unser gemeinsames Erbe ist das aktive, engagierte, selbstbestimmte, von Bürgern getragene Europa, das vielfältige private Initiativen einschließt. Unser Ziel sollte sein, das Europabild der Bürger, das sich momentan stark auf Brüssel und seine Verordnungen konzentriert, durch eines zu ersetzen, das die Stärke, die sich aus unseren Gemeinsamkeiten und Unterschieden ergibt, berücksichtigt.

Artikel 151 stärken

Die Hauptinstrumente, die der Europäischen Union momentan zur Verfügung stehen, basieren auf Art. 151, Absatz 1 und 4 des EU-Vertrages. Dabei begründet Art. 151.1 keine Kulturgemeinschaft, sondern zielt darauf ab, Kulturpolitik zwischen den Mitgliedsstaaten abzustimmen, und betont die Wahrung und Förderung der Vielfalt der Kulturen. Die Kulturverträglichkeitsklausel des Artikels 151.4 EUV bestimmt die Beachtung kultureller Aspekte in anderen Politikbereichen, was zurzeit aber noch als Gebot der Rücksichtnahme auf die kulturellen Interessen der Mitgliedsstaaten interpretiert wird und keine neuen Kompetenzen der Gemeinschaft schafft. Um Kulturpolitik zu institutionalisieren, müssen wir daher dringend die Forderung in die Verfassungsdiskussion im Konvent einbringen, dass die Kulturverträglichkeitsklausel vergleichbar der Umweltverträglichkeitsklausel gestärkt und auf europäische Interessen angewandt wird. Außerdem sollten wir den Vorschlag der Kulturverbände unterstützen, Artikel 151 dahin-



gehend zu ändern, dass für die Abstimmungsverfahren nicht Einstimmigkeit, sondern eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben ist. Das würde eine nachhaltige Aufwertung der Kultur im bisher überwiegend ökonomisch und wettbewerbspolitisch orientierten Vertragsgeflecht der Europäischen Union zur Folge haben. Die GATS-Verhandlungen beispielsweise würden dann auch automatisch von den Vertretern der Europäischen Union anders behandelt werden müssen, als wenn nur die Wettbewerbspolitik an erster Stelle steht.

Meine zweite Forderung ist die Einrichtung eines auf breiter Ebene angesiedelten Kulturaustauschs in der EU und einer Kulturpolitik, die ein gegenseitiges Verständnis für die kulturellen Eigenarten der anderen sichert. Wir benötigen nicht nur eine flächendeckende Informations- und Austauschpolitik innerhalb Europas, sondern auch einen verstärkten Dialog der Kulturen mit Nicht-Europäern. Gerade nach dem 11. September ist die Frage zentral, ob der Clash der Kulturen wirklich stattfindet oder ob wir einen Dialog der Kulturen bewerkstelligen können. Doch muss Europa in diesen Dialogen kritisch bleiben und zeigen, dass Vielfalt der Kulturen eben auch Unterschiedlichkeit bedeutet. Konkret muss Europa seine kulturellen Werte der Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte offensiv vertreten, ohne seine eigene Historie in den Hintergrund zu drängen; das Gleiche kann es auch von den Partnern verlangen. Auf diese Weise könnte auch der Werte-Relativismus, der eine latente Gefahr eines falsch verstandenen Dialogs der Kulturen sein kann, vermieden werden. Dann lassen sich auch Gemeinsamkeiten finden, anstatt nur Unterschiede zu konstatieren, wie es manchmal in der Debatte mit dem Iran geschieht. Wie Johano Strasser lege ich Wert darauf zu betonen, dass die Menschenrechte auch zu unserem kulturgeschichtlichen Hintergrund gehören.

Schließlich möchte ich für die Schaffung einer europäischen auswärtigen Kulturpolitik plädieren. Kulturelle Faktoren spielen eine zunehmend bedeutende Rolle in der internationalen Politik. Dies wird deutlich einerseits bei den Auseinandersetzungen um den Globalisierungsprozess, andererseits bei den vielen innerstaatlichen Konflikten, die neben machtpolitischen häufig auch ethnische und religiöse, also kulturelle Ursachen haben. Daher benötigen wir neue Strategien der Konfliktvermeidung und -behebung, die sich auf kulturelle Faktoren beziehen. Eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik darf sich nicht auf Polizeiausbildung und die Koordinierung von Waffensystemen beschränken, sondern muss auch auswärtige Kulturpolitik beinhalten. Ihr Ziel sollte sein, ähnlich wie dies bei der KSZE und OSZE der Fall ist, Konfliktprävention

Mehr Kulturaustausch

Wir brauchen eine gemeinsame
auswärtige Kulturpolitik



durch die Förderung von Zivilgesellschaften und Dialogorientierung zu betreiben. Gerade in diesem Bereich könnte Europa als Gemeinschaft unterschiedlicher Kulturen ein Alternativkonzept zu den USA anbieten. Entscheidend ist, in der auswärtigen Kulturpolitik die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung von Kunst und Kultur zu vermeiden. Denn – das belegen Beispiele aus Ländern, in denen Goethe-Institute auch nach dem Abbruch der politischen Kontakte weiterexistierten – Kunst und Kultur können eine unabhängige Kommunikationsebene für Reformkräfte schaffen, auch wenn auf der politischen Ebene keine Kontakte mehr möglich sind.

Um das zu erreichen, muss die europäische Ebene die Haushaltsmittel im Kulturbereich aufstocken. Im Jahr 2000 wurde gerade einmal 0,1% des Budgets der Gemeinschaft für die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien ausgegeben, ohne Mittel aus dem Strukturfonds oder anderen Gemeinschaftsinterventionen mitzuzählen. Wenn wir Kulturpolitik als eine europäische und nicht als eine nationale Aufgabe begreifen, dann müssen wir auch die Mittel bereitstellen und über Programme wie Erasmus hinausgehen.

de Vries

Zunächst zu Herrn Schlögels Bemerkung, er ziehe das *Europe des Salons*, also ein Europa der aufgeklärten Bürger, dem Konferenz-Europa, also der anonymen und bürokratischen Zusammenarbeit von Staaten, vor. Bei dieser Vorstellung schlug uns wohl allen das Herz höher, denn Europa ist dann am besten, wenn es um Menschen geht. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass das Europa der Intellektuellen nicht imstande war, die Grausamkeiten zu verhindern, die mehrfach auf diesem Kontinent gewütet haben. Die europäische Zivilgesellschaft konnte weder den Ersten noch den Zweiten Weltkrieg, noch den Völkermord in Jugoslawien verhindern. Daher brauchen wir auch das öffentliche Europa, für das die Arbeit des Europäischen Konvents eine wichtige Rolle spielt.

Wie können wir eine europäische *Polis* schaffen?

Bisher hat sich die Europäische Union meist nach einer funktionalen Logik entwickelt, das heißt, die Integration erfolgte Schritt für Schritt und breitete sich von einem Gebiet aufs nächste aus. In vielerlei Hinsicht war dieser Prozess ungeheuer erfolgreich und hat zur Schaffung des Binnenmarkts, der gemeinsamen Währung und zur Integration anderer Politikbereiche geführt. So verdankt zum Beispiel die Umweltpolitik in einigen Ländern der Europäischen Kommission mindestens so viel wie den nationalen Regierungen und Parlamenten. Diese Leistungen sollten nicht unterschätzt werden. Dabei fehlt jedoch ein entscheidender Aspekt. Es mag eine europäische Politik geben, aber es gibt kein europäisches



Gemeinwesen. Das heißt, wir identifizieren uns meist nicht mit einer europäischen Regierung und fühlen uns nicht für sie verantwortlich. Die Hauptfrage für den Europäischen Konvent ist daher, wie man ein politischeres Europa und wie man aus den vielen verschiedenen Nationalgeschichten eine *Polis* schaffen kann.

Nationale Politiker – und ich sage das als ehemaliges Mitglied der holländischen Regierung – sind für dieses Problem mitverantwortlich. Obwohl sie in Brüssel zusammenarbeiten, scheuen sich Minister oft davor, dafür zu Hause Verantwortung zu übernehmen und die Entscheidungen der Öffentlichkeit zu erklären. Im Ergebnis schweigen politische Eliten die Bedeutung europäischer Institutionen für die Lösung nationaler Probleme tot. Politiker leugnen oft die wichtige Stellung, die Europa innehat, weil sie glauben, andernfalls ihren nationalen Einfluss zu verlieren. So vernachlässigen sie ihre Aufgabe, demokratische Unterstützung für die auf europäischer Ebene vereinbarte Politik zu mobilisieren, und machen es den Menschen schwer, sich als Bürger Europas zu verstehen.

Wie können wir das Selbstverständnis als Bürger Europas stärken? Zunächst: Die Methoden, die im Zuge der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert verwendet wurden, können heute nicht mehr angewandt werden. Damals, wie es etwa Eugen Weber in dem Buch »Peasants into Frenchmen« beschreibt, wurde die Bürgerschaft von oben geschaffen – durch die allgemeine Wehrpflicht, nationale Bildungssysteme und die Stärkung der Nationalsprache auf Kosten regionaler Sprachen. Europa kann auch nicht auf Symbole zurückgreifen, die denen der Nationalstaaten ähnlich wären. Es gibt keine Denkmäler für die historischen Schlachten der Europäischen Union. Sie hat keine Schlachten gewonnen, weil sie glücklicherweise keine geschlagen hat. Deshalb müssen die Symbole, auf die sich eine europäische Identität gründet, andere sein als die der nationalen *lieux de mémoire*, die wir gewohnt sind.

Unionsbürgerschaft stärken

Welche Alternativen haben wir? Ich möchte zumindest drei Elemente einer etwas komplexeren Antwort andeuten. Erstens ist es ganz entscheidend, dass wir voneinander lernen, besonders was die Geschichte des jeweils anderen angeht. Es klingt vielleicht banal, aber Völkerverständigung basiert auf gegenseitigem Lernen, und das müssen wir besonders zu einem Zeitpunkt unterstützen, an dem die Union sich erweitert. Wir sollten die Geschichten und Lebensformen anderer Nationen stärker im Unterricht berücksichtigen, da diese Dimension von unseren nationalen Bildungssystemen vernachlässigt wird. Wir sollten auch mehr über unsere eigenen Geschichten lernen, darüber, wie sie aus politischen Gründen im 19. Jahrhundert manipuliert wurden und welche Rolle die Amnesie spielt. Um Vor-

urteile zwischen den Völkern Europas abzubauen, müssen wir uns zunächst unseren Vorurteilen über unsere eigene Vergangenheit und Identität stellen. Das ist für den Aufbau eines europäischen Gemeinschaftssinns äußerst wichtig.

Zweitens müssen wir die Beziehung zwischen Europa und dem Islam klären. Migration macht die Frage des Staatsbürgerrechts zu einem wichtigen Bestandteil in unserem Dialog mit dem Islam. In diesem Zusammenhang finde ich weniger wichtig, was Samuel P. Huntington als *clash of civilizations* bezeichnet hat, sondern vielmehr den Konflikt innerhalb der Kulturen, zwischen dem fundamentalistischen und dem modernen Islam, zwischen dem toleranten und dem intoleranten Europa. Wollen wir in Europa einen inklusiven Bürgerbegriff, der den Islam mit einbezieht, oder nicht? Diese Frage wird in Europa umstritten sein, und an ihr werden sich viele politische Parteien spalten.

Drittens sollten wir als Europäer unsere Ziele bestimmen. Identität und Staatsangehörigkeit haben viel mit der Vergangenheit zu tun und damit, wer wir zu sein glauben. Doch die entscheidende Frage betrifft die Zukunft und wer wir sein wollen. Welche Ambitionen verfolgen wir, und wofür möchten wir in der Welt stehen? Welche gemeinsamen Werte wollen wir innerhalb der Union und gegenüber der restlichen Welt verkörpern? Ist in den Beziehungen zu anderen Staaten beispielsweise unsere Unterstützung der Menschenrechte nur ein Lippenbekenntnis, oder stehen wir für sie ein, wenn die Zeiten schwierig werden? Intellektuelle ebenso wie Politiker und Journalisten müssen sich diesen Fragen annehmen.

Ich schließe mit zwei Empfehlungen, die eng an Frau Griefahns Vorschläge angelehnt sind. Erstens konzentriert sich der Europäische Konvent, wenn es um Bürger geht, meist ausschließlich auf das Wahlrecht, also auf recht eng gefasste institutionelle Fragen. Ich glaube, wir sollten den Begriff der Bürgerrechte ausweiten und das Recht einbeziehen, an anderen Kulturen in Europa teilzuhaben, indem man andere Sprachen lernt, einige Zeit im Ausland verbringt und zu den Austauschnetzwerken gehört. In der Europäischen Union und in den Mitgliedsstaaten sollten wir uns zum Ziel setzen, dass jedes Schulkind einige Zeit in einer Familie in einem europäischen Land verbringen kann, um zu lernen, was es heißt, in einem anderen Land zu leben. Die Kulturpolitik beschränkt sich zumeist auf die Förderung von Austausch zwischen Künstlern, etwa Bildhauern oder Filmemachern. Diese Programme sind zwar notwendig, aber wir sollten auch auf die europäischen Durchschnittsbürger zugehen und sie in unsere kulturpolitische Strategie miteinbeziehen.

Einen europäischen politischen Raum bilden

Zweitens brauchen wir das, was im Französischen elegant *une espace politique*,

Bürger zu sein bedeutet mehr
als wählen dürfen.

de Vries

auf Deutsch ein *politischer Raum* heißt, wofür es aber keine gute englische Entsprechung gibt. Damit ist ein politischer Diskurs auf europäischer Ebene gemeint, d.h. Debatten über bestimmte Themen, die in verschiedenen Ländern gleichzeitig stattfinden. Zurzeit haben wir getrennte nationale Diskussionen, aber keine gemeinsamen. Die Europäische Kommission könnte solche Debatten organisieren, die dann möglicherweise zu gemeinsamen Folgerungen führen. Bürger zu sein bedeutet mehr als wählen dürfen. Wir brauchen eine grenzübergreifende Diskussion, wie wir sie an diesem Tisch führen. Neben den Journalisten könnten Institutionen wie dieser Gesprächskreis einen wichtigen Beitrag zum Bürgersinn leisten.

Danke für diesen Beitrag von einem Mitglied des Europäischen Konvents, der im Mittelpunkt der entstehenden Diskussion über das neue Europa steht.

Ich möchte auf die Bemerkungen von Herrn de Vries zur Rolle des Islam in Europa eingehen. In der Europäischen Union sind muslimische Minderheiten oft schlecht in die Gesellschaften integriert, in denen sie leben. Daher rührt der Vorwurf, dass der fundamentalistische Islam aus Deutschland und anderen Ländern in die Türkei exportiert wird. Lassen Sie mich das genauer erklären: Es ist ein bekanntes soziologisches und kulturelles Phänomen, dass eine Bevölkerung, die nicht integriert ist und sich ausgeschlossen fühlt, auf extreme religiöse und politische Werte anspricht. Während der siebziger und achtziger Jahre haben sich in Deutschland türkisch-marxistische Organisationen gebildet, die sich dann auch auf die Türkei ausgeweitet haben. Das Gleiche passiert heute mit dem religiösen Fundamentalismus. Nehmen Sie zum Beispiel den 11. September, der für mich nicht nur ein religiöses Phänomen ist, sondern auch Ausdruck der Unzufriedenheit derer, die aus unserem globalen System ausgegrenzt werden. Religion kann also dazu dienen, andere Probleme zu artikulieren.

Erlauben Sie mir ein Wort zur Situation der Kulturstiftung des Bundes in Deutschland. Mit einem Budget von fast 38 Millionen Euro im Jahr bemühen wir uns seit knapp einem Jahr darum, ein Instrument zu schaffen, das greift. Diese Einrichtung, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern erst spät gegründet wurde, soll gleichzeitig der Erinnerung und der Zukunft dienen. Damit würde sie beide von Frau Ahrweiler beschriebenen Aspekte einschließen, nämlich das kulturelle Erbe und die dynamische Weiterentwicklung.

von der Gablentz

Ergüder

Soziale Ausgrenzung schafft
Nährboden für radikalen Islam

Völckers

Die deutsche Kulturstiftung des Bundes



Ich finde es mutig, dass eine Argentinierin, die aus der Kultur und nicht aus dem akademischen Bereich kommt, gebeten wurde, Formen zu finden, in denen Kulturschaffende und Wissenschaftler einander kennen lernen, miteinander produzieren und ihre eigenen Geschichten erzählen können. Diese Institution ist als Bindeglied zwischen Politik und Kunst gedacht, und zu ihren thematischen Schwerpunkten gehören Europa, die kulturellen Folgen des 11. September sowie die kulturelle Dimension der deutschen Einigung. Durch unsere Projekte in Argentinien, China und anderswo versuchen wir, die Asymmetrie der Wahrnehmungen, die angesprochen wurde, etwas auszugleichen. In Skopje, Sarajewo, Mostar, Bukarest, Sofia, Warschau und an vielen anderen Orten zielen unsere Projekte darauf ab, einen Standort zu schaffen, an dem Künstler und Wissenschaftler komplexe und differenzierte Inhalte diskutieren können, und damit eine Öffentlichkeit herzustellen, die für die Entstehung demokratischer Gemeinschaften unabdingbar ist.

Eine wichtige Erfahrung war für mich, dass Künstler und Wissenschaftler an diesem Prozess mitwirken und dem spezifischen Wissen der Kultur Raum geben. Das kommt auch in Deutschland bislang viel zu kurz. Unser Beitrag geht weit über das Theaterprogramm oder schöne Ausstellungen hinaus. Mit geht es beim Aufbau der Kulturstiftung des Bundes im Wesentlichen darum: Bedingungen und Möglichkeiten zu schaffen, damit verschiedene Geschichten erzählt werden können.

Jones
Europas Regionen dürfen
nicht unterschätzt werden

Zu unserer Diskussion über europäische Geschichte, die Frau Ahrweiler angeregt hat, empfehle ich Norman Davis' Buch »The History of Isles«, in dem er sich gegen die Gleichsetzung Großbritanniens mit England wehrt. Wie Sie wissen, bezeichnen die französischen, belgischen, holländischen und deutschen Medien Großbritannien immer als »England« und leugnen so die Existenz anderer Regionen. Das Beispiel Hamburgs zeigt, dass die Regionen Europas unglaublich dynamisch sind. Meist jedoch spielen sie in den politischen Prozessen auf europäischer Ebene nur eine untergeordnete Rolle. In Brüssel werden die Regionen jetzt von 163 Büros und Delegationen vertreten, die untereinander Netzwerke und Partnerschaften bilden. Diesen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Kultur sollten wir nicht ignorieren.

Widersprüche und Gefahren sehe ich in zwei parallel laufenden Prozessen auf europäischer Ebene: den so genannten Frühjahrs-Gipfeltreffen, auf denen die »Ziele von Lissabon« diskutiert werden, und den Diskussionen im Europäischen Konvent.

Zunächst zu den Frühjahr-Gipfeln: Im Jahr 2000 verpflichteten sich die Staatsoberhäupter in Lissabon, in der Europäischen Union bis 2010 das weltweit beste wissensbasierte Wirtschaftssystem aufzubauen. Auf diese Aufgabe wurde sehr viel Energie verwendet. Im Kern ging es um die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie, nicht zuletzt als Folge der hohen Arbeitslosigkeit, unter der weite Teile Europas leiden. Die Strategie nennt vier Prioritäten: Erstens, unternehmerisches Können zu fördern. Zweitens, die Fähigkeit des Einzelnen zu stärken, sich während des Arbeitslebens an Wandel und Innovationen anzupassen, d.h. lebenslanges Lernen von der frühen Kindheit bis zur Weiterbildung in kleinen und mittleren Unternehmen. Drittens geht es darum, die Arbeitsfähigkeit zu stärken, wobei man vor allem an die 20% der Jugendlichen denkt, die ohne jede Qualifikation die Schule verlassen. Und viertens, Chancengleichheit herzustellen, nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch für behinderte Menschen und ethnische Minderheiten.

Um diese vier Ziele angemessen verfolgen zu können, muss Europa die Politikbereiche Bildung, Ausbildung, Forschung und Kultur integrieren. Die rechtlichen Grundlagen dafür wurden im Maastricht-Vertrag gelegt und im Vertrag von Amsterdam vervollständigt, der dazu verpflichtet, für die Ausbildung der Arbeitskräfte Sorge zu tragen. Die Strategie von Lissabon ist deshalb so entscheidend, weil sie versucht, ein besseres Gleichgewicht zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finden. Beide Politikfelder werden durch Investitionen in Menschen, durch Bildung und Innovationen verbunden. Dabei spielt der Sozialfonds der Europäischen Union, den man eigentlich Aus- und Weiterbildungsfonds nennen sollte, eine zentrale Rolle. Er ist neben der gemeinsamen Agrarpolitik und dem Fonds zur Entwicklung der Regionen der drittgrößte Strukturfonds, und seine Bedeutung wächst schnell. Irland ist das beste Beispiel für das Potenzial solcher Fonds. Es hat 37% aller EU-Gelder in die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen investiert. So wurde es in den letzten zehn Jahren zur größten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Europas und vielleicht der Welt. Die Ziele von Lissabon werden durch offene Politikkoordination verfolgt. Das heißt, Länder vergleichen ihre Arbeitsmethoden und Projekte, um die besten herauszufinden. Es geht also darum, Netzwerke zu schaffen und Erfahrungen auszutauschen. Diese neue Form der Zusammenarbeit, die keiner gesetzlichen Grundlage bedarf, erweist sich als zunehmend effektiv, zumal durch das europäische Forschungs- und Entwicklungsprogramm – das erste, das sich auf Investitionen im Bildungsbereich konzentriert – erhebliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.



Beunruhigende Signale aus dem Europäischen Konvent:

Das zweite wichtige Ereignis ist der Europäische Konvent. Dort zeichnen sich zwar einige positive Entwicklungen ab, so zum Beispiel die Schwerpunkte »soziales Europa« und »die Rolle der Regionen«, die ab Februar 2003 besprochen werden. Doch eine Reihe formeller und informeller Signale des Konvents finde ich äußerst beunruhigend. Zuerst die guten Nachrichten. Eine Mehrheit im Konvent scheint die Aufnahme der Grundrechtscharta in die Präambel des Vertrags zu unterstützen, als Ausdruck der gemeinsamen Werte, auf denen die Europäische Union beruht. Der Konvent billigt offenbar auch den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Dieses doppelte Bekenntnis wird es Bürgern in ganz Europa kurz vor der Erweiterung ermöglichen, sich mit den gemeinsamen Werten zu identifizieren.

Die Renationalisierung von Bildung und Kultur steht wieder auf der Tagesordnung

Zu den schlechten Nachrichten gehört, dass die Renationalisierung von Bildung, Kultur und möglicherweise anderen Politikbereichen wieder auf der Tagesordnung steht. Diese Frage wurde vor einem Jahr von einigen deutschen Bundesländern ein wenig ambivalent aufgeworfen und wird jetzt selbst auf höchster Ebene wieder diskutiert. Das ist eine gefährliche Entwicklung, auch wenn ich nicht glaube, dass der Konvent Bildung und Kultur aus dem Vertrag streichen oder hinter den Maastricht-Vertrag zurückfallen wird. Auch die Subsidiaritätsdebatte könnte schlimme Folgen haben. Für einige Politikbereiche ist ausschließlich die EU zuständig, während für viele Bereiche die Zuständigkeiten gemischt sind. Darüber hinaus hat eine Arbeitsgruppe im Konvent vorgeschlagen, einige so genannte unterstützende zusätzliche Maßnahmen in den Entwurf einzubeziehen, die von der Gesetzgebungskompetenz der EU ausgeschlossen sind. Der Konvent hat zwar zunächst sehr kritisch auf diesen Vorschlag reagiert, aber dennoch scheint er in den neuesten Verfassungsentwurf eingeflossen zu sein.

Betrachten wir den Maastricht-Vertrag, der sich in Artikel 150 mit Bildung befasst, etwas genauer. Dieser Artikel ist hauptsächlich dem Erfolg des Erasmus-Programms zu verdanken, das sich nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch bei der Wirtschaft großer Unterstützung erfreut. Obwohl Jacques Delors damals Schwierigkeiten voraussah, wurde dieser Artikel einstimmig und nahezu ohne kontroverse Diskussion angenommen. Das war nur möglich, weil er eine Subsidiaritätsklausel enthält, die bestimmt, wofür die Europäische Union nicht zuständig ist. So darf die EU keine Bildungssysteme, -strukturen oder Curricula vereinheitlichen. Ebenso wurde auch mit dem Kulturartikel 151 verfahren und übrigens auch mit den neuen Bestimmungen zur Gesundheitspolitik. In allen drei Fällen wurden die Ausnahmen klar definiert und damit rechtliche Bestimmungen

geschaffen, die nicht bedrohlich wirken. Rechtliche Handlungsgrundlagen sind in der Europäischen Union so wichtig, weil sie Voraussetzung für alle finanziellen Bestimmungen sind. Was jedoch die Ergebnisse anlangt, die im Kulturbereich auf der Grundlage von Art. 151 erreicht wurden, stimme ich mit meinen Vorrednern überein, die sie als sehr dürftig beschrieben haben. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es kommt auch auf die richtigen Einfälle und auf eine Politik an, die positive Anreize schafft. Aber es sind auch gute Programme wie Erasmus entstanden, und wir dürfen deshalb im Konvent nicht ihre rechtliche Grundlage eliminieren. Denn ohne sie würde sogar das Erasmus-Programm scheitern.

Das Erasmus-Programm hat die anfängliche Mobilitäts- und Austauschrate von 0,5% innerhalb der Europäischen Union erheblich erhöht. Von Frankreich, Deutschland und Großbritannien wurde es auf alle europäischen Länder ausgeweitet, von denen die meisten vorher keine Austausch-Programme hatten. Der Erfolg des Erasmus-Programms beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, das heißt, es wurde freiwillig von unten umgesetzt statt von oben erzwungen. Universitäten und höhere Bildungseinrichtungen bestimmen alle Aspekte der Zusammenarbeit selbst. Das Programm gilt nicht nur für Fremdsprachen, sondern für alle Disziplinen, und es führte dazu, dass ein Auslandsstudium für den akademischen Abschluss anerkannt wird. Auf diese Weise wurde die äußerst schwierige Frage der gegenseitigen Anerkennung akademischer Qualifikationen gelöst. Noch wichtiger ist aber, dass es jungen Leuten Gelegenheit gab, im Ausland zu leben und zu studieren und das zu erfahren, wozu Herr de Vries aufgerufen hat: Freundschaften zu schließen und Vorurteile über andere Völker und Kulturen abzubauen. Joshua Fishman, ein berühmter Soziolinguist, hat es so formuliert: »Wir sollten alle die Welt durch eine andere Brille betrachten, um uns anderen Blickwinkeln und Lebensweisen auszusetzen und uns selbst mit den Augen anderer zu sehen. Die Menschheit ist nicht überall aus dem gleichen Stoff gemacht, und die Wirklichkeit entspricht nicht vollkommen unseren anscheinend allgegenwärtigen hausgemachten Vorstellungen.«

Um diese Ideen zu verwirklichen, sollten wir sehr bald dem Konvent konkrete und klare Vorschläge unterbreiten. Erstens sollten wir uns mit Nachdruck für die Aufnahme der Grundrechtscharta in die Präambel des neuen Vertrags aussprechen. Sie sollte auch einen Hinweis auf die enger werdenden Beziehungen zwischen den Völkern – nicht nur den Länder – enthalten. Darin käme die Verpflichtung zum Ausdruck, in den Bereichen Bildung und Kultur enger zusammenzuarbeiten. Zweitens sollten wir überzeugend darlegen, dass das Prin-

Zur Antwort: vier Vorschläge
für den Konvent



zip der Subsidiarität in den beiden bestehenden Artikeln zu Bildung und Kultur hinreichend geschützt ist. Da genau definiert ist, was von der Gemeinschaftspolitik ausgeschlossen ist, muss niemand diese Bestimmungen fürchten. Drittens sollten die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten und die Zivilgesellschaft ermutigt werden zu überlegen, was auf Grundlage dieser zwei Artikel getan werden kann. Das geht zwar über die konkrete Aufgabenstellung des Konvents hinaus, doch wurde er einberufen, um die Verbindung zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern zu verbessern. Diskussionen über eine doppelte Präsidentschaft oder andere Aspekte der institutionellen Maschinerie mögen faszinierend und politisch wichtig sein, aber sie werden dieses Ziel nicht erreichen. Viertens müssen für die Kulturpolitik unbedingt qualifizierte Mehrheitsentscheidungen gelten, wenn wir uns von fünfzehn auf fünfundzwanzig Mitglieder erweitern. Schließlich sollten wir den Begriff des europäischen Bürgers anspruchsvoller definieren. Die Identitätsdebatte wird uns nirgendwohin führen. Wir haben wohl alle multiple Identitäten – so wie ich aus Swansea komme, ein leidenschaftlicher Waliser bin, einigermaßen froh bin, Brite zu sein, und hocherfreut darüber, Europäer und ein Globetrotter zu sein. Der Konvent sollte ein Bürgerrecht formulieren, das über das Wahlrecht hinausgeht und das uns nicht bedroht, sondern kreativ sein lässt.

von der Gablentz

Die drei einleitenden Beiträge stellen drei große Probleme zur Diskussion. Erstens die Möglichkeiten der internen und externen europäischen Kulturpolitik; zweitens das Problem der europäischen Bürgerschaft als Teil einer kulturpolitischen Entwicklung und drittens die konkreten Zuständigkeiten der Europäischen Union, zugespitzt auf die Diskussion im Konvent über soziale und kulturelle Aktionen, die weiter reichen, als es meistens erscheint. In diesem Punkt hat uns Hywel Jones dankenswerterweise eine Insiderperspektive präsentiert.

David

Der Islam ist bereits Teil der europäischen Wirklichkeit

Ich möchte versuchen, unsere Diskussion über die Geschichte und Wirklichkeit der europäischen Kultur mit der Erörterung der Instrumente der Kulturpolitik zu verbinden.

Zunächst zur europäischen Wirklichkeit. Wenn ich mich in Europa umsehe, erkenne ich, dass die Dinge sich viel weiter entwickelt haben, als es hier beschrieben wurde. In Paris gibt es zweifellos einen französischen, verfassungstreuen Islam. Viele französische Muslime sind so etabliert, leben so normal und vertreten die Werte der Republik, dass es mir unvorstellbar erscheint, noch darüber zu

Viele definieren sich heute eher durch ihre Lebenswege, ihre »routes«, als durch ihre Herkunft, die »roots«.

David

diskutieren, ob der Islam Teil der europäischen Wirklichkeit sein sollte oder nicht. Problematisch sind die schlechten Lebensverhältnisse und die Extremisten. Extremisten gibt es zwar keinesfalls nur im Islam, aber über sie wird regelmäßiger berichtet als über andere. Mohammed Arkoun, ein großer Kenner der europäischen und islamischen Kulturen, hat darauf hingewiesen, dass Christen oder Juden sich nie rechtfertigen müssen, während junge Franzosen, die zufällig auch Muslime sind, dazu ständig aufgefordert werden. Diese Diskrepanz ist äußerst fragwürdig und für mich unerträglich.

Leider hat uns die Debatte über Identität nicht sehr weit gebracht. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass wir gelegentlich von einer Ursprungsfantasie sprechen und es gut wäre, sich von manchen Äußerungen zu distanzieren. Es gibt im Französischen das schöne, aussagekräftige Wort *se déprendre*, das bedeutet, von Teilen der Vergangenheit Abstand zu nehmen oder zu akzeptieren, dass sie verloren gehen. Das führt nicht zu Nostalgie oder Bitterkeit, sondern macht uns durchlässiger und offener und lässt uns bewusster wahrnehmen, welche Vorteile und Gefahren in klaren Alternativen liegen. Ich halte es für angemessener, von Identifikationsprozessen zu sprechen, weil viele sich heute eher durch ihre Lebenswege, ihre »routes«, als durch ihre Herkunft, die »roots«, definieren. Wir können viel lernen von diesem neuen kulturellen Erbe, das sich aus komplexen Wegen zusammensetzt, die Menschen nicht immer freiwillig gegangen sind. Auch sollten wir mit unseren Worten sehr sorgsam umgehen und Exil und Migration nicht verwechseln. In seinem wunderbaren Buch »La Double Absence« hat der franko-algerische Soziologe Abdelmalek Sayad beschrieben, wie es Emigranten ergeht, die weder zu ihrer alten Gesellschaft gehören noch zu der neuen, in die sie sich »integrieren« wollen.

In meiner täglichen Arbeit mit Künstlern erlebe ich mehr Offenheit und Vielfalt, als viele Kultursendungen suggerieren. Deshalb muss ein richtig verstandener Europäismus gegenüber der Welt offen und mit dem verbunden sein, was wir im Französischen *mondialité* nennen. Wir unterscheiden zwischen Globalisierung – *mondialisation* –, also der wirtschaftlichen Integration und der Mobilität von Informationen und Kapital, und *mondialité*, einem Bewusstsein für die Welt, für unsere Stellung in ihr und unsere Beziehungen zu anderen Menschen. Diese Denkart sollte uns davor bewahren, das Europäische allzu eng zu definieren.

Was das Bild angeht, das andere von uns als Europäer haben, bin ich oft überrascht und manchmal traurig über die Ansichten, auf die ich bei meinen Reisen treffe. Menschen erwarten oft entweder zu viel oder sind übertrieben enttäuscht.

Identität hat mehr mit »routes« als mit »roots« zu tun

Inkonsequentes Handeln schadet Europas Image



Im Nahen Osten wurde mir öfter gesagt, ich sei kein Europäer, was mich zuerst irritierte, mich aber nach einer Weile ganz zufrieden machte. Was folgt daraus für die Politik? Wenn wir konsequente Europäer sein wollen, können wir nicht mehr von Srebrenica sprechen, ohne auch Ruanda und Tschetschenien zu erwähnen. Wir haben von den Holländern in Srebrenica gesprochen, und ich denke, wir können auf Frankreichs Rolle in Ruanda genauso wenig stolz sein. Diese Tragödie sollte uns mehr berühren. Es sind zu viele Menschen gestorben, und die Doppelmoral in unseren Reaktionen erklärt zum Teil, warum sich immer mehr Menschen über die Europäer ärgern.

Auf aktuelle Ereignisse bezogen, können wir nicht glaubwürdig täglich über Saddam Hussein und seine angeblichen Massenvernichtungswaffen berichten, ohne gleichzeitig Vladimir Putin zu verurteilen, der verbotenes Giftgas gegen seine eigene Bevölkerung einsetzt. Wir müssen mit dieser Doppelmoral aufhören, sonst machen wir uns der Mittäterschaft schuldig, die in Schizophrenie und manchmal in sehr tragischen Situationen endet. Manche definieren die Grenzen Europas dort, wo die Barbarei beginnt. Wir sollten nicht vergessen, dass heutzutage in Europa Menschen von der Flughafenpolizei erstickt werden. Dieser Vorfall war nicht nur ein Unglück oder Zufall, sondern konnte aufgrund gefährlicher und undemokratischer Einstellungen in unserer Gesellschaft passieren. Das sollte Gegenstand unserer Diskussionen sein, und wir sollten aufhören, vieles für selbstverständlich zu halten.

Es genügt nicht, dass Europa ein großer Markt ist, wenn es eine Reihe von Staaten gibt, die durch Notverordnungen oder im Ausnahmezustand regiert werden, wie es Giorgio Agamben kürzlich in einem Text dargelegt hat, womit er nicht 1940, sondern unsere Zeit beschreibt. Dieser Text ist kritisiert worden, weil er zu sehr nach Michel Foucault klang, aber ich finde ihn wichtig, weil er genau und kritisch ist und uns ernsthaft veranlasst, darüber nachzudenken, was zum Beispiel zurzeit in Italien vorgeht. Es schockiert mich, dass viele meiner Kollegen den Fall Italien nicht ernst nehmen. Sie halten das für eine Art von *commedia dell'arte* und nehmen es auf die leichte Schulter, dass der Staat gerade demontiert und ein Großteil der italienischen Öffentlichkeit auf dramatische Weise eingeschränkt wird. Es ist kein Luxus, heute Europäer zu sein, sondern dazu gehört ein Mindestmaß an Radikalismus, an Genauigkeit und an kritischem Bewusstsein, außer wir verstehen Kultur als reine Verzierung.



Vielen Dank für diese wichtige Mahnung, dass glaubwürdige Europäer auch glaubwürdige Weltbürger sein müssen, die sich für das verantwortlich fühlen, was anderswo auf der Welt geschieht.

Frau Griefahn hat über die Arbeit des Konvents bereits so ausführlich und engagiert gesprochen, dass ich mich dem Gesagten lediglich anschließen möchte.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Subsidiaritätsprinzip machen. Wir haben bereits die Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft für die Kulturpolitik angesprochen, und ich möchte betonen, dass alle Träger des öffentlichen Rechts für das europäische Projekt verantwortlich sind. Die Kulturhoheit der Länder in Deutschland ist dabei ein wesentlicher Punkt. In unseren Diskussionen über Geldmittel und die Legitimität gemeinschaftlichen Handelns lassen wir häufig außer Acht, dass europäische Politik eine gemeinsame Politik aller Träger ist. So ist eben nicht nur die Europäische Kommission durch Programme wie Kultur 2000, Media+ und Media-Ausbildung für den Austausch verantwortlich, sondern genauso Gemeinden, Länder und Staaten. Nach über 40 Jahren europäischer Integration haben wir noch immer nicht akzeptiert, dass jede Politik den europäischen Faktor im Kern beinhalten sollte und dass Politik auf europäischer Ebene komplementär zur Landes- bzw. Staatspolitik ist.

Gerade im kulturellen Bereich sollten alle politischen Ebenen zusammenarbeiten. Neben der Vergemeinschaftlichung der Kulturpolitik im Geiste der Kulturverträglichkeitsklausel des Artikel 151 EUV brauchen wir eine stärkere Beteiligung aller Ebenen an der Umsetzung dieser Politik. Das bedeutet auch, dass wir den gesellschaftlichen Wandel in den letzten 50 Jahren berücksichtigen müssen. Anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags war viel davon die Rede, dass die beiden Gesellschaften sich in den letzten vierzig Jahren zum Teil voneinander entfremdet haben, nicht zuletzt deshalb, weil sich die deutsch-französischen Beziehungen völlig normalisiert haben. Diese Beziehungen haben jetzt plötzlich einen Impuls bekommen, weil Bundeskanzler Schröder und Präsident Jacques Chirac zum Thema Irak entschieden Stellung bezogen haben. Dieses Beispiel zeigt, welche zentrale Bedeutung Werte haben, die nach außen und nach innen glaubwürdig vertreten werden müssen.

Über den kulturellen Austausch hinaus sind die Bürger Europas auf der Suche danach, wie man ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen kann. Durch Britney Spears und Coca-Cola wird das sicher nicht gelingen. Statt uns Gedanken darüber zu machen, was genau europäische Kultur ist, sollten wir uns eher darum bemü-

von der Gablentz

Cuzin

Kulturpolitik wird auf allen politischen Ebenen gemacht

Kultur stärker in die europäische Verfassung einbeziehen

hen, einen europäischen *way of life* zu definieren. So gibt es zum Beispiel eine europäische Kultur der Landschaften, der Bauordnungen und anderer materieller Elemente, die das konkrete Umfeld prägen, in dem wir uns bewegen. Einige dieser architektonischen Elemente, aber auch der sozialen Werte sind typisch europäisch und müssen in der zukünftigen europäischen Verfassung ihren Platz finden.

Ich möchte hier nicht den Teufel an die Wand malen, aber es besteht eine große Gefahr, dass wir in den kommenden drei Monaten die Chance, die wir mit dem Konvent haben, verpassen werden. Einige Mitglieder des Konvents haben diese Gefahr durchaus realisiert, andere aber nicht. Daher möchte ich von ganzem Herzen dafür plädieren, dass wir in den nächsten Monaten alles tun, damit die Präambel der Verfassung die kulturelle und sprachliche Vielfalt aufnimmt und Artikel 151 dadurch gestärkt wird. Denn ohne eine Stärkung der Kulturverträglichkeit aller Politiken besteht die Gefahr, dass wir Fremde im eigenen Land werden.

von der Gablentz

Herr Cuzin hat einen wichtigen Aspekt betont, nämlich die Komplementarität mehrerer Politikebenen. Zum einen muss die Politik der nationalen, regionalen und lokalen Ebenen Europa-freundlich sein, denn aufgrund seiner beschränkten Exekutivbefugnisse handelt Europa auch durch die nationalen Ebenen. Hinzu kommt die Kulturverträglichkeit anderer Politikbereiche der Europäischen Union, wie der Agrarpolitik, der Strukturpolitik etc., die im Artikel 151.4 verankert ist.

Isar

Ich möchte über die Frage europäischer Identität aus der Perspektive eines außenstehenden, aber teilnehmenden Beobachters sprechen. Ursprünglich komme ich aus einem anderen Kulturkreis, habe aber in den vergangenen 34 Jahren viele europäische kulturelle Erfahrungen sammeln können. Mir gefällt der von Cathérine David eingeführte Begriff der »Routen«, ein Begriff, der von James Clifford in seinem gleichnamigen Buch erstmals in diesem Zusammenhang benutzt wurde. Denn dieser Begriff erinnert uns an die Unterscheidung zwischen einer älteren Definition des Identitätsbegriffs, der auf den kulturellen Wurzeln basiert, und einer neueren Definition, die sich auf die »Routen«, die Lebenswege, bezieht. So wie Stuart Hall ausgeführt hat, müssen wir alle Diskussionen über Identität in dem Spannungsfeld zwischen Entwicklung und Erfahrung der Völker und Kulturen führen. Denn durch die Globalisierung und die Migrationsströme sind über-

all relativ feststehende Werte erschüttert worden. Ein heutiger Identitätsbegriff, auch wenn er sich auf die Vergangenheit gründet und diese fortschreibt, benutzt die Erfahrungen aus der Geschichte, die Sprache und die Kultur nicht mehr als feststehende Größen. Es geht eher darum zu *werden*, als zu *sein*: Nicht »wer wir sind« und »wo wir herkommen«, ist entscheidend, sondern was wir werden könnten, wie wir wahrgenommen werden und wie das auf unser Selbstbild zurückwirkt.

Der Beitrag von Herrn de Vries hat dieses Begriffsverständnis nun auf eine praktische Agenda übertragen: Wenn Europa sich eine eigene Identität schaffen will, dann ist es in der Tat wichtig, sich auf den Prozess der Darstellung und auf die Frage, wie man gesehen werden möchte, zu konzentrieren. Wenn politische Einheiten sich eine Identität schaffen wollen, müssen wir bedenken, dass dies anders als beispielsweise bei Life-style- oder ethnischen Gemeinschaften funktioniert. Bei politischen Einheiten handelt es sich immer um konstruierte, imaginäre Gemeinschaften mit einer erfundenen Tradition. Zu diesem Zweck haben alle unsere Nationalstaaten sich Bilder und Symbole geschaffen und sich ein Repertoire von Ambitionen und Inspirationen erdacht. Es ist aber schwierig, dieses Handlungsmuster auf Europa zu übertragen, vor allem solange Europa sich noch nicht zu einer wirklichen Föderation entwickelt hat.

Schließlich stimme ich mit Frau Ahrweiler darin überein, dass es gefährlich ist, den Prozess der kulturellen Identitätsbildung als Kompensation für Mängel auf anderen Gebieten zu nutzen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass das Ziel einer gemeinsamen europäischen Identität zunächst zweitrangig sein sollte. Wichtiger ist, zuerst europäische Lebenswege und Verbindungen und Möglichkeiten für ein gemeinsames Lernen zu schaffen.

Herr Isar, Sie verderben denen, die eine europäische Identität schaffen möchten, etwas die Lust. Es fällt in der Tat auf, dass wir über den Begriff Identität bisher kaum gesprochen haben. Ich halte diesen Ausdruck insofern für problematisch, als er eine exklusive Loyalität suggeriert. Wie Hywel Jones betont hat, ist es aber für moderne Gesellschaften viel typischer, vielschichtige Identitäten zu entwickeln. Wir sollten die Warnung ernst nehmen und Identitäten, die es nicht gibt, nicht künstlich konstruieren wollen.

Einige Bemerkungen aus der Perspektive einer Künstlerin. Zunächst eine Anregung für die Körber-Stiftung: Ich vermisse Künstler in dieser Runde. Ich weiß, Sie

Identitätskonstruktion ist
ohne Föderation schwer möglich

von der Gablentz

Echerer



Aus Künstlersicht zählt die
EU-Staatsbürgerschaft nicht viel

hatten Literaten eingeladen, die leider abgesagt haben. Aber es gibt auch andere Künstler, Musiker, bildende Künstler, die Filmwelt, Internetkünstler und viele mehr.

Ich möchte hier nicht für die europäische Künstlerschaft sprechen, die sehr heterogen ist, sondern zunächst nur für mich. Wenn von einer europäischen Bürgerschaft die Rede ist, dann fühle ich mich als Künstlerin nicht besonders angesprochen. Durch meine Herkunft – ich bin halbe Ungarin, also, wie man in Wien sagt, ein »Monarchie-Kindl« – fühle ich mich zwar Europa zugehörig, aber nicht als Künstlerin. Denn wir haben in der Kulturpolitik weder auf lokaler, regionaler und nationalstaatlicher noch auf europäischer Ebene unsere Hausaufgaben gemacht. Die Versuche, die im Europäischen Parlament unternommen wurden, und die Artikel 151 und 150 sind zwar schön und gut, aber sie lösen die Probleme nicht. Künstler waren immer mobil. In der holländischen Malerei beispielsweise war es wichtig zu wissen, was in Italien geschah, und genauso haben damals die Italiener ihre »Spione« geschickt, um die neuesten Techniken der Holländer zu erkunden. Doch in der Europäischen Union wird es für Künstler immer schwieriger zu reisen. Das hat mit unterschiedlichen Politikbereichen zu tun, weshalb eine wirklich profunde Kulturpolitik nicht nur andere Ressorts miteinbeziehen, sondern auch auf gleicher Augenhöhe mit der Wettbewerbs- und Binnenmarktpolitik stehen müsste.

Das Urheberrecht als Beispiel
für unausgewogene Politik

Ein Beispiel: das Urheberrecht; ein Instrument, das eigentlich für Autoren und Künstler geschaffen wurde. Dazu hätte die Kulturpolitik etwas zu sagen, aber die relevanten Entscheidungen wurden von Justizministern getroffen, die dies unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachten. Ähnlich haben wir in vielen anderen Politikbereichen, in denen Entscheidungen nicht im Sinne der Künstlerschaft getroffen wurden, zu Hause und in Europa dafür nicht genug getan. Auf europäischer Ebene könnte man beispielsweise die Professionalisierung und Europäisierung von Künstlernetzwerken unter anderem mit Hilfe der europäischen Kulturstiftungen fördern. Doch dies ist problematisch, da nicht die Kulturpolitik, sondern wie so oft andere Ausschüsse wie der Rechts- und Binnenmarktsausschuss oder der Budgetausschuss die Entscheidungskompetenz innehaben. Diese verfolgen nicht primär das Ziel, etwas für die Künstlerschaft zu tun.

Wie wesentlich Netzwerke sind, habe ich in meiner dreieinhalbjährigen Arbeit im Europäischen Parlament miterlebt. Wirtschafts-, Industrie- oder Verbraucherschutzverbände geben (fast) immer rechtzeitig ihre Stellungnahmen zu relevanten Richtlinien ab, bevor diese beschlossen werden. Eine ähnliche Lobby



existiert auf Seiten der Künstler nicht. Trotz des europäischen Kulturrats, des europäischen Autorenparlaments und vieler anderer Organisationen kommen keine Netzwerke zustande, die rechtzeitig miteinander kommunizieren und zum richtigen Zeitpunkt tätig werden. Einer der Hauptgründe dafür ist die schwächere Wirtschaftskraft der Künstler. Am Beispiel des Urheberrechts wird dies deutlich. Aufgabe der Politik wäre es, zwischen den Interessen der Industrie, der Konsumenten und der Urheber eine Balance zu finden, die alle Aspekte berücksichtigt. Doch Politik ist immer häufiger eine reine Interessenvertretung, in der Politiker es nicht wagen, sich gegen die Wirtschaft oder gegen potenzielle Wähler, also die Konsumenten, zu stellen. Und die an den Verhandlungen zum Urheberrecht beteiligten so genannten Right Holder Coalitions sind nicht etwa Verbände von Urhebern, sondern von Rechteinhabern. Und das sind meist die großen Produzenten und Verleger. Dementsprechend wurde die Richtlinie zum Urheberrecht ausgestaltet.

Nicht, dass ich etwas gegen diese Gruppierungen hätte. Im Gegenteil, sie sind von großer Bedeutung. Nur agieren sie auf europäischer Ebene derart, dass sie den Künstler unmündig machen und ihn seiner Autonomie berauben. Die Kulturpolitik hat als höchste Aufgabe, innerhalb des kulturellen Supermarktes dafür zu sorgen, dass neben den Mainstream-Produkten auch die Nischenware wahrgenommen wird. Diese Aufgabe können wir nicht erfüllen, solange Kulturpolitiker kein großes Gewicht haben, kein Budget mitentscheiden dürfen und bei der Steuerpolitik außen vor bleiben. Auch die gesellschaftliche Achtung für Kulturpolitiker spielt hier eine wichtige Rolle. Momentan geht die öffentliche Aufmerksamkeit kaum über Galerie-Eröffnungen hinaus. Das mag mit daran liegen, dass es in der Kulturpolitik an Visionären mangelt. Die berechtigte Sorge ist, dass europäische Kulturpolitik dazu führen könnte, die Vielfalt zu beschneiden. Zu Gunsten eines »Europudding« geht zudem die Authentizität verloren. Das ist besonders sichtbar in der Filmwelt. Während grenzübergreifende Co-Produktionen vor 20 Jahren zustande kamen, wenn es den Produzenten inhaltlich sinnvoll erschien, kooperiert man heute, um die Kosten zu teilen, an einen europäischen Fördertopf heranzukommen und weil es »zu Hause« an Mitteln fehlt.

Zum kulturellen Austausch möchte ich betonen, dass dafür die Grundlagen durch Investitionen in die eigene lokale und regionale Kunst geschaffen werden müssen. Doch überall werden die Budgets gekürzt, und es gibt keine steuerlichen Anreize für privates Investment und Sponsoring. Diese Mechanismen, die der Kultur helfen würden, liegen auf der Hand, sie werden aber nicht umgesetzt. Dass es

Kulturaustausch muss auf Investitionen
in die eigene Kultur basieren



an einer gemeinsamen europäischen auswärtigen Kulturpolitik ebenso fehlt, hat auch damit zu tun, dass sich die Vertreter der einzelnen Regierungen nicht dafür einsetzen. So bleibt es bei Sonntagsreden.

In diesen Problembereich gehören auch die GATS-Verhandlungen, die Frau Griefahn angesprochen hat. Statt Kultur und Medien auf der internationalen Ebene den GATS-Regelungen zu unterwerfen (die ja bekanntlich weder kulturelle noch soziale Aspekte kennen), sollten wir ein internationales, rechtsverbindliches Instrument schaffen, das die kulturelle Vielfalt schützt und der Doppelnatur der Kunstproduktion gerecht wird. Diese Maßnahmen sind keine unerreichbaren Visionen oder Träume. Diese Idee, die in Quebec geboren wurde, wird von einzelnen Ländern unterstützt, und die EU könnte – wenn sie wollte – ein Motor zur Erreichung dieses Ziels sein.

von der Gablentz

Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen zu dieser Vielfalt von Anregungen. Zum einen können einige Aspekte in den Konvent eingebracht werden, damit in der neuen Verfassung Platz für Kultur gelassen wird. Auf dieser rechtlichen Grundlage wären dann weitere Entwicklungen möglich.

Zum anderen möchte ich betonen, dass es verschiedene europäische Kulturstiftungen gibt. Die European Cultural Foundation in Amsterdam gehört dabei zu den wichtigsten und umfassendsten, und wir sollten sie fördern. Gottfried Wagner wird sicherlich darauf zurückkommen.

Gehler

Europa wird oft instrumentalisiert

Zunächst eine Bemerkung zur Instrumentalisierung Europas, die bereits in den Beiträgen von Frau Griefahn und Frau Echerer angeklungen ist. Die Deutschen haben eine bewundernswerte Integrations-Euphorie und Europabegeisterung, für die wir auch dankbar sind, weil die anderen davon profitiert haben. Dennoch wäre etwas mehr Integrationsrealismus manchmal wünschenswert. Um Otto von Bismarck sinngemäß zu zitieren: Wer von Europa spricht, hat eigentlich Unrecht. Das heißt, viele Politiker, die von Europa reden und mit Europa argumentieren, drücken nur das aus, was sie im nationalen Namen so nicht sagen konnten. Als Wissenschaftler und auch als Künstler und Kulturschaffende müssen wir uns daher auch die Frage nach der Instrumentalisierbarkeit Europas und unserer Vereinnahmung stellen. Wir beachten zu wenig, dass Europa fast immer zweckbestimmt ist und instrumentalisiert wird, also mehr Mittel zum Zweck als Selbstzweck war und ist. Europa diene und dient nicht zuletzt der Legitimation von Herrschaft. Das Spannende dabei ist, dass diese Legitimation sich grundlegend

verändert. Wenn Alan S. Milward Recht hat, so diente die europäische Integration anfangs der Stärkung der Nationalstaaten und der Legitimation modernisierter westlicher Staaten. Doch jetzt geht es anscheinend um die Legitimation der Union selbst. Hier bekommt die Instrumentalisierungs- und Legitimationsfrage eine neue Dimension und Dynamik.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Frage der Erweiterung und der Grenzen Europas. Ich bin erstaunt, dass in dieser Runde immer wieder die Zeit vor 1914 angesprochen wird, ohne auf die Habsburger Monarchie einzugehen. Dabei könnte die K. u. K.-Monarchie ein historisches Lehrbeispiel im Positiven wie im Negativen für die europäische Erweiterung sein. Denn der aktuelle Raum von Mittel- und Osteuropa hat heute mit sehr ähnlichen Problemen zu kämpfen wie seinerzeit Habsburg. Helmut Rumppler beschreibt in seinem Buch »Eine Chance für Mitteleuropa – Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburger Monarchie«, welche Loyalität und Bindungskraft dieses merkwürdige Gebilde Österreich-Ungarn erzeugen konnte. Das Habsburger Reich war kein Völkerkerker, sondern ein Völkerverbund mit einer gemeinsamen Rechtszone, einem weiter integrierten Arbeitsmarkt, als er es heute dort ist, und einem modernen Verkehrsverbund. Dabei zog sich der Staat infolge der Erosion von Dynastie, Armee, Kirche und Adel in einer relativ friedlichen Entwicklung ein Stück weit zurück. Doch die verschleppte Demokratisierung, die verspätete Modernisierung und die unterentwickelte kulturelle Autonomie bei der Koexistenz der Nationalitäten führten schließlich zu Ethnozentrismus und Nationalismus. Damit bestätigte sich das Franz Grillparzer Diktum von der Degeneration von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität. Außerdem konnte dieses Gebilde dem Druck von außen nicht standhalten.

In diesem Zusammenhang einige Worte zu Graz, der Kulturhauptstadt Europas 2003. Für Graz sprach erstens, dass diese Stadt einen Schnittpunkt der europäischen Kulturen darstellt mit romanischen, slawischen, magyrischen und germanisch-alpinen Einflüssen. Zweitens spielt sie eine interkulturelle Mittlerrolle am Rande der Konfliktzone des Balkan. Durch seine Nähe zu Ungarn und Italien war Graz auch während des Kalten Kriegs die nächstgelegene westeuropäische Stadt für Künstler und Kulturschaffende aus Osteuropa, ein erster Brückenkopf mit Blickrichtung Westen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Habsburger Monarchie nicht zuletzt an der Balkanfrage gescheitert ist, während die EU – bei allem Dissens um die Anerkennung von Slowenien und Kroatien – dieses Problem gemeistert hat. Das ist bei aller Problematik eine große politische Leistung, wie ich

Die Habsburger Monarchie
als Lehrbeispiel für die europäische
Erweiterung



finde. Drittens: Graz ist eine Stadt des internationalen Dialogs und bietet eine Dialog-Plattform für den Frieden. Das Friedensargument taucht in der Diskussion um Kultur und Kunst kaum auf, obwohl es ganz entscheidend ist. Frieden im Südosten Europas ist ein essentielles Anliegen der Europäischen Union, und hier kann das Europa der Bürgermeister, um Herrn Schlögels Begriff aufzunehmen, viel beitragen. Augsburg ist die Stadt des Religionsfriedens. Osnabrück und Münster sind die Städte des Westfälischen Friedens. Schließlich ist Graz ein Ort für konkrete Kulturprojekte. Hier wären zu nennen: die Partnerschaft mit Dubrovnik in Kroatien; die Kulturwerkstatt in der Mitte Europas; ein Objekt für Kunst und neue Medien im Inneren des Grazer Schlossbergs; eine neue Kunst- und Ausstellungshalle und der Wiederaufbau der 1938 zerstörten Synagoge und eine Moschee, die beide als multikulturelle Zentren zu sehen sind.

von der Gablentz

Die Idee der Kulturhauptstädte ist ein gemeinsames Projekt von Europarat und Europäischer Union. Sie ist ein Stück der Kulturpolitik, die im Rahmen der sehr begrenzten Zuständigkeiten der Europäischen Union seit längerem betrieben wird.

Ruth

Das Copyright ist ein
Individual-, kein Firmenrecht

Frau Echerer hat die Frage des Copyrights angesprochen. Das ist keine technische Angelegenheit, die nur Rechtsexperten interessiert. Vielmehr ist es sowohl in seinen konkreten Auswirkungen wie in seiner symbolischen Bedeutung ein zentraler Aspekt zukünftiger Kulturpolitik. Der englische Begriff »Copyright« beruht auf einer anderen Tradition als das deutsche »Urheberrecht« oder das französische »droit d'auteur«. Das Copyright entstand in Großbritannien als Ergebnis einer Auseinandersetzung im 17. und 18. Jahrhundert über das Recht der Drucker, Bücher zu veröffentlichen. Es bezieht sich daher auf die Rechte der Drucker, nicht der Autoren oder einzelner Künstler, wie es in Frankreich und Deutschland der Fall ist. Über ebendiesen Unterschied bin ich mit den Besitzern der liberalen Tageszeitung, die ich herausgegeben habe, in Streit geraten. Sie hielten das Copyright für ein Firmenrecht, nicht für ein individuelles Recht. Da dies nicht mit der liberalen Vorstellung von Individualrechten in Einklang zu bringen ist, war das für mich einer der Gründe, meine Position in dieser Zeitung vor einigen Jahren aufzugeben.

Aber diese Frage hat eine viel tiefere Bedeutung und erklärt meine Überzeugung, warum es überhaupt eine Kulturpolitik geben sollte. In seinem Essay »Zumutungen der Kulturpolitik« hat Hans Magnus Enzensberger den Begriff der Biodiversität auf das Gebiet der Kultur angewandt. Demnach sollte es das Ziel jeder

Kulturpolitik sollte
keine Kollektivkultur schaffen.

Ruth

Kulturpolitik sein, viele Auswahlmöglichkeiten zu eröffnen und so viele individuelle Werke wie möglich zu schaffen. Kulturpolitik sollte keine Kollektivkultur schaffen. Eine Gemeinschaftskultur ist nur dann interessant, wenn sie aus verschiedenen individuellen Beiträgen entsteht.

Das hat auch mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu tun, ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeit, die Herr de Vries erwähnt hat. Freie Meinungsäußerung schließt nicht nur Tatsachenberichte oder politische Meinungen ein, sondern auch künstlerische Kreativität. Das Recht jedes Individuums auf eine ästhetische Aussage ist ebenso wichtig wie das Recht, politische Ansichten zu äußern. Politiker unterschätzen das häufig. Sie verstehen meist nicht, dass Fiktion eben kein Tatsachenbericht ist und daher »Lügen« enthält. Vielmehr ist es eine andere, symbolische Art, die Wahrheit zu sagen. Dies als Teil des Rechts auf freie Meinungsäußerung anzuerkennen ist erst relativ spät erfolgt. Im Nationalsozialismus zum Beispiel gehörte die Ästhetik zum Kern des Wertesystems, einschließlich genauer Vorstellungen darüber, wie Menschen aussehen sollten und dass Juden meist anders aussahen als die blauäugigen und blonden Arier. Und in der Sowjetunion war es kein Zufall, dass bei Dissidentenbewegungen wie der Charta 77 viele Künstler und Schriftsteller waren. Sie wussten, dass das individuelle Recht, ein Kunstwerk zu schaffen, zum Kern der Revolution werden konnte. Diese Überlegung müssen wir Westeuropäer als Gegenstück zu einem kollektiven Kulturbegriff wiederentdecken. Auf europäischer Ebene laufen wir Gefahr, Kulturpolitik als identitätsstiftende Kreativität zu begreifen, und das ist das Gegenteil von Freiheit. In den Nationalstaaten können wir diesen Rückfall schon bei populistischen Parteien beobachten, die sich für kollektive kulturelle Rechte einsetzen.

Schließlich möchte ich auf die sehr nützliche Unterscheidung zwischen »routes« und »roots«, Lebenswegen und Wurzeln, eingehen: Dazu gehört das Recht, kreativ ein Außenseiter zu sein. Dabei sollte Kreativität nicht nur elitär verstanden werden, wie das in Europa oft der Fall ist, sondern auch Formen der Alltagskultur einschließen, wie das in Amerika geschieht. In Schweden zum Beispiel machen junge Einwanderer Hip-hop und Rap-Musik. Solche Stilrichtungen werden zwar von außen nach Europa importiert, sie sind aber Teil des künstlerischen Schaffens in Europa. Europäische Kunst ist für mich, was in Europa geschaffen wird, und nicht etwas, das sich nur auf Goethe oder Beethoven bezieht. Europäische Kunst kann sich jeder Art von ästhetischer Kreativität bedienen, die heute relevant ist. Es ist kein Zufall, dass junge Einwanderer aus dem Iran, aus Somalia,

Zum Recht auf freie
Meinungsäußerung gehört
künstlerische Kreativität

Südafrika und so weiter das Rap-Idiom aus den Vereinigten Staaten verwenden oder sich ihrer eigenen modernen Medien bedienen, wie Salsa für Lateinamerika oder Rai für Nordafrika. Diese Musikrichtungen stellen eine Außenseiterästhetik dar, und das ist etwas, was wir mehr als je zuvor auf diesem Kontinent brauchen.

von der Gablentz

Ich denke, wir sollten dem Missverständnis entgegenreten, Kulturpolitik könne Kultur schaffen. Kulturpolitik kann lediglich dafür sorgen, dass Rahmenbedingungen für die politischen Werte einer Gemeinschaft entstehen, die ein möglichst breites und kreatives kulturelles Schaffen ermöglichen. Wir können und wollen natürlich nicht zurück zu einer Politik, die eine Kollektivkultur fabriziert. Das ist glücklicherweise in Europa und in einer Welt, in der die Werte, die in den Kopenhagener Kriterien festgeschrieben wurden, politisches Handeln bestimmen, ausgeschlossen.

Perone

Eine europäische Perspektive hilft uns,
Unterschiede als Chance zu erkennen

Ich komme auf die Bemerkung von Herrn Jones zurück, dass wir keine ausschließlichen, sondern mehrschichtige Identitäten haben. Das ist sehr richtig und trifft auch auf mich zu. Ich finde es viel einfacher zu sagen, dass ich Turiner bin, was eine emotionale Bindung zu meiner Stadt, aber keine politische Bedeutung beinhaltet, als dass ich Italiener bin. Mich mit meinem Staat zu identifizieren ist auch deshalb problematisch, weil das letztlich auch eine politische und nicht nur eine kulturelle Kategorie ist. Der Blickwinkel von Europa kann dabei als Schutz gegen den Provinzialismus und für die Vielfalt der Identitäten sehr nützlich sein. Wir betrachten Vielfalt und Unterschiede meist aus der Ich-Perspektive, d.h., etwas ist anders, weil es anders ist als ich. Diese Perspektive berücksichtigt nur zwei Aspekte. Wenn wir dagegen die Perspektive Europas mit einschließen, ermöglicht uns das, eine größere Vielfalt zu erkennen. Europa kann uns auch dabei helfen, Differenzen nicht nur als Problem (was sie auch sind), sondern eben auch als eine Chance zu erkennen.

Ich möchte das mit einer kleinen Geschichte aus meiner Zeit als Kulturdezernent der Stadt Turin verdeutlichen. Wir wollten ein Europa-Museum gründen, um zu zeigen, wie reich Europa an Unterschieden ist. Der Besucher sollte diese Unterschiede erleben und nicht nur darüber nachdenken. Und er sollte die Vielfalt aus einem europäischen Blickwinkel wahrnehmen und nicht nur im Vergleich der Italiener oder der Turiner mit den anderen Völkern, wie das bei vielen Reisen geschieht. Nun, was geschah mit unserer Idee? Wer war daran interessiert? Niemand! Auch seitens der Europäischen Kommission hieß es, das übersteige ihre



Kompetenzen und sie könnte nicht direkt politisch-kulturell handeln. Das ist ein großes Problem, denn Museen können das Bewusstsein der Menschen beeinflussen. Zur Zeit der italienischen Nationalstaatsbildung sind viele Museen zur Einheit des Landes gegründet worden. Dagegen haben wir keine Museen oder andere kulturelle Orte, die diese europäische Perspektive darstellen. Wir brauchen kompetente Behörden, die so etwas anregen oder unterstützen.

Vor dem Hintergrund dieser praktischen Anregungen weise ich darauf hin, dass es seit einigen Jahren eine Initiative in Brüssel gibt, um im großen neuen Gebäude des Europäischen Parlaments ein »Museum Europa« einzurichten.

Eine Anmerkung zur Geschichte des Europäischen Museums in Brüssel, das ein altes Projekt ist. Sein erster Direktor war der ehemalige Botschafter Israels in Frankreich, Herr Eli Bar-Navie. Das Projekt war sehr umstritten, besonders bei den Griechen, weil dort Europa mit Karl dem Großen begann. Das antike Griechenland und Rom kamen gar nicht vor. Als ich mich weigerte, dort eine Vorlesung zu halten, wurde mir entgegnet, Byzanz – genau wie der Islam – sei gegen Europa gerichtet gewesen. Da ich selbst griechisch-orthodox bin, habe ich darauf hingewiesen, dass Konstantinopel die erste Hauptstadt Europas war, die gleichzeitig christlich, griechisch und römisch war, und somit alle drei Elemente kombiniert, die laut Paul Valéry Europa ausmachen.

Mir geht es jedoch um ein anderes Thema. Die Sorgen, die hier über den Europäischen Konvent und die künftige Verfassung geäußert wurden, sind sehr real. Die Vorschläge, die derzeit diskutiert werden, verletzen nicht nur Art. 151 des Vertrags von Amsterdam, sondern auch die Resolution des Europa-Parlaments vom 5. September 2001, in der Kultur als notwendige Grundlage für die Identifizierung der Bürger mit Europa und als Basis einer zukünftigen europäischen Verfassung verstanden wird. Nehmen Sie zum Beispiel das Erasmus-Programm. Seine Bedeutung besteht nicht in der Anzahl der Studenten, die am Austausch teilnehmen, sondern liegt in seinem symbolischen Wert. Mittlerweile unterstützt jede Universität den Austausch mit anderen europäischen Ländern finanziell, was von der Quantität her viel wichtiger ist als das Erasmus-Programm. Daher wurde die Anerkennung des Auslandsstudiums für Diplome, als der Bologna- und Prag-Prozess bezeichnet, zu unserem wichtigsten Projekt. Aber symbolisch bleibt das Erasmus-Programm wichtig, und auch ich plädiere dafür, Bildung und Kultur in die Präambel der neuen Verfassung aufzunehmen.

von der Gablentz

Ahrweiler

Die Präambel der europäischen Verfassung sollte auf Bildung und Kultur verweisen

Akkulturation, nicht Integration
ist die Antwort auf Einwanderung

Lassen Sie mich auf ein anderes allgemeines Problem eingehen, über das niemand gerne offen spricht: die Migration in Europa und die Probleme, die das für die Schulen schafft. Viele Menschen sehen es als unhaltbar, wenn in einer Klasse mehr ausländische als einheimische Kinder sind. Kaum jemand spricht das offen aus, aber auch Politiker versuchen, solche Zusammensetzungen zu verhindern. Wir haben auch ein semantisches Problem. Meist sprechen wir von »Integration«, aber Integration funktioniert nur durch starke Institutionen wie die Armee, vielleicht die Kirchen, Schulen, Gewerkschaften und ähnliche. Heute jedoch haben diese Institutionen viel von ihrem Einfluss eingebüßt. Alternativ dazu wird von »Assimilation« gesprochen, aber wenn man diesen Begriff verwendet, wird man für einen Faschisten gehalten, der anderen die europäische Zivilisation aufzwingen will. Viel angemessener wäre der Begriff »Akkulturation«. Damit ist gemeint, sich in eine andere Kultur zu begeben und gegenseitig Erfahrungen auszutauschen. Auf diese Weise kann jeder eine andere, gemeinsame Zivilisation anerkennen. Dieser Begriff verdeutlicht eine unserer wichtigsten Aufgaben: andere Menschen zu achten – und nicht nur Ausländer sind andere. Schon verschiedene soziale Klassen einer Gesellschaft in ein Bildungssystem einzubeziehen ist eine große Herausforderung. Da die Trennlinien so wichtig sind, müssen wir gegenseitigen Respekt lehren, und das beginnt beim Fremdsprachenunterricht. Unser Ziel sollte sein, junge Leute nicht nur zum Reisen zu ermutigen, sondern dazu, in Europa zu Hause zu sein, *inshallah*.

von der Gablentz

Wir versuchen hier, Worte wie Integration, Identität und Assimilation neu zu definieren, die alle eine exklusive Identität, ein Zugehörigkeitsmonopol suggerieren. Diese Annahme sollten wir wirklich vermeiden, schließlich leben wir in einer vergleichsweise offenen Gesellschaft. Ich nehme daher dankbar Ihren Begriff der Akkulturation an.

de Vries

Herr Jones hat uns daran erinnert, wie wichtig es politisch und symbolisch ist, einen Verweis auf Kultur in die Präambel der europäischen Verfassung aufzunehmen. Damit wäre die Europäische Union legitimiert, auf kulturellem Gebiet tätig zu werden. Das bedeutet nicht, dass die Europäische Union Kultur harmonisiert, was niemand will und was auch noch kein ernsthafter Politiker vorgeschlagen hat. Vielmehr sollte die EU unterstützend wirken, und dazu muss sie autorisiert sein.

Ich stimme auch Frau Griefahn zu, dass unter Artikel 151 qualifizierte Mehr-

heitsentscheidungen getroffen werden sollten. Es ist absurd, bei 25 Mitgliedsstaaten Einstimmigkeit zu verlangen; das würde jede Entscheidung verhindern. Wenn wir keine Mehrheitsentscheide wollen, sollten wir den Mut haben, die Kultur ganz aus dem Vertrag herauszulassen und der EU gar keine Kompetenz in diesem Bereich zu geben. Welche Maßnahmen sollte die Union ergreifen? Herr Cuzin hat angedeutet, dass trotz jahrzehntelanger französisch-deutscher Zusammenarbeit immer noch nicht klar ist, ob die beiden Gesellschaften sich viel näher gekommen sind. Auch wenn seine Einschätzung vielleicht zu pessimistisch ist, sollte sie uns zwei Dinge lehren: Erstens sollten wir realistisch sein und nur allmähliche Veränderungen bei Loyalitäten und Freundschaften erwarten. So etwas dauert Jahrzehnte und muss in jeder Generation erneut angegangen werden. Zweitens sollten wir den Ehrgeiz entwickeln, Menschen einander näher zu bringen, indem sie gegenseitig ihre Geschichten, Sichtweisen und Lebensarten kennen lernen. Das ist nur möglich, wenn sich ihre Wege kreuzen und sie die Verbindungen eingehen, von denen hier die Rede war. So soll keine einheitliche europäische Kultur geschaffen werden, sondern die verschiedenen Teile des Mosaiks müssten miteinander verknüpft werden. Dazu brauchen wir Instrumente, die das Überschreiten von Grenzen erleichtern, vor allem Austauschprogramme. Die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten und Regionen sollten sich in dieser Hinsicht höhere Ziele stecken. Zumindest sollten nicht nur Studenten am Austausch teilnehmen, sondern auch meinungsbildende Persönlichkeiten wie Künstler und Journalisten.

Ein weiteres entscheidendes Instrument hat Frau Echerer genannt: Netzwerke. Um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln, müssen Menschen ermutigt werden, in Netzwerken von NGOs zusammenzuarbeiten. Auch hier sollte die Union sich stärker engagieren, um solche Netzwerke zu schaffen, die keinesfalls auf die 15 oder 25 EU-Mitglieder begrenzt sein sollten. Da unser Ideal eine offene Gesellschaft im Sinne Karl R. Poppers ist, sollten wir auch Außenstehende mit einbeziehen. Stiftungen können bei der organisatorischen und finanziellen Unterstützung solcher Netzwerke sehr wichtig sein, und ich habe mich gefreut, von Frau Völckers etwas über die deutsche Kulturstiftung des Bundes zu erfahren. Ich hoffe, dass diese Stiftung und die Stiftungen der Länder gemeinsam Netzwerke anregen und unterstützen werden.

Eine Bemerkung zum Geschichtsunterricht, den Frau Ahrweiler ansprach. Wenn es um die Zusammensetzung der Lehrpläne geht, streiten sich Experten oft darüber, ob Mathematik oder Sprachen wichtiger sind. Wir müssen aufpassen, dass die Geschichte nicht an den Rand gedrängt wird.

Mehr Unterstützung
für Austauschprogramme...

...und Netzwerke



Schließlich ein Wort zur Identität, die sicher mehrschichtig ist. Identität baut sich nicht einfach auf Geschichte auf, sondern wird ständig von uns erschaffen. Für nationale Identitäten hat Benedict Anderson den wunderbaren Ausdruck der »vorgestellten Gemeinschaften« geprägt. Wir können selbst entscheiden, welche Aspekte unserer Identität wir stärken möchten. Eine Schlüsselfrage auch für Intellektuelle und Künstler sollte deshalb sein, welches Europa wir wollen – nicht im Sinne von Institutionen, sondern im Sinne des Verhaltens und der Werte, die wir verkörpern.

Strasser
Übersetzungen können Dialog fördern

Es wird oft darauf hingewiesen, dass der Pluralismus der Kulturen eine der Stärken Europas ist. Dies gilt aber nur, wenn es sich um einen dialogischen Pluralismus handelt, denn ein Leben und Lebenlassen in ghettoisierten Kleingemeinschaften wäre nicht besonders fruchtbar. Deswegen sind alle Formen der Kommunikation so wichtig. In diesem Zusammenhang ist es ein ärgerliches Defizit, dass die Völker Europas die Literaturen ihrer Nachbarn oft kaum zur Kenntnis nehmen. Insbesondere die kleineren Literaturen in Europa werden kaum übersetzt. Durch die wenigen Autoren, die übersetzt werden, erhalten wir ein völlig verzerrtes Bild von der literarischen Realität kleinerer Länder. Da die Verlage die zusätzlichen Übersetzungskosten in der Regel nicht selbst tragen können, müssen wir das Übersetzen fördern. Die vorhandene Förderung auf nationaler Ebene ist völlig unzureichend und zudem meist auf den *Export* von Büchern und Kultur bezogen. Hier besteht konkreter Handlungsbedarf für die Europäische Union.

Zum Urheberrecht: Ich stimme Herrn Ruth zu, dass das Copyright und das Urheberrecht auf ganz verschiedenen Traditionen beruhen. In der Europäischen Kommission ist das ökonomistische Denken weit verbreitet. Daher besteht die Gefahr, dass sie das angelsächsische Copyright dem kontinentaleuropäischen Urheberrecht vorzieht. Aus ökonomischer Sicht ist der Urheber uninteressant, denn Wertschöpfung beginnt erst dort, wo auf dem Markt Werte realisiert werden. Diese Haltung ist leichter vereinbar mit der angelsächsischen Tradition des Copyrights, in der es auf die Verwerter und nicht auf die eigentlichen Urheber ankommt. Zur Sicherung der Pluralität von Kultur sollten wir jedoch die andere europäische Tradition verteidigen.

Wagner Ich bin sehr froh über die klare Position von Herrn de Vries; wir wären ein Stück weiter, wenn das im Konvent Schule machen würde. Doch das Rennen ist noch

Aufrichtigkeit mit Solidarität zu verbinden
scheint oftmals zu viel verlangt von der Politik.

Wagner

nicht gewonnen, und ich möchte auf drei Gründe eingehen, warum es so schwierig ist.

Erstens ist es schon auf der nationalen Ebene extrem schwer, zwischen Politik und Kunst zu vermitteln. Künstler sind einerseits unverzichtbar mit ihrer Fähigkeit, Friktionen vorauszuahnen. Andererseits sind sie häufig sehr schwierig und manchmal so radikal, dass Gesellschaften lange brauchen, um ihre Inhalte anzunehmen. Es ist Teil der europäischen Tradition, diese Spannung zwischen Politik und Kunst auszuhalten. Dennoch ist es für die Politiker nicht einfach, Kunstpolitik mit einer so abweisenden Klientel zu machen, auch wenn sie grundsätzlich wissen, wie wichtig das ist.

Zweitens verhalten sich die Dinge auf der europäischen Ebene weitaus komplexer. Bereits in dieser Gesprächsrunde treffen äußerst widersprüchliche Konzeptualisierungen von Europa und der Identitätsfrage aufeinander. Das wurde etwa bei Frau David und Herrn Isar deutlich. Doch selbst wenn wir uns hier und in der Kulturpolitik auf einen komplexen Identitätsbegriff einigen könnten, hätten wir große Schwierigkeiten, diesen in Rotterdam, Oberbayern oder im Tuxertal zu vermitteln. Ich plädiere dafür zu verstehen, dass Menschen mit einem anderen sozialen und Bildungshintergrund ein anderes Bedürfnis nach Identität haben. Dies kann beispielsweise auf dem Wunsch nach individueller Sicherheit, Stärke und Partizipation beruhen, mit anderen Worten auf dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit. Die jedoch ist uns zum Teil in diesem ultraliberalen Kapitalismus abhanden gekommen. Die Identitätsdiskussion ist auch eine Kompensation für eine nicht geführte sozialpolitische Diskussion. Kulturpolitik muss daher auf die sozialpolitischen Bedingungen stärker Rücksicht nehmen, ohne sich dabei instrumentalisieren zu lassen. Wir dürfen die Debatte über Identitäten nicht vereinfachen, wir dürfen sie aber auch nicht aufgeben, weil sie zu kompliziert ist. Es wird uns nicht erspart bleiben, diese Spannung in den nächsten Jahren auszuhalten.

Den dritten und schwierigsten Punkt hat Herr Schlögel angesprochen, als er davor warnte, dass es verdammt hart werden würde und dass wir uns vor Harmonisierungen hüten müssen. Eine europäische Integration, die hinter dem Rücken der Bürger stattfindet, wird uns ungemene Probleme bereiten. Dazu möchte ich zwei Beispiele nennen. Die Erweiterungsdebatte etwa in den Niederlanden oder in Österreich hat bereits in Ansätzen gezeigt, wie leicht sich dies ausbeuten lässt. Aus Gründen der politischen Kompromissuche leugnen Politiker auf nationaler und internationaler Ebene die tatsächlichen Kosten der Erweite-

Das Bedürfnis nach
Identität hängt von den
sozialen Umständen ab

Netzwerke aufzubauen ist nicht eine Aufgabe, die von irgendjemandem organisiert werden könnte, sondern es ist etwas, das Menschen machen oder eben nicht.

Schlögel

rung. Wenn Sie nur die Kosten der deutschen Wiedervereinigung hochrechnen, kommen Sie zu weitaus höheren Beträgen als den derzeit vorausgesagten. Aufrichtigkeit mit Solidarität zu verbinden scheint oftmals zu viel verlangt von der Politik.

Das zweite Beispiel, das Frau Ahrweiler erwähnt hat, sind die massiven Spannungen innerhalb unserer Gesellschaften mit Immigranten und zwischen Süd und Nord, die sich mit fortschreitender Globalisierung noch intensivieren werden. Unsere Gesellschaften müssen in den nächsten Jahren unter sehr schwierigen Bedingungen damit umgehen und auch kulturelle Antworten darauf finden.

Neue Instrumente der Kulturpolitik:
public private partnerships

Daraus sollten wir für die Kulturpolitik Schlussfolgerungen ziehen. Der Europarat spielt kaum mehr eine operative Rolle, und die Kommission hat beschränkte legale Grundlagen und marginale Ressourcen in der Kulturpolitik. Wir brauchen ein viel breiteres Instrumentarium, längeren Atem und nachhaltige Zusammenarbeit. Zu den bereits genannten Instrumenten für diese Ziele möchte ich eines hinzufügen: *public private partnerships*, zum Beispiel zwischen staatlichen und europäischen Autoritäten und Stiftungen. Stiftungen wie die Europäische Kulturstiftung können das Vakuum zwar nicht füllen, sie können aber als Vermittler und Katalysatoren diese Agenda durch Lobbyarbeit und Beispiele von *best practice* weiterführen.

Schlögel

Mir war nicht bekannt, dass es Pläne für ein europäisches Museum in Brüssel gibt. Das ist insofern interessant, als damit die Frage verbunden ist, ob es so etwas wie eine museale Narrative für Europa gibt. Das heißt, wie stellen wir uns eigentlich europäische Geschichte vor?

Die Politik sollte sich nicht
in Netzwerke einmischen

Mich hat die Diskussion um Netzwerke ein wenig irritiert. Ich verstehe unter Netzwerken etwas ganz Einfaches. Durch den Wegfall der Grenzen wurden in Europa Räume geöffnet, in denen wir uns trotz aller Schwierigkeiten fast mühelos bewegen können. Statt uns groß darüber auseinander zu setzen, müssen wir diese Chance einfach ergreifen, uns in Bewegung setzen und Kontakte knüpfen. So wie vor 1989 jeder, der ein Interesse daran hatte, nach Prag fahren konnte, um mit den Leuten von Charta 77 Kontakt aufzunehmen, ist das auch heute ohne weiteres möglich. Es bedarf überhaupt keiner besonderen Anstrengung, um Netzwerke zu errichten, sondern jeder kann die Initiative ergreifen, sich in Bewegung setzen und tun, was er für wichtig hält. Ich habe geradezu einen Horror vor der Errichtung von Netzwerken, bei denen es letztlich darum geht, über die Zuteilung von Geld zu entscheiden. Menschen wie Sergej Diaghilew hätten in einem Europa,



in dem Netzwerke konstruiert und finanziert werden, keine Chance gehabt. Er hat seine *Saisons Russes* aus eigener Kraft und durch Aufnahme von Kontakten ermöglicht. Gerade in Anbetracht der knapper werdenden öffentlichen Mittel muss man sich vor der Illusion bewahren, von irgendjemandem Unterstützung zu bekommen. Im Gegenteil hängt es weit gehend an den Bürgern selbst. Netzwerke aufzubauen ist nicht eine Aufgabe, die von irgendjemandem organisiert werden könnte, sondern es ist etwas, das Menschen machen oder eben nicht.

Es wurde hier die Notwendigkeit angesprochen, in Europa einen »political space«, also einen Raum für politischen Diskurs, zu schaffen. Daneben braucht Europa aber einen Raum für kulturellen Diskurs, damit wir erfahren, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt; zum Beispiel dass der Europarat Ausstellungen organisieren kann, die in verschiedenen Städten laufen.

Schließlich noch eine Bemerkung zu den Kulturhauptstädten. Ich bin natürlich glücklich, dass Graz Europäische Kulturhauptstadt 2003 geworden ist, aber ich bin ganz unglücklich darüber, dass es nicht Petersburg war. Petersburg wird in diesem Jahr 300 Jahre alt und ist als Stadt nach Europa zurückgekehrt. Es wäre wirklich eine europäische Angelegenheit gewesen, Petersburg die Würde, das Geld und die Initiative für die Europastadt zu geben. Im Grunde ist es EU-provinziell, dass wir das nicht getan haben. Beunruhigend ist, dass es keine politischen oder kulturellen Räume gibt, wo solche Dinge öffentlich erörtert und entschieden werden.

Die Debatte über die Re-Nationalisierung der Kultur- und Bildungspolitik macht mich besorgt, besonders weil dafür die künftigen osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU als Argument angeführt werden. Ich möchte denjenigen, die in Europa über Kulturpolitik diskutieren, eine einfache Frage stellen: Was wissen Sie über die polnische Kulturpolitik? Ich selbst verstehe nichts von der Kulturpolitik unserer engsten Nachbarn, der Slowakei und Ungarn. Aber sind sich die, welche eine »nationale« Kulturpolitik fordern, dessen bewusst, dass wir in Polen seit 1990 16 Kulturminister gehabt haben? Wenn man den Art. 151 aus den Europäischen Verträgen herausnimmt, worauf können wir uns dann noch verlassen und beziehen? Wir haben alle acht oder neun Monate einen neuen Kulturminister, der Ad-hoc-Entscheidungen trifft, die meist politischen Zwecken dienen. Eine nationale Kulturpolitik gibt es nicht, genauso wenig wie Instrumente, um sie umzusetzen. Manchmal werden Projekte finanziell unterstützt, doch Kriterien für die Zuteilung gibt es nicht.

St. Petersburg hätte
Europäische Kulturhauptstadt
werden sollen

Glondys

Osteuropäische Staaten verlassen
sich auf europäische Kulturpolitik



Bitte führen Sie diese Argumente an, wenn Sie mit Menschen sprechen, die für eine Re-Nationalisierung von Kultur und Bildung eintreten. Die Kultur ist Träger von Ideen und Ideologien, und es ist noch nicht sehr lange her, dass die sozialistischen Systeme in Europa diese Verbindung ausgiebig genutzt haben. Aus diesem Grund warne ich jeden davor, Kultur für politische Zwecke zu missbrauchen.

Pack
Europäische Kulturhauptstädte
werden ausgekungelt

Zunächst zu den Kulturhauptstädten. Ich stimme Herrn Schlögel zu, dass St. Petersburg eine bessere Wahl gewesen wäre als Graz. Aber wenn Sie wüssten, wie die Kulturhauptstädte ausgekungelt werden, dann würden Sie sich schämen, dass es überhaupt welche gibt. Der EU-Ministerrat hat die Kulturhauptstädte bis ins Jahr 2019 festgelegt, und es ist keine einzige Stadt aus den neuen Ländern dabei, weder Budapest noch Prag, Krakau oder Tallinn! Unser Protest im Europäischen Parlament gegen diese Vorgehensweise wurde in Brüssel einfach abgetan. Das gehe uns nichts an, wurde uns beschieden. Wir sollen jetzt über die nächste Kulturhauptstadt entscheiden. Griechenland ist an der Reihe, und der einzige Vorschlag ist Patras, ohne irgendeine Wahlmöglichkeit. Wir haben angeregt, Griechenland solle wenigstens Patras im Tandem mit einer Stadt aus den Beitrittsländern vorschlagen. Doch der Auftritt des griechischen Ministers vergangene Woche im Ausschuss des Ministerrats war alles andere als befriedigend.

Wir dürfen der europäischen Kulturpolitik nicht die rechtlichen Grundlagen entziehen, nur weil sie schlecht umgesetzt wurde

Zum Artikel 151 des EU-Vertrags über Kultur möchte ich anmerken, dass er genau das beinhaltet, was Herr Strasser fordert, nämlich einen dialogischen Pluralismus. Die Maßnahmen sollen darauf abzielen, die Nachbarkulturen kennen zu lernen. Aber wie die Kommission diese Forderung umsetzt, ist erbärmlich. Daher wundert es mich nicht – und da stimme ich Herrn Jones zu –, wenn einige dieser Politik leichten Herzens die Unterstützung entziehen. Doch wir riskieren damit, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wenn wir nämlich das Programm mit seinen eher symbolischen 160 Millionen Euro streichen, weil die Kommission nicht das Beste daraus macht, verlieren wir gleichzeitig die Unterstützung für alle guten Projekte des Europäischen Parlaments im Kulturbereich. Für das europäische Jugendorchester, die Chöre und auch das Programm Ariane zur Übersetzung von Literaturen aus kleineren Sprachräumen hätten wir dann keine legale Basis mehr. Wegen dieses Dilemmas müssen wir an dem Kulturprogramm festhalten, so schlecht es bisher auch umgesetzt wurde.

Dann zum Thema Bildung. Das Erasmus-Programm bestand lange, bevor Bildung 1992 in den Vertrag aufgenommen wurde. Das konnte geschehen, weil es nicht als allgemeine, sondern als berufliche Bildung verstanden wurde. Berufli-



che Bildung wiederum konnten wir in Europa betreiben, weil die EG für die Wirtschaft zuständig war. 1992 wurde aus »Erasmus« »Sokrates«, und es kam eine ganze Reihe sinnvoller anderer Initiativen hinzu. Inzwischen sind dadurch immerhin eine Million Studenten nach Europa gegangen. Das hat dazu geführt, dass wir uns im Bologna-Prozess Gedanken über das Kredittransfersystem machen. Daher sehe ich keine so große Gefahr, dass der Bildungsartikel im Konvent scheitern könnte, wohl aber der Kulturartikel. Um dies zu verhindern, sollten wir eine entsprechende Anfrage an den Konvent richten.

III. Europa und die Welt: Herausforderungen

von der Gablentz

Erlauben Sie mir einige überleitende Bemerkungen zu unserem dritten Thema »Europa und die Welt: Herausforderungen«.

In dem ersten Thema haben wir verschiedene Facetten der Frage, was europäische Kultur ist, beleuchtet: von unserem Geschichtsbild bis hin zu den Kriechströmen des schnellen gesellschaftlichen Wandels, die deutlich machen, dass europäische Kultur nichts Statisches ist. Im Gegenteil verändert sich die europäische Kulturszene rasend schnell im Prozess der Rekonstruktion des europäischen Kulturraums nach dem Fall der Mauer, der sich institutionell in der Erweiterung der Europäischen Union widerspiegelt. Nach der ersten Gesprächsrunde waren wir uns einig, dass die europäische Kultur Kapital für die Zukunft des europäischen Aufbaus sein wird.

Was die Aufgaben der Kulturpolitik anbelangt, wurde beim zweiten Thema deutlich, dass wir den Platz der Kultur beim Aufbau eines neuen Europas sichern müssen. Das ist vor allem deshalb nötig, weil viele Kräfte Kultur und Kulturpolitik als Reservat der Nationalstaaten betrachten. Bei den Instrumenten der Kulturpolitik haben wir über die Rahmenbedingungen gesprochen, die durch die europäischen Verträge und die Debatten im Konvent geschaffen werden. Gleichzeitig kamen wir immer wieder darauf zurück, dass die Netzwerke der Menschen über die Grenzen hinweg das eigentlich Entscheidende sind und wie man sie fördern kann. Auch auf die wichtige Rolle der Erziehung und Bildung haben wir mehrfach hingewiesen. Gijs de Vries betonte besonders die Bedeutung der Kultur bei der Entstehung einer politischen Gemeinschaft, einer Polis auf europäischer Ebene. Genauso waren wir uns einig, dass die Zivilgesellschaft zwar eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Kultur spielt, dass Kultur aber dennoch eine Aufgabe des öffentlichen Sektors bleibt.

Zum dritten Thema, Europas kultureller Rolle in der Welt, fielen in den letzten Debatten schon einige Stichworte: Migration, Akkulturation und die Rolle der 12 bis 15 Millionen Moslems, die schon heute in Europa leben. Wichtig war auch der Dialog der Kulturen in einer globalisierten Welt, die zum Großteil auf europäischen Wert- und Kulturvorstellungen basiert. Gleichzeitig aber ändert Globalisierung den Charakter der kulturellen Entwicklung, so dass die Globalisierung der Kultur heute ihre Europäisierung überholt. Daraus ergab sich die Frage nach den Instrumenten der Politik: Ist es möglich, eine auswärtige Kulturpolitik Europas zu entwickeln, eine Selbstdarstellung der Union, die natürlich auch der kulturellen Selbstbehauptung Europas in einer globalisierten Welt dienen wird?

Ich bin auch Atheist, aber vergessen Sie nie,
dass Sie ein muslimischer Atheist sind,
ich dagegen ein anglikanischer Atheist.

Ergüder

Einige Anekdoten mögen verdeutlichen, welche Verwirrung hinsichtlich der türkischen Identität und der Rolle der Türkei in Europa herrscht.

Als ich 1959 an der Universität von Manchester studierte, ging ich häufig in die Stadtbibliothek, um mich auf meine Prüfungen vorzubereiten. Dort gab es nicht nur gute Bücher, sondern man konnte auch sehr interessante Menschen treffen. Eines Tages näherte sich mir während der Kaffeepause ein angetrunkener Herr und fragte mich, woher ich käme. Als ich antwortete »aus der Türkei«, sagte er: »Dann sind Sie Moslem.« Ich erwiderte, das stehe zwar so in meinem Pass, ich sei aber noch nie in einer Moschee gewesen. Darauf gab er die schlagfertige Antwort: »Dann müssen Sie ein Atheist sein – ich bin auch Atheist, aber vergessen Sie nie, dass Sie ein muslimischer Atheist sind, ich dagegen ein anglikanischer Atheist.« Für mich bringt das die Rolle der Religion in der Kultur sehr gut auf den Punkt.

Auf einer Konferenz der Fletcher-School im vergangenen Jahr in Boston über die griechisch-türkischen Beziehungen brachte eine Dame ein gutes Argument für die türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union aus der Sicht Griechenlands vor. Sie sagte, die griechisch-orthodoxe Kirche sei eine östliche und keine westliche Religion. In ihren Augen seien die Unterschiede zwischen dem griechischen und dem westeuropäischen Christentum so groß, dass sich Griechenland wegen seiner kulturellen Nähe zur türkischen Ausprägung des Islam der Türkei manchmal näher fühle als Europa. Das hat meine Vorstellung vom Christentum als Einheit oder als homogener Kultur erschüttert.

Und die »Völkertafel«, die hier herumgereicht wurde und auf der typische Charaktereigenschaften der verschiedenen Nationen abgebildet sind, stellt Griechen und Türken gemeinsam dar; als Illustration wird eine türkische Wache gezeigt.

Sie sehen also, wie groß die Verwirrung auf allen Seiten über die türkische Identität ist. Diese Identitätskrise lässt sich durch einige unterschiedliche Faktoren erklären.

Herr Strasser hat erwähnt, dass die Türkei von Anfang an in die Diskussion über europäische Integration einbezogen wurde. Auch dazu eine Anekdote: In den frühen 70er Jahren wurde die Bosphorus-Universität eingeladen, dem Europäischen Konsortium für Politikforschung beizutreten. Damals hatten wir dafür nicht genügend Mittel und konnten nicht beitreten. Als wir dann 1982 beitreten wollten, ließ uns der Präsident des Konsortiums wissen, wir könnten nicht Mitglied werden, weil die Türkei geografisch nicht zu Europa gehöre. Nach dem Einspruch eines eloquenten amerikanischen Wissenschaftlers hätten wir dennoch

Ergüder

Die Türkei hat eine
vielschichtige Identitätskrise:

geografisch...



beitreten können, aber nur deshalb, weil unsere Universität um einige hundert Meter auf der europäischen Seite des Bosphorus liegt. Über diese Argumentation waren wir dann doch etwas verwundert und haben abgelehnt.

...historisch...

Eine weitere Komponente unserer Identitätskrise ist historisch bedingt. 1683 standen die Türken vor den Toren Wiens, und das hat heute einen zweischneidigen Nachhall. Einerseits sind wir stolz darauf, bis ins Herz Europas vorgestoßen zu sein, andererseits sind sich die Türken bewusst, dass die Europäer dies als einen Angriff der Ungläubigen, der Barbaren verstehen. Deshalb haben die Türken einen »Ungläubigen-Komplex« und reagieren auch auf gut gemeinte europäische Kritik sehr sensibel. Gleichzeitig sind wir allerdings ganz in Europa vernarrt und orientieren uns meist nach Westen. Ein kleines Beispiel: Der türkische Wetterbericht deckte zeitweise nur Westeuropa ab, nicht aber den Nahen Osten oder Nordafrika, obwohl wir sehr enge Beziehungen zu diesen Regionen haben.

...und ethnisch

Neuerdings ist die ethnische Dimension der türkischen Identitätskrise wichtiger geworden. Während des Kalten Kriegs stellte sich die Frage nach den Beziehungen zu den türkischstämmigen Völkern in Mittelasien nicht wirklich, da wir eindeutig zum westlichen Lager gehörten und sie weit hinter den sowjetischen Grenzen lagen. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums änderte sich das schlagartig. Jetzt lenken die Turk-Völker die Türkei von Europa ab, und manche können sich eine Orientierung nach Mittelasien als Alternative vorstellen. Wir haben uns auch in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten eingemischt. Das macht die Frage nach der türkischen Identität noch schwieriger.

Auch die Beziehungen zu den arabischen Staaten sind problematisch. Historisch gehörten die arabischen Staaten zum Osmanischen Reich. Manche hegen deshalb Ressentiments gegen die Türkei (ein »antikoloniales Syndrom«), während die Türken auf die Araber herabsehen, weil sie sich im Ersten Weltkrieg von ihnen verraten fühlten (das »Lawrence-von-Arabien Syndrom«). Man darf auch nicht vergessen, dass die Türken erst spät zum Islam konvertierten. Deshalb sind sie für die Araber keine echten Muslime – eine Wahrnehmung, die durch unseren Versuch verstärkt wurde, eine säkulare Republik zu begründen. Deshalb sind wir auch aus Sicht der Araber Ungläubige. Der Islam stellt also keine so starke Bindung zum arabischen Nahen Osten dar, wie man annehmen könnte.

Die Kontakte zwischen der
Türkei und Europa werden stärker

Damit komme ich zu den gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Türkei und Europa, die in mancher Hinsicht paradox wirken. Herr Schlögel erwähnte die Bedeutung der Kriechströme: Die Verbindungen zwischen den Menschen in Europa und der Türkei sind heute sehr eng. NGOs, Universitäten und andere Bil-

dungseinrichtungen verstärken ihre Kontakte nach Europa. Meine ehemalige Universität hatte anfangs – wie die meisten anderen auch – starke Verbindungen zu amerikanischen Universitäten, und zwar ohne Zwischenstopp in Europa. In den letzten zehn Jahren haben wir an der Bogazici Universität aber unsere Kontakte zu europäischen Universitäten ausgebaut und sind jetzt zum Beispiel aktives Mitglied im Europäischen Universitätsverband.

Istanbul ist zu einer wichtigen Metropole des modernen Europas geworden. Für den Tourismus und die Unterhaltungsindustrie ist diese Stadt so bedeutsam, dass sie schon mit New York verglichen wurde. Festspiele wie das Klassische Musikfestival, das Istanbuler Jazzfestival und die Film- und Theaterfestivals haben eine starke europäische Ausrichtung. Auch der Tourismus verbindet, und die Türkei engagiert sich heute viel stärker im internationalen Sport wie im Fußball oder Basketball.

Die Globalisierung wirkt sich erheblich, aber ambivalent auf die Türkei aus. Die Elite fühlt sich zum Teil dem Westen zugehörig, während andere sich ausgegrenzt fühlen. Das führt zu Spannungen in unserem Land. Eine der interessantesten Auseinandersetzungen findet zwischen den Islamisten und den Säkularisten statt. Wir können derzeit beobachten, wie der Säkularismus, der den Menschen ursprünglich von oben aufgezwungen wurde, internalisiert wird. Das ist nur möglich, weil eine islamische Partei die Wahlen gewonnen hat. Die AKP-Regierung (Gerechtigkeits- und Freiheitspartei) hat eindeutig islamische Wurzeln, aber sie hat die Religion zur individuellen Gewissensentscheidung erklärt und will sie nicht für politische Zwecke missbrauchen.

Das Paradoxe an der Türkei ist, dass manche Säkularisten Fundamentalisten sind, für die der Säkularismus den Platz der Religion einnimmt. Sie haben die Machtstrukturen Ankaras tief durchdrungen und misstrauen Europa, weil es Demokratie, Menschenrechte und kulturelle Vielfalt fördert, die zum Auseinanderbrechen (durch das »Kurdenproblem«) oder zur Zerstörung (durch den politischen Islam) der säkularen kemalistischen Republik führen könnten. Die herrschende kemalistische Elite ist sehr vorsichtig, weil sie vermutet, dass Europa den Islamisten dabei helfen könnte, einen Staat auf der Grundlage des islamischen Rechts, der Scharia, zu errichten. Dagegen sind die Islamisten zu den stärksten Europaanhängern in der Türkei geworden. Besonders nach dem 11. September hat der gemäßigte Islam der AKP auch in Europa und den USA viel Unterstützung erfahren. Überdies haben die Islamisten erkannt, dass eine nähere Bindung der Türkei an Europa die demokratischen Werte in der Türkei festigen würde. Das wiederum

Die Islamisten sind starke Europaanhänger, die Säkularisten Europaskeptiker



Der Dialog mit Europa stärkt
Demokratie und Säkularismus

würde die politische Existenz der Islamisten sichern. Dieser Gegensatz polarisiert mitunter die Gesellschaft sehr, so dass die säkulare kemalistische Elite in der Betonung von Demokratie und Europa durch die AKP eine Verschwörung zur Errichtung eines islamischen Staates sieht.

Obwohl die Türkei sich also klar der Demokratie verpflichtet hat, haben wir noch einen steinigten Weg vor uns. Wir befinden uns in einer Phase, in der der Säkularismus internalisiert wird. Engere Beziehungen zu Europa, selbst die Aufnahme eines Dialogs mit Europa, können zur Konsolidierung der Demokratie und zur Vermittlung zwischen dem politischen Islam und dem fundamentalistischen Säkularismus in der Türkei beitragen. Europa hat bei der Demokratisierung Griechenlands eine zentrale Rolle gespielt. Wir können nur hoffen, dass es mit der Türkei ähnlich verlaufen wird, auch wenn die Probleme hier sehr viel komplexer sind.

Viele Menschen haben das Ergebnis des Kopenhagener Gipfels sehr negativ aufgenommen. Ich sehe das nicht so, weil der Dialog als solcher hilfreich ist, denn die Türkei weist aus der Sicht Europas tatsächlich einige problematische Züge auf. Um uns der Problematik bewusst zu werden, müssen wir gar nicht über Kultur und Religion sprechen; eine demografische Statistik macht das deutlich:

Die Bevölkerungsentwicklung in der
Türkei ist zugleich Chance und Problem

Diese Zahlen zeigen, dass die Türkei im Vergleich zu den jetzigen Mitgliedsstaaten der EU eine sehr junge Bevölkerung hat. Selbst die neuen Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa können die demografischen Probleme der Europäischen Union nicht lösen. Berechnungen für 2025 sagen auch für die Türkei einen Rückgang des Bevölkerungswachstums vorher, aber das wird sich erst mit einer deutlichen Zeitverzögerung bemerkbar machen.

	0–15 Jahre	über 60 Jahre
Türkei	30%	5%
Griechenland	15%	22%
Großbritannien	18%	16%
Italien	14%	21%
Deutschland	15%	20%
Ungarn	14%	13%
Bulgarien	15%	19%
Tschech. Rep.	16%	15%

Die Bevölkerungsentwicklung ist aber nicht nur für Europa ein Problem, sondern auch für die Türkei. Einige Nationalisten behaupten, eine junge Bevölkerung sei in jedem Fall gut. Ich sehe das anders. Eine junge, gut ausgebildete und pro-demokratische Bevölkerung wäre sowohl für die Türkei wie für Europa ein Gewinn, da sie die nötigen Arbeitskräfte liefern könnte. Mit dem Istanbul Policy Center haben wir kürzlich ein Forschungsvorhaben bei der Soros-Stiftung und anderen Institutionen eingereicht, mit dem wir die Frage untersuchen wollen, wie wir unsere Jugend ausbilden sollten, damit sie zu den Bürgern werden, die wir 2025 haben möchten, insbesondere was die demokratischen Werte angeht. Daher bin auch ich der Meinung, dass Ausbildung ein ganz zentrales Thema ist, dem wir uns in der Türkei wie in Europa annehmen müssen.



Ich bin sehr dankbar für die Worte von Herrn Ergüder. Zum einen, weil es doch sehr schwierig ist, als Vertreter des »Restes der Welt« in so einer hochkarätig besetzten europäischen Diskussionsrunde aufzutreten, und deshalb schätze ich seinen moralischen Beistand. Und zum anderen habe ich festgestellt, dass die westlichten Eliten und Mittelschichten überall auf der Welt in ihren Reaktionen auf und Erwartungen an Europa im Grunde vor den gleichen Paradoxa und Dilemmata wie die Menschen in der Türkei stehen. Außerdem – und hier komme ich auf die Bemerkungen von Herrn Schlögel zum kulturellen Austausch zurück – funktionieren die Kontakte zwischen einzelnen Menschen, der Austausch zwischen Zivilgesellschaften und die Dynamik von Netzwerken international auf ganz ähnliche Weise. Auch wenn die Schwierigkeiten größer sein mögen und die Grundvoraussetzungen ganz verschieden sind, bringen doch die gleichen Interaktionsprozesse Europäer und Asiaten, Europäer und Afrikaner sowie Europäer und Lateinamerikaner auf unterschiedliche Weise in neue Beziehungen zueinander.

Durch die Globalisierung ist es notwendig geworden, nach neuen globalen Werten zu suchen. Diese Suche muss selbstverständlich interkulturell erfolgen. Denn viele Probleme berühren nicht nur einzelne Regionen oder Nationen, sondern betreffen letztlich uns alle. Wir können nicht länger um die Gebiete, in denen wir leben, Grenzen ziehen. So wie Ursache und Wirkung, Aktion und Reaktion sich nicht um Landes- oder Nationengrenzen scheren, so ist es auch mit der moralischen Verantwortung. Doch die Kultur kann die Lücken zwischen europäischen Prinzipien und europäischem Handeln nicht schließen. Immer wieder wird etwa gesagt, dass globaler freier Handel den Entwicklungsländern helfe. Doch dieses Konzept funktioniert nicht, da die Volkswirtschaften dieser Länder sich den Regeln der reichen Länder unterordnen müssen. Diese wiederum nutzen die Vorteile, die ihnen der Freihandel bietet, und schließen den Rest der Welt von diesen Vorzügen aus.²

Vor Jahren hat Edgar Morin diesen Sachverhalt sehr elegant auf den Punkt

Isar

Ein Beitrag vom »Rest der Welt«

² Vgl. das kürzlich erschienene Buch *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective* des Volkswirtschaftlers Ha-Joon Chang. Der Autor benutzt dort das von Friedrich List entwickelte Bild des „kicking away the ladder“, so wie es im 19. Jahrhundert von den Industrienationen praktiziert wurde.



Europa hat seine kulturelle
Führungsrolle verloren

gebracht: »Europa hat die Welt europäisiert und den Europäismus globalisiert.« Die Kolonisation Amerikas und die nachfolgende Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika war einer der ersten Schritte in diesem Prozess. In jüngerer Zeit sind in diesem Zusammenhang die Verbreitung der vier »D's«, wie Frau Ahrweiler es genannt hat, also *Démocratie*, *Dialogue*, *Développement* und *Droits de L'Homme*, sowie die Schaffung der Vereinten Nationen zu nennen. Doch was heute von Europa in Sachen Kultur ausgeht, hat keine Leitfunktion mehr: Europäische Kultur hat weder die Bedeutung noch die Stellung, die sie einmal innehatte, auch wenn Eurozentristen wie Hans Magnus Enzensberger immer noch der Meinung sind, es gebe eine europäische Hegemonie in den Bereichen Wirtschaft und Kultur. Die Länder der Dritten Welt wollen nicht »westlich« werden, wenn damit »europäisch« gemeint ist. Wenn überhaupt, dann möchten diese Länder amerikanisch werden – und sie sind zum Teil bereits auf dem besten Weg dazu. Das heißt, das »europäische Projekt« wird nicht in angemessener Weise wahrgenommen und geschätzt. Die interessanten und vielfältigen Diskussionen, die wir über dieses Projekt führen, und ihre Relevanz für andere Weltregionen werden einfach nicht gut genug verstanden. Praktisch die einzige Ausnahme in diesem Zusammenhang dürfte die französische *exception culturelle* sein, die mittlerweile als *diversité culturelle* begriffen wird.

Der Rest der Welt glaubt nicht daran, dass Europa seinen alten universalistischen Ansatz der »Zivilisation«, der die europäische Hochkultur weltweit als Spitze der Entwicklung sah, inzwischen modifiziert hat und Europa tatsächlich zu einem interkulturellen Dialog bereit ist. Durch die wirtschaftliche und geopolitische Dominanz des Westens wird ein Dialog auf Augenhöhe verhindert. Für beide Seiten ist es nicht leicht, den jeweils anderen gleichberechtigt zu behandeln.

In seinem Artikel »Postcoloniality and the Artifice of History«³ schreibt der indische Autor Dipesh Chakrabarty, das größte Hindernis für einen Dialog sei, dass europäische Erfahrungen immer noch aus einer Perspektive der Überlegenheit heraus präsentiert werden. Die vorherrschenden Konzepte der Moderne verweisen alle auf Europa als quasi den einzigen Ort der Moderne. Diese Sichtweise wird allerdings nicht nur von Europäern propagiert. Der Nationalismus in der

³ In *Unpacking Europe*, einem Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Boijmans Van Beuningen Museum in Rotterdam im Jahr 2001.

Sogar die Unwissenheit ist asymmetrisch.

Isar

Dritten Welt – im Übrigen *die* moderne Ideologie par excellence – ist genauso dafür verantwortlich. Intellektuelle und Historiker aus der Dritten Welt zum Beispiel müssen in ihren Arbeiten immer noch auf Werke und Ereignisse der europäischen Geschichte verweisen, während Europäer umgekehrt keineswegs auf Autoren aus Ländern der Dritten Welt Bezug nehmen. Sogar die Unwissenheit ist asymmetrisch: Europa bleibt der Souverän, das theoretische Subjekt der Geschichte, auch bei denen, die wir »Inder«, Marokkaner« oder »Chinesen« nennen. So sind Historiker aus jenen Ländern dazu verdammt, Europa als den Geburtsort der Moderne zu akzeptieren, während die europäischen Historiker die Vergangenheit des größten Teils der Menschheit keineswegs in demselben Maße zur Kenntnis nehmen.

Deshalb ist es so wichtig, dass man sich auf allen Seiten bemüht, einen wirklichen interkulturellen Dialog in Gang zu setzen. Einen Dialog, den die Delors-Kommission, die Internationale Kommission zur Erziehung für das 21. Jahrhundert, als einen Prozess des »Zusammenleben-Lernens« bezeichnet. Ein solcher Prozess entsteht, wenn man durch ein »Verständnis der Anderen und ihrer Geschichte, Traditionen und spirituellen Werte einen neuen Geist schafft, der die wachsende gegenseitige Abhängigkeit anerkennt und eine gemeinsame Analyse der Risiken und Herausforderungen der Zukunft anstellt. Dann sind die Menschen auch bereit, sich für gemeinsame Projekte zu engagieren und die unvermeidlichen Konflikte auf intelligente und friedliche Weise zu lösen.«⁴

Ich sehe darin eine Art »interkulturelle Deontologie«: also ein interkulturelles moralisches Handlungsmuster. Dieser Prozess wird von selbst ernannten Multiplikatoren, von Philosophen, Künstlern, Politikern und Entscheidungsträgern in anderen Feldern bewusst getragen. Sie organisieren Treffen von Individuen und Gruppen, um so die logischen Kategorien, Symbole und Mythen, also die Grundzüge der jeweiligen Kulturen, kennen zu lernen, die dann auf einem gemeinsamen neuen Terrain eingebracht werden. So entsteht ein gemeinsames Ganzes, das für alle Beteiligten neu ist und das niemand für sich allein beanspruchen kann.

Interkulturelle Begegnungen können auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Eine vorläufige Typologie, die auf bereits bekannten »Modellen« aufbaut, könnte

Globale Werte können durch interkulturellen Dialog gefunden werden

⁴ *Education: the Treasure Within*, Bericht der Internationalen Kommission zur Erziehung im 21. Jahrhundert, UNESCO Publishing, 1996.

wie folgt aussehen: Auf der höchsten Ebene könnten Staats- und Regierungschefs zusammentreffen, die entsprechend diplomatischen Normen einen abstrakten Dialog wie den »Dialog der Kulturen« führen. Das Modell eines interreligiösen Dialogs richtet sich an religiöse Führer. Das Thema ihre Gespräche ergäbe sich von selbst. In dem Modell repräsentativer intellektueller Persönlichkeiten könnten Akademiker, Journalisten und andere Meinungsführer aus unterschiedlichen Kulturen vor dem Hintergrund liberaler und gemeinsamer interkultureller ethischer Werte diskutieren. In einem so genannten transaktionalem Modell würden sich Manager und Wirtschaftsführer treffen, um vor dem Hintergrund verschiedener kultureller Grundannahmen über ihre jeweiligen Einstellungen zur Weltwirtschaft zu debattieren. Schließlich könnte ein Modell epistemischer Gemeinschaften Spezialisten verschiedener Disziplinen ansprechen, also Wissenschaftler, Künstler, Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen, Journalisten. Oder man bringt Menschen aus einer Altersgruppe oder eines Geschlechts zusammen, z. B. junge Leute oder Frauen.

Wir müssen diejenigen erreichen, die nicht vom Prinzip des Dialogs überzeugt sind

Diese Modelle werden allerdings sicherlich vor allem von denjenigen verfolgt, die bereits von der Notwendigkeit eines interkulturellen Dialogs überzeugt sind. Natürlich wäre es aber die vorrangige Aufgabe, diejenigen zu erreichen, die noch nicht überzeugt sind, einschließlich derer, die einen Dialog vielleicht sogar grundsätzlich ablehnen. Das ist die Herausforderung des »nach außen Gehens«. Das heißt, es müssen andere als die »üblichen Verdächtigen« angesprochen werden. So muss versucht werden, auch Meinungsführer auf lokaler Ebene zu erreichen, z. B. Bürgermeister, also Personen, die der Bevölkerung am nächsten sind. Weltweit müssen wir im Bereich der interkulturellen Beziehungen und des gegenseitigen Verständnisses auch auf lokaler Ebene Fortschritte erzielen. Dazu müssen wir unsere Ziele neu definieren. Es sind also nicht nur die Regierungen und die etablierten nationalen Eliten einzubeziehen, sondern auch zivile und lokale Organisationen sowie der private Sektor und die lokalen Medien. Anders gesagt, der Diskurs und auch der interkulturelle Dialog selbst müssen viel breiter geführt werden.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, hat gerade einen »Rat der Weisen« eingerichtet, der untersuchen soll, wie die Europäische Union solche Beziehungen entwickeln kann, und der sich um die unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union kümmern soll. Die Mitglieder des Rates sind Intellektuelle aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum. Sie kommen aus Ländern wie der Türkei, Israel oder Marokko. Der französische Journalist Jean Daniel



und die bekannte marokkanische Juristin Assia Bensalah Alaoui sitzen gemeinsam diesem Rat vor.

Eine weitere Initiative, die erst im Entstehen begriffen ist, ist die Initiative der indischen Regierung, ein Internationales Zentrum für den Dialog der Kulturen einzurichten. Dazu habe ich einige Gedanken beigetragen. In einem solchen interkulturellen Zentrum sind folgende Aktivitäten denkbar: Man könnte ein jährliches »Davos« des interkulturellen Dialogs organisieren, hochrangige wissenschaftliche Konferenzen und Zusammenkünfte über Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, Säkularisation und religiöse Identität – alles Themen, die manchmal innerhalb von Gesellschaften kontroverser diskutiert werden als zwischen verschiedenen Gesellschaften oder Staaten. Das Zentrum könnte auch Seminare für eine mittlere Führungsschicht anbieten, also vor allem für Praktiker auf lokaler Ebene und z. B. für Stadt-Manager. Auch Workshops für Journalisten wären denkbar, die ihre interkulturelle Kompetenz fördern. Ein solches Zentrum könnte sich mit Themen beschäftigen, die für einen Dialog zwischen den Kulturen essentiell sind, wie zum Beispiel religiöser Fundamentalismus. Das ist sowohl aus einer internationalen oder aber auch aus einer transnationalen Perspektive heraus denkbar. Man könnte multikulturelle Lexika der grundsätzlichen Werte-Kanons, die in unterschiedlichen Kulturen benutzt werden, erstellen. Möglich wären auch Fall-Studien über Dialog und Kooperation zwischen ethnischen oder kulturellen Gemeinschaften, die publiziert und als Modell für andere genutzt werden.

Als Letzter, der ein Einführungsreferat hält, fühle ich mich ein wenig wie ein Ergebnis, das erst auf Seite 42 einer Google-Suche auftaucht – viele der Punkte, die ich nennen wollte, wurden bereits angesprochen. Ich kann deshalb zwei Dinge versprechen: Ich werde mich kurz fassen und keine amerikanischen Politiker namentlich erwähnen. Ich werde es auch vermeiden, auf die Rolle Europas in der Welt und die Globalisierung einzugehen, weil ich meine, dass diese eindrucksvolle Runde von Kulturvermittlern sich nicht mit solch allgemeinen theoretischen Fragen befassen sollte.

Stattdessen möchte ich mich darauf konzentrieren, auf welchen Wegen Kultur übermittelt wird. Wir sollten uns vor einem insularen Bild europäischer Kultur als einer romantisch historisierten Einheit hüten. Interessant ist für mich die Frage, wie Kultur übertragen wird und wie unter den Bedingungen der Globalisierung und der weltweiten Vermischung von Kulturen sich ein europäisches

Beispiel: das indische
»Internationale Zentrum für
den Dialog der Kulturen«

Smith

Kulturelle Übermittlungswege
können Legitimität beeinflussen

Methoden der Kunstförderung
unterscheiden sich zwischen den
USA und Europa

Selbstbewusstsein bilden kann. Der Weg, den ein Kulturprodukt nimmt, kann heute über seine Legitimität entscheiden. So wurde beispielsweise Carl Schmitt in Deutschland kaum gelesen, bis plötzlich einige seiner Bücher ins Englische, Französische und Italienische übersetzt wurden. Nur weil sie im Ausland rezipiert wurden, spielten sie auch in Deutschland wieder eine Rolle. Auch Walter Benjamins Moskauer Tagebücher kamen erst nach Amerika, nachdem sie in Frankreich veröffentlicht wurden. Diese Transmissionswege sind nicht nur zufällig; ein deutscher Künstler zieht nicht wegen der Miete nach Brooklyn Heights – die ist am Prenzlauer Berg günstiger –, sondern weil die Umgebung dort Prestige verleiht. Wir Kulturvermittler interpretieren das als Zeichen für Expertise, für herausragende Leistung und Qualität. Dadurch wird es zu einem Auswahlkriterium für Intellektuelle und Künstler.

In Europa beurteilt man Kunst ganz anders als in Amerika. Als wir ein deutsch-amerikanisches Künstlerprogramm ins Leben riefen, hatten wir darüber große Auseinandersetzungen. Die deutschen Sponsoren wollten mit Hilfe ihrer Netzwerke und Berater eine Vorauswahl interessanter Künstler treffen, während die Amerikaner aus Fairnessgründen darauf bestanden, einen ganzen Tag lang im Whitney alle 112 Bewerber zu begutachten. Viele Arbeiten waren nicht besonders überzeugend, aber wenn man so umfassend vorgeht, kann man auch Entdeckungen machen. Auch das Internet macht Entdeckungen möglich und erschwert sie zugleich wegen der ungeheuren Masse an Informationen.

Ich bin gebeten worden, mich aus amerikanischer Sicht zur kulturellen Rolle Europas in der Welt zu äußern. Dabei will ich mich auf die unterschiedlichen Ansichten zu Fragen der Ethnizität und des Weltbürgertums konzentrieren. Als Experte für deutsch-jüdische Kulturgeschichte im frühen 20. Jahrhundert empfehle ich, die Diskussionen am Vorabend des Ersten Weltkriegs erneut in den Blick zu nehmen. So zum Beispiel die infame Kunstwartdebatte, die sich um die Definition »deutscher Kunst« angesichts ihrer starken Veränderung durch jüdische Einflüsse drehte. Ein Journalist fragte in einem Bericht über den Kunstwart, wie Juden als Anwälte der deutschen Kultur fungieren konnten, wenn sie nicht als Teil dieser Kultur akzeptiert wurden. Dieser Artikel führte zu einer lang anhaltenden und lautstarken Diskussion.

Die Frage ist nicht, ob wir die Durchmischung der europäischen Kultur mit amerikanischer, chinesischer, lateinamerikanischer oder einer anderen Kultur akzeptieren. Die wechselseitige Durchdringung ist eine Tatsache, die sich nicht leugnen lässt; sehen Sie sich nur die monatliche Bestseller-Liste in der Süddeut-



schen Zeitung an und wie viele Übersetzungen dort auftauchen. Die Forscher sollten sich daher damit befassen, wie man »europäische Kultur« neu definieren und übermitteln kann.

In Ihrem Beitrag, Herr Smith, wird deutlich, dass Europa und Amerika trotz aller Schwierigkeiten durch steten kulturellen Austausch eine kulturelle Region bilden.

Unsere Diskussion hat gezeigt, dass wir bei dem Thema europäische Identität sehr vorsichtig sein müssen. Eine ungebrochene Identität, so wie man sich das einmal vorgestellt hat, kann und sollte es unter der Last der europäischen Geschichte nicht geben. Es wäre daher gut, wenn die europäische Kultur von Ironie geprägt wäre. Vielleicht gelingt es uns, Ironie mit Engagement zu verbinden und so eine Rolle der Europäer in der Welt zu definieren, die uns vor Missionarismus bewahrt. Vor diesem Hintergrund nenne ich fünf Punkte zur Rolle Europas, die mir wichtig sind.

Erstens. Wenn die Europäer eine gestaltende Rolle in der Welt annehmen wollen, müssen sie auch Verantwortung für Afrika tragen. Wenn es Europa nicht tut, wird keine andere Großregion der Welt diese Aufgabe übernehmen. Wie dringend nötig das ist, zeigen die desaströsen Entwicklungen in großen Teilen Schwarzafrikas.

Zweitens werden wir als Europäer, ob wir es wollen oder nicht, die Vermittlung über das geografische Europa hinaus nach Osten leisten müssen. Sowohl die Türkei als auch Israel müssen in einer längerfristigen Perspektive in die Europäische Union eingebunden werden. Israel beispielsweise kann meines Erachtens ökonomisch auf Dauer nicht als Außenposten der USA existieren, sondern es muss zu Europa gehören.

Drittens. Damit ergibt sich gleichzeitig eine Mittlerrolle zur islamischen Kultur, die ohnehin zum Grundbestand europäischer Kultur gehört. Wir wüssten nichts von Aristoteles, wenn uns nicht die islamischen Gelehrten daran erinnern hätten, wo unsere griechischen Wurzeln sind.

Viertens müssen die Europäer eine Alternative zum ökonomistischen amerikanischen Modell der Globalisierung entwickeln, das heute dominant ist. Ich sehe – und hier beziehe ich mich auf den Präsidenten der Georgetown Universität, einen amerikanischen Jesuiten – eine neue Gefahr des Totalitarismus, die darin besteht, dass die ökonomische Logik alle Lebensbereiche durchdringt und domi-

von der Gablentz

Strasser

Europäische Kultur sollte von Ironie geprägt sein

Vorsicht vor ökonomischem Fundamentalismus!



niert. Wir in Europa haben schreckliche Erfahrungen mit dem politischen Totalitarismus gemacht. Religiöser Totalitarismus, vulgo: Fundamentalismus, ist heute vor allem, aber nicht nur, in der islamischen Welt ein Problem. Wir sollten aber die Augen vor der Gefahr des genuin westlichen, des ökonomischen Totalitarismus nicht verschließen.

Schließlich müssen wir in Europa eine eigene Konzeption einer globalen Friedensordnung entwickeln. Diese sollte sich deutlich von der sich jetzt abzeichnenden, waffenstarrenden *Pax Americana* unterscheiden.

de Vries

Herr Isar hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass »der Rest der Welt« nicht unbedingt »europäisch« werden möchte. Ein solcher Realitätstest trägt viel zu unseren Diskussionen bei, nicht nur als Anregung zum Nachdenken, sondern auch als Grundlage für unsere Handlungen. Ich bin fasziniert von den Plänen für ein Internationales Zentrum für den Dialog der Kulturen und würde gerne mehr darüber erfahren.

Die türkische Armee
schwächt politische Parteien

Ohne damit eine Dimension dieser facettenreichen Diskussion übermäßig zu betonen, möchte ich Herrn Ergüder nach der Rolle der Armee in der türkischen Politik fragen. Es werden viele gute und schlechte Argumente in der Debatte über die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa vorgebracht, aber wir alle sind grundsätzlich der Demokratie verpflichtet. Und es scheint mir selbstverständlich, dass jedes Land, das der Europäischen Union beitrifft, die Armee dort lassen muss, wo sie hingehört: in den Kasernen. Nur am Rande: Nachdem Spanien und Portugal 1986 der Europäischen Union beigetreten waren, fragte ich meinen spanischen Kollegen nach den wichtigsten Folgen des Beitritts. Als Antwort hatte ich Investitionen, Arbeitsplätze oder kulturellen Austausch erwartet. Stattdessen sagte er, das Wichtigste sei, dass sich die spanische Armee in die Kasernen zurückgezogen habe. In der Türkei scheint die Rolle der Armee eng mit dem anscheinenden und möglicherweise tatsächlichen Versagen der politischen Parteien zusammenzuhängen. Dort sind die politischen Parteien, wenn ich das so sagen darf, noch schwächer als im übrigen Europa. Meine Frage lautet deshalb: Wie erklären Sie sich die Schwäche der politischen Parteien, sofern das auch in Ihren Augen ein Problem darstellt? Und was, wenn überhaupt, können andere europäische Länder tun, um der Türkei bei diesem Problem zu helfen und die Demokratie auf dem Weg zu einer möglichen Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stärken?

Unsere Bindung an die parlamentarische
Demokratie ist ein kleiner, aber grundlegender
Teil der europäischen Kultur.

de Vries

Könnten Sie schnell auf diese Frage antworten, Herr Ergüder, denn sie hat nur indirekt mit den kulturellen Dingen zu tun, mit denen wir uns befassen.

von der Gablentz

Herr von der Gablentz, Ihren Einwand akzeptiere ich nur zum Teil. Denn unsere Bindung an die parlamentarische Demokratie ist ein kleiner, aber grundlegender Teil der europäischen Kultur.

de Vries

Die Rolle der Armee ist ein sehr sensibles Thema in der türkischen Politik. Zu ihrer Verteidigung könnte man anführen, dass die Armee die Modernisierung unterstützt. Aber das gehört bereits der Vergangenheit an. Das türkische Militär war Garant für den Säkularismus, aber wir treten momentan in eine andere Phase ein. Deshalb müssen wir die Aufgaben des Militärs neu bestimmen, vor allem weil es die politischen Parteien schwächt. Die Militärputsche von 1960, 1970, 1971 und 1983 hatten verheerende Auswirkungen, da Parteien verboten und ihre Führer politisch kaltgestellt wurden. Und auch wenn später neue Parteien gegründet wurden, war es sehr schwierig, sie zu etablieren. In der Politik macht Übung den Meister. Deshalb ist es für ein Land sehr kostspielig, wenn die Armee alle zehn Jahre unerfahrene Politiker installiert.

Ergüder

Eine Annäherung der Türkei an Europa, auch ohne volle Mitgliedschaft in der EU, wäre ein wichtiges Beispiel für die Welt, weil es das einzige demokratische Experiment in einem islamischen Kontext wäre. Und je näher die Türkei an Europa heranrückt, desto stärker wird die türkische Zivilgesellschaft werden. Das wird militärische Staatsstriche zwar nicht ganz unmöglich, aber doch sehr unwahrscheinlich machen.

Als islamische Demokratie könnte die Türkei zum Vorbild werden

Ich erinnere daran, dass wir das Thema der Kultur in Europa deshalb gewählt haben, weil die europäische Entwicklung nur dann ihren Sinn erfüllt, wenn sie langfristig zu einer Politischen Union heranwächst. Daher ist die Frage an die Adresse der Kultur gerichtet, ob sie zu diesem Ziel etwas beitragen kann.

von Wezsäcker

Da hier von auswärtiger Kulturpolitik die Rede war, möchte ich ein Beispiel erwähnen, das ich selbst erlebt habe: Auf einer Pressekonferenz in Danzig mit den Präsidenten von Polen und Frankreich ging es um die dreiseitige Zusammenarbeit, das so genannte Weimarer Dreieck – was im Übrigen vielleicht deswegen bisher nicht so viele Früchte getragen hat, weil sich die Franzosen dafür nicht mehr so sehr interessieren, ganz anders als zu der Zeit, als Polen noch geteilt war. Während sich Lech Wałęsa darüber beklagte, dass Polen immer noch nicht Mitglied

Kann die Kultur etwas zur Bildung einer Politischen Union beitragen?



der NATO sei, versuchte ich auf die Vorzüge des Weimarer Dreiecks hinzuweisen. Darauf nahm François Mitterrand das Wort und sagte, es gebe nur ein Thema: Bei der Uruguay-Runde über die Liberalisierung des Welthandels werde er seiner Regierung nur dann erlauben, das Schlussprotokoll zu unterschreiben, wenn es einen Passus enthalte, dass keinerlei amerikanische Software je wieder auf den europäischen Kontinent gelangt. Auch Mitterrand war sich natürlich darüber im Klaren, dass diese Forderung technisch unerfüllbar ist. Dennoch hat uns sein Statement daran erinnert, dass von Frankreich ein Bewusstsein von der politischen Bedeutung der Kultur ausgeht, das auch dann für die Politische Union Europas viel bedeutet, wenn andere europäische Länder mit ihrem Kulturbewusstsein hinter den Franzosen herhinken. Das Nationalbewusstsein der Franzosen hat sich ins Universelle erweitert, weil die französischen Ziele als Menschheitsziele gedeutet wurden und so französische Geschichte zu einer Art Erfüllung einer universellen Mission wurde.

Wer denkt, ich spräche hier über die Amerikaner, täuscht sich; ich zitiere vielmehr Frankreich. Dennoch ein Wort zu den USA. Gary Smith hat vom insularen Denken in Europa gesprochen. Doch wenn es eine Insel auf der Welt gibt, dann sind es die Vereinigten Staaten. Herr Schlögel hat zu Recht die Bedeutung des Raumes betont. Amerikas Insellage, geschützt von zwei Ozeanen und mit zwei absolut verträglichen Nachbarn, ist sein großes Raumglück. Ebendeshalb hatte der 11. September für die Amerikaner diese ungeheure Wirkung, die wir Europäer noch immer nicht begriffen haben. Denn die Insulaner mussten feststellen, dass heute die geschützte Lage nicht einmal mit einem Raketenschutzschild aufrechterhalten werden kann. Diesen überwältigenden Schock für Amerika müssen wir ernst nehmen, wobei ich dem Argument, wir Europäer liefen Gefahr, ein insulares Bewusstsein zu entwickeln, nicht folgen kann.

Europäische Kultur ist nach
wie vor bedeutsam in der Welt

Dann zur Frage der Religionen, einem Thema, das eng mit der Kultur zusammenhängt. Ich erinnere daran, dass alle monotheistischen Religionen nicht in Europa, sondern im Nahen Osten entstanden sind. In Europa hat aber relativ frühzeitig ein Prozess eingesetzt, der zu einer gewissen Selbstständigkeit von Politik und Kultur gegenüber den Kirchen und religiösen Zentren geführt hat. Die Europäer haben, wahrscheinlich wiederum unter Führung der Franzosen, den Laizismus entwickelt, und dieser führte sowohl zu Toleranz in pluralistischen Gesellschaften wie auch zu einer Blüte der Wissenschaften. Was die Europäer in die Welt exportiert haben, sind nicht in erster Linie Religionen, sondern Philosophien und Ideologien, also Humanismus, Aufklärung, Marxismus und Kapitalismus.

Der europäischen Kultur kommt langfristig
eine unentbehrliche Funktion auf dem Weg
zur Politischen Union zu.

von Weizsäcker

Dass dies nicht nur positiv zu bewerten ist, brauche ich nicht eigens zu betonen. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die europäische Kultur in einer sich globalisierenden Welt nach wie vor eine bedeutsame Rolle spielt.

Auch wenn wir in unseren 37 europäischen Ländern 37 verschiedene nationale Kulturbewusstsein entwickelt haben, gibt es doch so etwas wie ein europäisches Kulturbewusstsein. Denn jede nationale Kultur in Europa definiert sich nicht nur durch die Unterschiede, sondern auch durch die Gemeinsamkeiten mit ihren Nachbarn. Die Vielfalt der europäischen Kultur ist daher zugleich immer auch ein Ausdruck der Einheit. Und dieses kulturelle Bewusstsein birgt eine Kraft, die Herr Isar im Sinne Jacques Delors' zitiert hat: Kultur ist nicht den Eliten vorbehalten, sondern sie ist das Feld, in dem sich lernen lässt, wie man zusammenlebt. Daher kommt der europäischen Kultur langfristig eine unentbehrliche Funktion auf dem Weg zur Politischen Union zu.

Die Politische Union brauchen wir zum einen, um die Breite des Ärmelkanals zu verringern und das Vereinigte Königreich näher an Europa zu binden. Zweitens brauchen wir sie für eine wahre Partnerschaft mit den Amerikanern. Denn solange es keine handlungsfähige Europäische Politische Union gibt, ist die Partnerschaft mit den USA immer in Gefahr, zu einer Abhängigkeit zu geraten, und Abhängigkeit ist eben keine Partnerschaft. Die Entwicklung im Zuge der Globalisierung setzt voraus, dass wir mit Amerika zusammenarbeiten. Wogegen wir uns wenden, ist das Entstehen einer unipolaren Welt. Ob in China, Indien, Indonesien, Japan oder in Russland, überall spürt man das Verlangen nach Einstimmigkeit der Europäer, um zur Entstehung einer multipolaren Weltordnung beizutragen. Das müssen wir in der Kultur vormachen und auf diese Weise die Bildung einer Politischen Union unterstützen.

Ich kehre zu der Frage nach den Grenzen Europas zurück, die wir besonders am Beispiel Türkei immer sehr kontrovers diskutieren. Als Historiker weise ich darauf hin, dass die Unbestimmtheit des Raumes eine Kontinuität in der Geschichte Europas ist. Geografisch bleibt die Frage nach dem Anfang und dem Ende Europas unbeantwortbar. Aber es gibt eindeutige kulturelle Grenzlinien, und es gehört zur Aufgabe der Kulturschaffenden und Kulturhistoriker, diese aufzuzeigen und zu vermitteln. Die kulturelle Grenze ist definiert durch Demokratie, Freiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Toleranz, Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde.

Nehmen Sie dagegen die vier Argumente, die Agrarkommissar Franz Fischler

Europäische Einheit für eine
multipolare Weltordnung

Gehler

Demokratie und Menschenrechte
sind die kulturelle Grenze Europas

kürzlich zum Thema Türkei angeführt hat. Ein Beitritt sei erstens nicht finanzierbar; schon die Erweiterung um die neuen Kandidatenländer koste viel zu viel. Zweitens das demografische Argument: Die Türkei werde in zehn Jahren 100 Millionen Einwohner haben, was Fischler allerdings nicht so positiv wie Herr Ergüder beurteilt. Drittens mache die Agrarbevölkerung in der Türkei knapp 50% aus, und viertens sei sich die EU schlichtweg uneinig, wie man mit der Türkei als Kandidatenland verfahren solle. Aus diesen Argumenten weht uns reines Eurokraten-Denken entgegen, eine primär ökonomistische Betrachtungsweise, während eine kulturgeschichtliche und kulturpolitische Dimension gänzlich fehlt.

Lassen Sie mich dagegen einen Beitrag von Joachim Ritter aus dem Jahr 1956 zitieren, den Aufsatz »Europäisierung als europäisches Problem« am Beispiel Türkei, der in »Metaphysik und Politik – Studien zu Aristoteles und Hegel« 1969 in Frankfurt/Main veröffentlicht wurde. Er begreift Europäisierung als einen Vorgang, »in dem außereuropäische Völker sich aus ihren bodenständigen Lebensformen lösen und die in Europa ausgebildeten Formen der gesellschaftlichen Produktion, der Bildung und der staatlich-gesellschaftlichen Organisation übernehmen und diese sich spontan und aktiv aneignen«. Dabei verweist Joachim Ritter, wie Herr Ergüder, darauf, dass die Türkei 1928 mit dem Gesetz der laizistischen Begründung des Staates die Entwicklung des Landes bewusst in eine neue Richtung gelenkt und den neuen türkischen Staat aus der Bindung zum Islam gelöst hat. An diesem Wendepunkt wird die Religion zur Privatsache und aus dem Zusammenhang des Staates und seiner Ordnung herausgenommen. »Damit« – so Ritter – »hört der Islam auf – zum ersten Mal in der Geschichte in der mohammedanischen Welt –, das Fundament zu sein, auf dem sich alle sittlichen, rechtlichen und politischen Ordnungen aufbauen.«

Anhand der Türkei werden wir europäische Identität begreifen

Der zentrale Prozess der Europäisierung ist die Dialektik zwischen der abendländischen Herkunft und der durch die moderne Zivilisation bestimmten Zukunft. In der Türkei ist eine Versöhnung beider Elemente möglich. Daher wird die Türkei das Vehikel sein, mit dem wir die europäische Identität erst wirklich erkennen, begreifen und erleben werden. Darin sehe ich eine große Chance für uns Europäer. Dabei dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass dies ein Prozess des Nehmens und Gebens sein sollte, wie das schon immer in der europäischen Geschichte der Fall war. Doch wir sprechen immer nur von einer Europäisierung der Türkei, nie von einer Islamisierung Europas. Diese Frage wird offenkundig völlig ausgeblendet und bleibt unbeantwortet.

Noch eine kurze Antwort auf die Provokation von Johano Strasser. Ich meine,

Afrika und Israel sind Aufgaben, die für Europa noch in weiter Ferne liegen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass der Balkan der europäische Verantwortungsraum Nummer 1 ist. Es war bereits ein Glück, dass die Europäische Union die Jugoslawien-Krise in den 1990ern insofern meistern konnte, als sie nicht an ihr zerbrochen und politisch gescheitert ist. Doch es wird noch lange dauern, bis wir den Balkan in eigener Verantwortung europäisieren und die dortigen Länder beitragsreif machen können.

Anschließend an Herrn von Weizsäcker ein Zitat von Fernand Braudel: »Wenn es ein einheitliches Europa gibt, dann wird es ein Europa der Kultur und Zivilisation sein.« Dabei fordere ich Sie nochmals auf, zwischen Kultur und Zivilisation zu unterscheiden.

In der Kulturdebatte betreiben wir häufig eine europäisch-französische Nabelschau. Dagegen möchte ich den Blick auf die kulturellen Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarn richten. In Europa gibt es eine Nord-Süd- und eine Ost-West-Achse. Die Erweiterungsdiskussion deckt die Ost-West-Achse ab. Auf der Nord-Süd-Achse liegt die mediterrane Dimension der europäischen Kultur, und dazu gehört die Wiege der drei monotheistischen Religionen, wie Herr von Weizsäcker erwähnte. Diesen Aspekt haben wir bisher kaum diskutiert, und ich würde es begrüßen, mehr über den Barcelona-Prozess zu erfahren. Bei einem Treffen der Außenminister der Mittelmeerränderstaaten konnte ich kürzlich feststellen, dass sie alle an eine gemeinsame wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft glauben. Doch bei diesem Gipfel fehlte ganz entscheidend ein israelischer Teilnehmer. Ich denke, wir sollten die mediterrane Dimension Europas unter diesem Blickwinkel erneut prüfen.

Für den letzten Abschnitt unserer Diskussion würde ich vorschlagen, dass wir weder die Probleme der Erweiterung, die sich hier am Beispiel der Türkei manifestieren, noch das Verhältnis Europas zu Amerika weiter vertiefen. Im Falle Amerikas teilen wir ohnehin einen gemeinsamen kulturellen Raum und gemeinsame Werte, die auch Basis des Globalisierungsprozesses sind. Daher haben wir es hier eher mit dem politischen Problem zu tun, wie man eine Partnerschaft organisieren kann, als mit der Frage der kulturellen Ausdehnung Europas.

Stattdessen sollten wir uns zum einen auf die kulturelle Rolle Europas in der Welt konzentrieren, mit besonderem Augenmerk für die Frage der Selbstbehauptung europäischer Kultur, die eng verknüpft ist mit der Bildung einer politischen

Ahrweiler

Der Barcelona-Prozess:

Zusammenarbeit mit Mittelmeerstaaten

von der Gablentz

Gemeinschaft in Europa. Zum anderen rege ich an, das Problem zu thematisieren, ob es zu Zeiten der kulturellen Globalisierung noch eine Fortentwicklung einer spezifisch europäischen Kultur geben kann. Drittens sollten wir das Problem des Dialogs der Kulturen, das von Herrn Isar eingeleitet wurde, weiter im Auge behalten.

Schlögel

Kultur wird eine Rolle spielen, wenn sie der Selbstbehauptung Europas dient

Ich möchte auf die europäische Entwicklung im Kontext der Globalisierung Bezug nehmen. Der heutige Prozess der beschleunigten Globalisierung knüpft an ähnliche Entwicklungen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert an, bei denen es bereits Erscheinungen gab, die man heute wieder beobachtet, das heißt Internationalität, Kosmopolitismus, gemischte Gesellschaften etc. Dieser Prozess wurde durch die Weltkriege und den Kalten Krieg unterbrochen und setzt sich heute weiter fort. Dass die Wiedervereinigung oder besser Neugründung Europas unter den Bedingungen der Globalisierung vor sich geht, bedeutet, dass dies ein außerordentlich schmerzlicher und konfliktreicher Prozess sein wird. Europäische Kultur, die ganz wesentlich zu dem Projekt der Einigung Europas gehört, wird wohl nur dann in Erscheinung treten, wenn sie der Selbstbehauptung Europas dient.

Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie es Europa gelingen kann, sich nicht mehr auf seinen Triumphen und Schätzen von gestern auszuruhen. Wie kann Europa eine souveräne Position finden, die gegenüber anderen zivilisatorischen Zentren gelassen bleibt und doch auf dem besteht, was es kann und was es zu sagen hat. Diese Souveränität einer europäischen Kultur wäre dann gelungen, wenn sie ohne Ressentiments gegenüber Amerika auskäme und sich gleichzeitig bemühen würde, die Asymmetrie des Dialogs, die Herr Isar angesprochen hat, aufzuheben. Diese selbstbewusste, aber doch gelassene Europäizität bräuchte keine billigen Polemiken und könnte mit Europas Errungenschaften, aber auch mit seinen Defekten umgehen.

Zudem wird der Prozess der Globalisierung in Europa weder konfliktlos noch idyllisch ablaufen. Die neue Einheit Europas wird begleitet von einem Prozess der erneuten Fragmentierung und der Schaffung von Ungleichzeitigkeiten, die ich bereits bei dem Thema des metropolitanen Korridors erwähnt habe. Einige Regionen wie die der so genannten »blauen Banane« werden boomen, andere Regionen dagegen zurückfallen. Für mich ist die große Frage, wie die europäische Kultur mit den Spannungen dieser Neukonfiguration umgehen und wie sie sich in diesem Prozess auch erneuern kann. Ich glaube nicht, dass wir diese Frage beantworten können, doch wir sollten diesen Vorgängen gegenüber wachsam sein und die Illu-



sion aufgeben, dass wir es mit einem idyllischen und planbaren Vorgang zu tun hätten, in dem wir Meister des Verfahrens sind.

Ich knüpfe an die Frage nach dem Verhältnis von Kultur und Politik und nach der globalen Ausstrahlung europäischer Kultur an.

Zunächst: Es gibt keine globale Ausstrahlung europäischer Kultur mehr. Die kulturellen Eliten in aller Welt werden ihr großes Interesse an europäischer Kunst und Philosophie beibehalten und damit ihre zentrale Stellung im Bildungskanon fortschreiben. Doch dies bezieht sich auf die historische Kultur und nicht auf die gegenwärtige, die auch viel schwerer als europäische definiert werden kann. Die europäische Überlieferung wird in diesem Sinn weiter Maßstäbe setzen für internationale Bildungseliten; aber das verstehen wir hier nicht unter globaler Ausstrahlung europäischer Kultur.

Ausnahmen finden sich manchmal durch die Nachgeschichte des Kolonialismus. Der Schriftsteller V.S. Naipaul beispielsweise stammt aus einer einstmals britisch kolonisierten Welt und hat in London seine Bestimmung gefunden. Die »Verwestlichung« ist hier genuin europäisch; Naipaul ist nicht über Amerika zur Literatur und dem kulturellen Selbstverständnis gekommen, das ihn prägt und das er liebt. Andererseits ist die Sache eher spezifisch englisch als europäisch. Mit diesen alten Verbindungen, die es analog in der Frankophonie gibt, bleibt Europa global präsent; doch auch das ist ein Eliten-Phänomen.

Unsere gemeinsame Kultur ist stark vergangenheitsorientiert. Als beispielsweise Herr Ergüder über die Türken vor Wien sprach, lief ein Lächeln über das Gesicht von Frau Glondys, vermutlich weil sie sich daran erinnerte, dass ein polnischer König eine wesentliche Rolle bei der Abwehr dieses Angriffs gespielt hat. Diese Familiarität, die wir untereinander haben, werden wir mit Angehörigen keines anderen Kontinents erreichen. Aber das ist eher etwas für ein Familientreffen als eine eigentlich politische Angelegenheit. Außerdem ist das Europäische leicht etwas binnengerichtet. Wir diskutieren darüber, wie wir enger zusammenkommen, aber nicht, wie wir nach außen wirken. Daher ist unser Diskurs für Außenstehende oft schwer verständlich. Ich glaube nicht, dass jemand aus Haiti oder Ghana viel mit dem, was wir hier besprechen, anfangen könnte.

Global ist also die Ausstrahlung der westlichen, nicht der europäischen Kultur. Auf absehbare Zeit wird das primär etwas Amerikanisches sein, auch wenn es tiefe europäische Wurzeln hat. Das schließt politische Institutionen mit globaler Ausstrahlung ein, also *rule of law*, Privateigentum, parlamentarische Demokratie

Roß

Die westliche, nicht die europäische Kultur hat globale Ausstrahlung

Unsere Kultur ist in die Vergangenheit und nach innen gerichtet



und dergleichen. Sobald wir den politischen Bereich im engeren Sinne betreten, gibt es keine europäischen Spezifika mehr. Die Kopenhagener Kriterien zum Eintritt in die Europäische Union zum Beispiel können auch von nicht-europäischen Demokratien erfüllt werden, ganz ohne Bezug auf kulturelle Merkmale. Deshalb glaube ich nicht, dass auf dem Wege der kulturellen Reflexion viel für die politische Identität zu gewinnen ist.

Abschließend noch eine Anmerkung zu den gegenwärtigen europäisch-amerikanischen Reibungen. Es ist auffällig, dass in einem historischen Augenblick, in dem der Westen wieder durch einen gemeinsamen Feind, den radikalen Islam, geeint ist, vor allem auf europäischer Seite der Wunsch besteht, sich gegen die Amerikaner abzugrenzen. Letztlich sitzen wir bei dieser Konfrontation wieder im selben Boot, ähnlich wie im Kalten Krieg. Ich bin überrascht, dass man sich auf beiden Seiten des Atlantiks gerade jetzt darauf konzentriert, die Gegensätze herauszuarbeiten, die doch im Vergleich zu dem, was uns gegenübersteht, relativ gering sind.

Ruth

Wir dürfen die menschlichen Seiten der Globalisierung nicht vernachlässigen!

Aus westlicher Perspektive definieren wir Globalisierung stets im Sinne von wirtschaftlicher Interaktion und vernachlässigen dabei ihre menschlichen Seiten. Wir vergessen häufig, dass Globalisierung auch Menschen und ihre Haltung zu vielen Dingen beeinflusst, insbesondere ihre Mobilität. Mit dem Bild von Konsum und individuellem Erfolg, das westliche Medien über die Welt verbreiten, ist es kein Wunder, dass junge Menschen aus ärmeren Ländern sich in reicheren Regionen ansiedeln wollen. Und sie werden das zunehmend auch tun, ob wir wollen oder nicht. Darauf müssen wir uns irgendwie einstellen.

Gruppen kulturell zu unterscheiden ist eine Form von Rassismus

Kultur kann in diesem Zusammenhang missbraucht werden. Man kritisiert Huntingtons These des *clash of civilizations* oft, aber populistische Parteien in Europa definieren Unterschiede jetzt häufig kulturell. Für mich ist diese Betonung kultureller Verschiedenheit eine Fortsetzung rassistischer, biologisch begründeter Ideologien. Der Erfolg der Dänischen Volkspartei liegt beispielsweise auch darin begründet, dass sie Dänen und insbesondere muslimische Immigranten kulturell unterscheidet. Dass dies in einer fortschrittlichen Gesellschaft wie Dänemark geschieht, hat etwas damit zu tun, dass Europas Linke die problematische Seite des Multikulturalismus nicht verstanden hat. Die Linke verbreitete in den 1970er Jahren ein Konzept der multikulturellen Gesellschaft, das auf der Vorstellung beruhte, jede Gruppe habe das Recht, sich selbst als ethnisch einzigartig zu betrachten und ihre eigene Geschichte zu schreiben. Das führte dazu, dass die

Wenn das europäische Projekt auf kultureller Ausgrenzung basiert anstatt auf universell gültigen Rechten, sehe ich dem Ergebnis nicht optimistisch entgegen.

Ruth

Mehrheitsbevölkerung die gleichen Rechte für sich in Anspruch nimmt und damit die Freiheit anderer Gruppen einschränkt. Herr Schlögel hat vor unvorhersehbaren und gefährlichen Entwicklungen gewarnt. Ich denke, dieses Problem wird dazugehören. Einmal mehr sieht sich Europa mit der Frage konfrontiert, ob Demokratie für alle gilt oder ob sich Gesellschaften wieder in »wir« und »die anderen« teilen. Ich fürchte, dass die Abgrenzung, wer zu einer Gesellschaft gehört und wer nicht, zunehmend zu einem zentralen politischen Thema in Europa wird.

Die Einwanderungsfrage hat auch mit der Vorstellung zu tun, dass kulturelle Kreativität auf Individualrechten beruht. Hier unterscheiden sich Europa und die Vereinigten Staaten grundlegend. Es gibt zwar sicherlich Rassismus in den USA, aber anders als in Europa bleibt man nicht für immer Immigrant. Die Menschen haben so viele verschiedene Hintergründe, die auch zu ihrer Identität gehören, aber sie werden nicht primär als Einwanderer dargestellt. Herr Isar beispielsweise ist für mich kein Nicht-Europäer. Er ist ein Europäer, dessen Hintergrund ihm ein anderes Wissen und andere Sichtweisen verleiht, als ich sie habe. Aber die Tatsache, dass er einmal eingewandert ist, sagt nichts über seine politische Einstellung aus. In meiner Heimat Schweden dagegen ist jemand bis in die dritte Generation ein Immigrant. Das ist besonders für künstlerisch kreative »Einwanderer« relevant, weil wir in unserer Fortschrittlichkeit die Gruppe der Einwanderer einbeziehen möchten. Das ist eine herablassende Sichtweise, weil »wir« »ihnen« das Recht zugestehen, ihren Hintergrund darzustellen, ob sie das wollen oder nicht. Jeder, unabhängig von seiner Herkunft, hat das Recht, eine ganz individuelle Position zu beziehen.

Ein anderes Beispiel ist die Salman Rushdie-Affäre. Europäische Politiker weigerten sich, ihn zu treffen, bis Mary Robinson den ersten Schritt getan hat. Wären etablierte britische Autoren wie William Golding oder Graham Greene ähnlich in ihrer künstlerischen Freiheit bedroht worden, hätte man ganz anders reagiert. Doch Rushdie galt als Einwanderer, und deshalb hat Margaret Thatcher sogar fast verteidigt, dass er beim Schreiben über den Islam und im Gebrauch islamischer Symbole in seinen Romanen Beschränkungen unterliegen sollte. Das zeigt, dass Europa das Recht von »Immigranten« auf freie Themenwahl nicht ernsthaft verteidigt.

Meine Schlussfolgerung: Wenn das europäische Projekt auf kultureller Ausgrenzung basiert anstatt auf universell gültigen Rechten, sehe ich dem Ergebnis nicht optimistisch entgegen.

In Europa werden »Einwanderer« anders behandelt



Isar Ich möchte vier weitere Punkte in die Diskussion einbringen. Erstens – und da knüpfe ich an Arne Ruths Bemerkungen an – sehen Menschen außerhalb Europas die Europäer entweder als entschiedene Universalisten, wobei das Universelle allerdings in europäischen Werten zum Ausdruck kommt, oder als Differenzialisten, für die Kulturen durch Kontakt mit anderen nie verändert werden können. In beiden Fällen handelt es sich um geschlossene essenzialistische Positionen, die sich niemals annähern können. Die Ideologien europäischer Rechtsparteien fallen meist in eine der beiden Kategorien.

Das Europabild im Ausland hängt auch davon ab, wie Einwanderer behandelt werden

Zweitens Herrn Gehlers Bemerkung zur Islamisierung Europas: Wichtig ist hierbei nicht nur die schiere Größe der muslimischen Bevölkerung in Europa, sondern auch die Tatsache, dass Auswanderung heute etwas anderes bedeutet. Früher emigrierte man ein für allemal und ließ die »alte Heimat« hinter sich zurück. Heute dagegen werden die Bindungen an die Herkunftsländer beibehalten. Darum wird das Europabild im Ausland dadurch beeinflusst, wie dieser Kontinent die neuen Einwanderer willkommen heißt.

Was drittens den von Frau Ahrweiler erwähnten Barcelona-Prozess anbelangt, liegt einer der Hauptbeweggründe für die Einsetzung der Hohen Kommission für den interkulturellen Dialog, die ihren Schwerpunkt auf »zwischenachbarliche« Kulturfragen legt, zum Teil in dem Bemühen, einen festgefahrenen Prozess wiederzubeleben.

Europa ist zu schwach, um eine multipolare Weltordnung herzustellen

Schließlich viertens die von Herrn von Weizsäcker angeschnittene Frage der Multipolarität. Die übrige Welt würde zwar eine multipolare Weltordnung begrüßen, dabei aber möglicherweise China oder Japan als Gegenpol zu den USA ansehen. Einige Beobachter denken, Europa sei dieser Aufgabe politisch und wirtschaftlich nicht gewachsen, erkennen dabei aber das europäische Kulturerbe durchaus an. Paradox ist daran, dass die Menschen bereit wären, Europa als Urquell der Kultur zu akzeptieren, obwohl sie einräumen, dass es politisch schwach ist. Allerdings könnten genau auf diesem Gebiet andere Teile der Welt etwas sehr Wichtiges von Europa lernen: wie man kultureller Vielfalt Raum gibt und mit ihr umgeht.

Wagner In diesem Zusammenhang ein Wort über die Lust am Atavismus. In dieser Diskussion gibt es Momente, in denen Sigmund Freud ein wichtiger Gesprächsteilnehmer wäre, denn bestimmte Verhaltensmuster sind universell und bedrohen uns ständig. An mir selbst bemerke ich, dass ich beim Thema Amerika stark emotional und affektiv reagiere und bestimmte kritische Mechanismen

Die Rolle von Kunst und Kultur ist es,
Komplexität aufrechtzuerhalten.

Wagner



ausfallen. Ich vermute, das hat mit dem Phänomen der Komplexitätsreduktion zu tun.

Momentan erleben wir eine derartig lusterfüllte Reduktion von Komplexität auf beiden Seiten des Atlantiks, dass ich das Gefühl habe, wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Entweder stehen wir – entgegen der These von Francis Fukuyama – am Beginn der Geschichte, in der sich Europa lustvoll in ein neues Außenfeindverhältnis begibt, damit »Identität« gewinnt und Globalisierung neu definiert. Oder aber Europa wird im Stande sein, die Komplexität auszuhalten, auch unter der Regierung eines Herrn X oder Y, die ja immer ein kurzfristiges Phänomen ist. Die Rolle von Kunst und Kultur ist es, Komplexität aufrechtzuerhalten und Widerstand zu leisten gegen bestimmte Massenphänomene – Henrik Ibsen hätte gesagt gegen die kompakte Majorität. Derzeit heißt das, den transatlantischen Dialog nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern zu intensivieren, um dem Atavismus der Komplexitätsreduktion zu entgehen. Gleichzeitig muss ich gestehen, dass ich in den letzten Jahren affektiv von nichts so erschüttert war wie von dieser Zuspitzung der amerikanischen Politik. Dieses Verhaltensmuster macht es so gefährlich und so wichtig für Europa, Stellung zu beziehen.

Abschließend noch zu den Instrumenten der Kulturpolitik. Europa hat nichts, um dieses komplexe Beziehungsgeflecht europäisch zu beantworten. Laut Artikel 151 geht es zwar auch um die Beziehungen Europas zu Drittstaaten, doch in der Realität haben wir nach wie vor eine klassische bilaterale nationale Außenkulturpolitik, und das ist eine Katastrophe. Wir benötigen dringend Instrumente oder Foren der Bearbeitung, um den Atavismen zu entgehen. Daher mein Appell auch an die Herren und Damen im Europäischen Konvent, mehr Arbeit beispielsweise in den Artikel 32 des Verfassungsentwurfs zu stecken, der »privilegierte Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn« vorsieht. Wer vergibt hier Privilegien, und wer sind unsere Nachbarn? Braucht die EU nicht vielmehr ein klares Bekenntnis zu einer differenzierten Kulturaußenpolitik, und sind nicht die nationalen Kulturinstitute meilenweit hinter den Entwicklungen zurück? Hier ist europäische Politik gefragt.

Gottfried Wagner hat ein großes Anliegen von mir angesprochen – vielen Dank.

Ich denke, dass wir auf die Frage, was europäische Kultur ist und was sie sein könnte, keine endgültige Antwort finden müssen. Denn die Frage an sich kann dies bereits leisten: Die kritische Reflexion in Europa zwischen Logos und Mythos, Glaube und Vernunft, Romantik und Aufklärung, Tradition und Fortschritt be-

Komplexitätsreduktion in
der transatlantischen Krise

Echerer

Europäische Kultur ist durch
kritische Reflexion bestimmt



stimmt das kulturelle Denken und Handeln und auch das politische Handeln immer wieder neu. Europa ist also ein Prozess und nicht ein Vertrag zwischen einzelnen Parteien.

Noch zu einer anderen Dimension der Kulturpolitik, der wir uns weniger bewusst sind. In einem langen Prozess haben wir uns viele Kulturgüter einverleibt, so wie das Wiener Caféhaus oder die ungarischen Bäder, die beide eigentlich türkischen Ursprungs sind. Das Schöne wird schnell vereinnahmt. Was also als europäisches Kulturgut nach außen verteidigt wird, entstand (und entsteht immer noch!) durch Einflüsse unterschiedlichster Art. Damit es weiterhin zu ähnlich befruchtenden Begegnungen kommen kann, müssen wir den Austausch von Künstlern und Kulturgütern nicht nur innerhalb der EU weiter befördern. Die drei wichtigsten Schlagwörter sind dabei: Authentizität, Vielfalt und Austausch!

Europas globale Rolle:
nachhaltige Politik

Schließlich zu der großen Frage: Welche globale Rolle hat Europa, und welche könnte es haben? Ich glaube, dass eine Verantwortung für das Morgen, also nachhaltige Politik in allen kritischen Bereichen, die verschiedenen Aspekte einer europäischen Rolle bündeln könnte. Dazu lassen sich, wie Herr Isar vorgeschlagen hat, Elemente aus der Vergangenheit mit einbeziehen, um für die Gegenwart stark zu sein. Mit unserer Kultur, Bildung und Wissenschaft könnten wir in einem ständigen Prozess Nachhaltigkeit fördern. Ein Motor für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Umwelt- und gerechte Sozialpolitik, Pluralismus und kulturelle Vielfalt zu sein – für mich ist das eine wunderbare Vision für die Rolle Europas.

David

Wir haben europäische Kultur als einen fortlaufenden Prozess charakterisiert und Europa als möglichen Garanten und Förderer der Komplexität verstanden. Zugleich verstehen wir unter europäischen Werten nicht ausschließlich ökonomische Werte. Damit sind wir ein Stück vorangekommen, auch wenn wir uns mit dem Ergebnis unserer Diskussion noch nicht zufrieden geben sollten.

Die These des *clash of civilizations*
ist stark vereinfachend

Herr Isar und andere haben vom *clash of civilizations* gesprochen. Ich muss gestehen, dass ich Herrn Huntington satt habe. Wer ihn andauernd zitiert, und sei es in kritischer Absicht, trägt zum Erfolg seiner Thesen bei. Diese Theorien sind äußerst vereinfachend, und es ist natürlich leichter, sich auf Huntington zu beziehen als auf Charles Malamoud und andere, deren Schriften zur Kultur weitaus komplexer sind. Wenn Sie vom Zusammenstoß der Kulturen oder auch vom Dialog der Kulturen sprechen, vertreten Sie immer noch eine sehr essentialistische Position. Wir haben die Asymmetrie angesprochen, aus der sich viele Probleme ergeben haben und künftig ergeben werden. Doch Informationsasymmetrie hat

nicht nur mit Inhalten zu tun, sondern auch mit nicht-kulturellen Werten. Bestimmte Informationen und Vorstellungen verbreiten sich, weil sie mit Macht oder mit wirtschaftlichen Werten verbunden sind, die meist mehr zählen als andere Werte. Wenn man im kulturellen Bereich tätig ist, muss man sich eine sehr bescheidene Technik zulegen, das heißt, man muss genau sein und die unmittelbare Umgebung ebenso berücksichtigen wie das, was in der jüngeren Vergangenheit geschehen ist. In Europa gehen wir häufig nicht angemessen mit komplexen kulturellen Phänomenen um.

Im Gegensatz dazu kommen sehr differenzierte Theorien, Dialoge und Deutungen beispielsweise aus dem *movimento antropofagico*, der anthropofagischen Bewegung in Brasilien, die in den 1920er und 1930er Jahren eine sehr ambitionierte und polemische Kulturkritik verfasste. Diese Denkschule, in der Mario de Andrade ein führender Kopf war, befasste sich mit kulturellen Veränderungen und Akkulturation. Sie verglich Akkulturation mit dem Prozess des Essens: Am Ende kann man nicht alle einzelnen Bestandteile wiederentdecken, die man gegessen hat. Fast wie Alchemie bringt sie neue Werte und Ausdrucksweisen hervor. Ich möchte betonen, dass Denker wie Mario de Andrade oder Walter Mignolo und Enrique Dussel in Südamerika oder Gitta Kapur in Indien uns geeignetere Instrumente zum Nachdenken an die Hand geben.

Das führt uns zum Problem der Medien zurück. Die Denker, die ich erwähnt habe, sollten viel intensiver diskutiert, verbreitet und gefördert werden als nur Herr Huntington. Dazu gehören auch die Asymmetrie und Nicht-Gleichzeitigkeit vieler kultureller Phänomene. Wenn man eurozentrisch und sehr konservativ sein will, könnte man die Moderne als Einbahnstraße beschreiben, in der eine Seite Neues erfindet und die andere es nachahmt. Aber wenn man genauer betrachtet, was wirklich geschehen ist, wird man sehr komplexe Entwicklungen entdecken, die so nicht erklärt werden können. Genauso ist es unmöglich, das Eintreten der Moderne zeitlich oder geografisch klar zu definieren. Stattdessen sollten wir dies als ein vielschichtiges und komplexes Phänomen betrachten, das es weiter zu durchdenken gilt.

Viele von Ihnen werden bereits Folgendes erlebt haben: Sie erhalten eine E-mail mit Informationen über einen sehr gefährlichen Virus, die Sie auffordert, eine Ihrer Dateien sofort zu löschen. Natürlich ist die Nachricht selbst der Virus, der Sie dazu bringen will, etwas sehr Wichtiges auf Ihrem Computer zu vernichten. Das Problem mit dem Globalismus ist ähnlich; denn er selbst fordert uns dazu auf,

Das *movimento antropofagico* hat weitaus komplexere Theorien hervorgebracht

Degot
Europäische Identität muss ein offener Begriff sein



Die Erfahrungen Osteuropas
werden verleugnet

die Idee des Weltbürgertums aufzugeben. Stattdessen sollen wir unsere Identität als eine nationale oder europäische definieren, was nahezu aufs Gleiche hinausläuft. Das könnte sehr gefährlich sein. Ich glaube, wir brauchen eine globalere Vorstellung von Europa als die, welche uns der derzeitige Globalismus suggeriert. Europäische Identität muss zu einem inklusiven Begriff werden.

Herr Isar hat auf einige postkoloniale Theorien Bezug genommen, und wir sollten diese Ideen stärker in unsere Diskussion einbeziehen. Da in Europa keine offensichtlichen ethnischen Unterschiede bestehen, könnte man meinen, postkoloniale Theorien fänden hier keine Anwendung. Doch wir befinden uns tatsächlich in einer postkolonialen Situation. Paradoxe Weise glauben einige Länder, sie hätten den Kalten Krieg gewonnen; es gibt aber keine Staaten, die glauben, sie hätten ihn verloren. Die Erfahrungen der ehemals kommunistischen Länder werden so verleugnet, und somit wird ein wichtiger Bestandteil aus der europäischen Geschichte getilgt. Es wurde die Chance vertan, bestimmte Werte, Ideen und kulturelle Erfahrungen in ein gemeinsames Verständnis von Europa einzubringen. Der sowjetische Block hatte kulturell tatsächlich eine Menge zu bieten, selbst wenn er wirtschaftlich versagt hat. Dies gilt insbesondere, wenn wir die inoffizielle Kultur mit einbeziehen, die schließlich auch ein Produkt des Sozialismus war.

In dieser postkolonialen Situation geht es uns häufig ähnlich wie den Immigrant-Künstlern, von denen Herr Ruth sprach. So werden russische Künstler oft gedrängt, Russland zu vertreten; russische Forscher sollen nur über spezifisch russische Themen sprechen, und russische Filmemacher werden nicht ermutigt, Filme über internationale Themen wie die Liebe, den Tod und das Leben zu drehen. Vermutlich wird das bereits von Regisseuren aus Frankreich oder Deutschland erledigt, und deshalb müssen wir etwas spezifisch Russisches – etwas über unser schreckliches Leben in Russland – produzieren, um bei einem internationalen Filmfestival angenommen zu werden. Diese schmerzlichen und subtilen Probleme wurden bereits im amerikanischen Kulturdiskurs erörtert und sollten auch hier diskutiert werden.

Um dieses Identitätsproblem mit einer Anekdote zu verdeutlichen: Ein sowjetischer inoffizieller Konzeptkünstler der 1970er Jahre kannte sich sehr gut mit den Entwicklungen der Konzeptkunst in Amerika und Europa aus; er fühlte sich jedoch völlig isoliert. Er schrieb eine Geschichte, in der er selbst als Mitglied eines internationalen Geografievereins auftritt. Er beschreibt sich als geschätztes Vereinsmitglied, das aber von den übrigen Mitgliedern vergessen wird, während er

Identität ist eine persönliche Wahl und ein künstlerisches Projekt.

Degot

auf einer Expedition ist. Während er nach wie vor glaubt, er sei ein Mitglied, hört er für den Verein auf zu existieren. Diese Geschichte gibt drei wichtige Hinweise für unsere Diskussion. Erstens ist der Geografie-Verein für jeden offen, der Mitglied werden will, und wir sollten es mit der europäischen Identität ähnlich halten. Zweitens ist Identität eine persönliche Wahl und ein künstlerisches Projekt. Schließlich ermöglicht einem eine Identität, eine andere abzulehnen. Weil er dem internationalen Geografenverein angehört, kann diese Person sagen: »Nein, ich bin kein Sowjetbürger, ich bin Mitglied dieses Geografenvereins.« Meine eigene Identität funktioniert auch so. Als halbe Russin und halbe Jüdin könnte ich immer sagen: »Danke, mit russischen Problemen will ich nichts zu tun haben, ich bin Jüdin.« Oder: »Vielen Dank, jüdische religiöse Probleme gehen mich nichts an, ich bin Russin.« In Amerika sage ich jetzt manchmal: »Danke, ich bin Europäer, euren Kaffee kann ich nicht trinken.« Und in Europa sage ich gern, nicht dass ich Amerikaner bin, sondern irgendwie Trans-Europäer.

Ich pflichte Herrn Roß bei, dass die Rolle der europäischen Kultur international, also von Südamerika oder von Asien aus betrachtet, längst nicht den Stellenwert hat, den viele vermuten. Da ist das Wissen von dem, was wir für bedeutend halten, meist ziemlich unterentwickelt – oder, noch häufiger, überhaupt nicht vorhanden. Erstaunlicherweise klaffen da selbst bei sonst recht Gebildeten bemerkenswerte Lücken.

Ich hatte bereits erwähnt, dass wir in der Kulturberichterstattung im deutschen Fernsehen zwar eine Fülle von Spezial-Magazinen haben, doch dass die Berichte dort immer kürzer und oberflächlicher und manche Themen gar nicht mehr behandelt werden. Aber damit nicht alles im trüben Grau oder vielleicht besser: im bunten Brei versinkt, möchte ich auch auf einige positive Entwicklungen hinweisen, die es beispielsweise im ZDF bereits seit einigen Jahren gibt. Damit meine ich die Reihe »Hot Spot«, wobei ich nicht verheimlichen will, dass ich selbst der Autor dieser Reportagen aus Schanghai oder Salvador oder Durban oder Havanna bin. Aber dass das ZDF für solche aufwändigen Kulturreportagen aus anderen Ländern überhaupt Sendeplätze zur Verfügung stellt, verdient meines Erachtens im Sinne unseres Generalthemas kräftigen Applaus. Denn in solchen TV-Dokumentationen werden völlig unerwartete, weil bisher unbekannte Perspektiven eröffnet. Es werden Horizonte erweitert, wenn wir beispielsweise etwas über die uns weit gehend fremde Township-Kultur Südafrikas in den Bildern Zwelethu Mthathwas erfahren. Oder wenn der brasilianische Künstler Marepe uns mit

Eichel

Die ZDF Reihe »Hot Spot«

Goethe-Institute können
Horizonte erweitern

den *Candomblé*-Kulten seiner Heimat Bahia vertraut macht, oder wenn der chinesische Komponist Qu Xiao-song uns eine Vorstellung von der Musikalität von Pausen vermittelt – dann werden Verständnismöglichkeiten aufgebaut, dann wird im besten Fall fast unmerklich, aber vielleicht wirkungsvoll Toleranz eingeübt. Über ähnliche Themen sollten wir vermehrt in unseren Fernseh-Programmen berichten, auch als bewussten Beitrag zum Dialog der Kulturen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu einer ganz persönlichen Erfahrung: Vor rund elf Jahren habe ich auf Vermittlung des Goethe-Instituts in Guangzhou/Südchina lokale Fernsehjournalisten beraten und mit ihnen ein chinesisches Kulturmagazin entwickelt, das noch heute im dortigen Programm laufen soll. Doch viel wichtiger als diese konkrete Arbeit war vermutlich ein Seminar, in dem ich vorher drei Tage lang über unsere damals noch sehr viel differenzierteren Kulturprogramme im deutschen Fernsehen gesprochen und dabei auch Ausschnitte aus bestimmten Magazinen vorgeführt habe. Ich bin davon überzeugt, dass damals ganz neue Denkanstöße vermittelt wurden und diese Präsentationen nachhaltige Auswirkungen hatten – beispielsweise die sehr europäische und für chinesische Köpfe revolutionäre Erkenntnis, dass Kultur auch etwas mit Auseinandersetzung und Kritik zu tun haben kann. Oder dass das Individuum mit all seinen Nöten und Sorgen im Zentrum einer Kulturbetrachtung stehen kann. Oder dass Kultur nicht nur das Schöne und Harmonische, sondern auch das Verquere, vielleicht sogar das Kaputte, in jedem Fall das Nachdenkenswerte behandeln kann oder soll.

Meine Zuhörer haben sich damals bei Free Jazz die Ohren zugehalten, und bei Joseph Beuys haben sie herzlich gelacht – weil sie sich wunderten, dass wir in unseren Breitengraden auf solch einen Scharlatan hereinfließen. Ich bin vor kurzem wieder in China gewesen und habe festgestellt, dass es heute ein solches Gelächter vermutlich kaum noch gäbe – nicht meines damaligen Auftritts wegen, sondern weil inzwischen das Verständnis für europäisches Denken durch vielerlei Einflüsse gewachsen ist – nicht zuletzt durch das Internet. Letztlich will ich damit sagen, dass solche verbal-anschaulichen Präsentationen europäischer Kultur in unseren Goethe-Instituten sicherlich wirkungsvoller und nachhaltiger sind als manche kammermusikalischen Preziosen.

Noch ein letzter Hinweis: Im Januar 2003 hat die Universität der Künste in Berlin einen neuen Studiengang kreiert, den Aufbaustudiengang »Kulturjournalismus«. In diesem in dieser Form einzigartigen Projekt sollen Menschen für die Fragen sensibilisiert werden, die wir hier diskutieren: zuerst die jungen Journa-

listen und durch sie dann eine breitere Öffentlichkeit, also Leser, Zuschauer, Zuhörer. Wir hoffen, dass wir durch diese Ausbildung von jährlich 25 ausgesuchten Studierenden, die selbstbewusst sind und ihre Materie nicht nur kennen, sondern auch lieben, die Qualität von Kulturberichterstattung in unserem Lande erhöhen und – das ist ein wünschenswertes Fernziel – vielleicht eines Tages auch die Quantität von Kultur in unseren Zeitungen und Sendeanstalten vergrößern können. Denn wir glauben, dass sich immer mehr selbstbewusste, gut schreibende Kulturjournalisten auch kraftvoll die Räume schaffen, in denen sie auftreten können – auch im Sinne einer intensiveren Beschäftigung mit europäischer Kultur.

Herr Roß meinte, wir beschäftigten uns in Europa zu sehr mit uns selbst. Ich dagegen glaube, dass wir uns zu wenig mit uns selbst beschäftigen. Denn nur wenn wir in Europa mit unseren unterschiedlichen Kulturen tatsächlich eine Einheit in der Vielfalt praktizieren, können wir ein Beispiel für andere Regionen, insbesondere den Balkan, abgeben.

Dann zum Dialog der Kulturen, der 1999 von der UNO beschlossen wurde. Wir haben uns besonders gefreut, dass diese UN-Resolution von dem iranischen Präsidenten Mohammed Chatami ausgegangen ist, denn dadurch hat sie die islamische Welt geöffnet und die Möglichkeit geschaffen, Reformkräfte in diesen Ländern zu unterstützen. Vor der Resolution galt die islamische Welt immer als ein homogener Block, in dem es niemanden gibt, den man unterstützen könnte. Der 11. September hat uns allerdings im Dialog der Kulturen zurückgeworfen. Auch wenn ich Herrn von der Gablentz nur ungern widerspreche, hat das auch dazu geführt, dass sich die Einheit der amerikanischen und europäischen Grundüberzeugungen etwas auseinander entwickelt hat. In gewissem Sinn werden die Amerikaner die Geister, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg riefen, nicht mehr los. In Europa haben wir die Idee des Marshall-Plans, durch Entwicklung wieder eine zivile Gesellschaft zu schaffen, so sehr verinnerlicht, dass wir dieses Modell gerne auch in der übrigen Welt anwenden würden. Wenn dagegen 60 Staaten, ob mit oder ohne innere Reformbewegungen, als Gegner definiert werden, die man bekämpfen sollte, dann zweifle ich daran, dass der Dialog der Kulturen, um den wir uns so bemühen, zu einem Ergebnis führen kann.

Das lässt sich deutlich am Beispiel Iran beobachten. 1999 haben wir seitens des Deutschen Bundestags eine Zusammenarbeit begonnen und den Iran bei der Ausarbeitung von Gesetzen für Frauen, die Pressefreiheit oder Ähnlichem beraten. Doch nun verschließen sich die Reformkräfte in diesen Ländern wieder, weil der

Griefahn

Nach dem 11. September müssen wir den Dialog der Kulturen fördern

Europa sollte sich in der Prävention und im Staatsaufbau engagieren

Prozess offenbar nicht weiterführt. In diesem Punkt ist der Konsens und das gemeinsame Interesse mit den USA aufgebrochen, und ich würde gerne einen Weg finden, das zu revidieren. Denn der Ansatz, den Aufbau von Institutionen und Strukturen zu fördern, war in Europa sehr erfolgreich, und wir verfolgen ihn auch in Afghanistan. Europa hat ein starkes Interesse daran, die kulturelle Leistung der Prävention und des Staatsaufbaus zu stärken und auf diesem Gebiet wieder eine gemeinsame Position mit den USA herzustellen.

Pack Ich möchte Frau Griefahn darin unterstützen, dass sich Europa nach seiner Wiedervereinigung seiner eigenen Vielfalt bewusst werden sollte. Denn die Westeuropäer wissen nicht, wie tief die europäische Kultur in Estland, Lettland, Litauen oder Polen verwurzelt ist. In unserer Fraktion haben wir uns bemüht, in diese Länder zu fahren, um dies zu erleben. Das ist immer wieder ein sehr positives Aha-Erlebnis. Genau an diesem Punkt, nämlich um unsere kulturelle Vielfalt stärker präsent zu machen, sollte der Kulturartikel der Europäischen Verträge eingesetzt werden.

Die EU hat keine
auswärtige Kulturpolitik

Zweitens diskutieren wir über Europas kulturelle Rolle in der Welt. Wir sprechen wohlgerne nicht von der Rolle der Europäischen Union in der Welt; denn das würde uns zu ganz falschen Schlüssen führen. Die Europäische Union macht keine auswärtige Kulturpolitik. Das heißt, die Aufgabe, europäische Kultur nach außen zu vermitteln, ist eine individuelle, eine regionale oder eine nationale Aufgabe. Der EU-Vertrag und der Haushalt bieten nur minimale Möglichkeiten, was die Beziehungen zu Drittländern angeht. Auf dem Balkan beispielsweise haben wir im Bereich Kultur gar nichts gemacht. Und was wir im Bereich Erziehung erreicht haben, war nur möglich, weil wir andere Finanziere hatten. Die Europäische Kommission und der Ministerrat haben für diese Fragen zwar manchmal ein offenes Ohr, aber das Geld wird lieber für andere Dinge ausgegeben oder versickert gelegentlich einfach nur.

Drittens ein positives Beispiel, mit dem wir dennoch versuchen, die kulturelle Vielfalt Europas auch der Welt zu zeigen. Das neue Programm *Erasmus World*, das wir gerne in *Erasmus Mundus* umbenennen würden, gibt Studenten aus aller Welt die Möglichkeit, an europäischen Hochschulen ein Diplom zu erwerben. Dieses hervorragende Programm könnte im Rahmen der EU eine Art Transmissionsriemen sein; leider sind wir bis heute nicht zu mehr in der Lage.



Wir haben Europa durch drei Elemente charakterisiert: Erstens die politische Einheit Europas, die noch nicht genügend entwickelt ist. Zweitens eine kulturelle Identität, die existiert, die aber relativ vielfältig bleiben muss und unpräzise definiert werden sollte. Da Identität ein Prozess ist, ist diese schwache Definition ein Vorteil und nicht ein Nachteil. Drittens Familienähnlichkeiten zwischen uns. Wir haben eine gemeinsame Geschichte, die sehr oft auch eine Konfliktgeschichte war und die Gemeinsamkeiten schafft, auch wenn es schwierig ist, diese genau zu bestimmen. Auch diese Verbindung ist daher eher schwach, aber nicht ohne Bedeutung.

Wichtig ist, dass diese drei schwachen Punkte zusammen eine Stärke ergeben. Um dies mit einem Bild zu veranschaulichen, stelle man sich einen Tisch vor, dessen Stabilität von der Anzahl der Tischbeine abhängt: Um die Tischplatte zu halten, müssen es mindestens drei sein; jedes einzelne für sich allein reicht nicht aus, aber drei zusammen genügen. Es wäre ein Fehler, sich entweder nur auf die kulturellen oder die politischen oder die geschichtlichen Gemeinsamkeiten zu konzentrieren. Unsere Chance besteht darin, alle drei Aspekte gleichzeitig im Auge zu behalten und dadurch die Komplexität zu bewahren. Komplexität kann nicht durch eine starke Theorie erreicht und bewältigt werden, im Gegenteil können uns gerade diese drei schwachen Ansätze helfen, die Komplexität zu meistern.

Als letzte Bemerkung möchte ich Herrn Roß zustimmen, dass die internationale Ausstrahlung unserer Identität und Kultur zurzeit nicht allzu groß ist. Doch das ist auch eine Frage der Macht, und das Fehlen einer politischen Einheit schwächt uns sehr. Nur wenn wir alle drei Elemente gleichzeitig ansprechen, ist auch unsere Außenwirkung viel größer.

Ich möchte kurz aus der Rolle, in die ich als einziger Amerikaner hier gedrängt werde, ausbrechen. Meine Mutter ist 1939 aus Deutschland über Kuba nach Amerika emigriert. Ich selbst kam zum Studium der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie nach Deutschland. Doch in Jürgen Habermas' Doktorandenkolloquium in Frankfurt haben wir Willard van Orman Quine und Hilary Putnam gelesen. Daher bin ich linguistisch und kulturell genauso verwirrt wie manch andere hier am Tisch.

Von Johano Strasser habe ich nichts anderes erwartet als diese Ideologisierung der Diskussion, die übrigens keine Ironie duldet, auch wenn sie Ironie fordert. Aber ich bin enttäuscht von Gottfried Wagners Beitrag, in dem er ein so einseitiges Bild von der Komplexitätsreduktion zeichnet. Natürlich findet Komplexitäts-

Perone

Europas Schwächen können
gemeinsam eine Stärke ergeben

Smith

In Europa wird die amerikanische
Debatte über die Legitimität
von Gewalt nicht wahrgenommen



reduktion auf beiden Seiten des Atlantiks statt, aber es wird oft übersehen, dass in Europa auch in intellektuellen Kreisen mit einem Comic-Bild von Amerika gearbeitet wird. Nehmen Sie zum Beispiel den Gedankenaustausch zwischen Intellektuellen im Vorfeld des Afghanistan-Einsatzes. Eine bemerkenswerte Gruppe amerikanischer Intellektueller, von Michael Walzer auf der linken bis zu Amitai Etzioni auf der rechten Seite des Spektrums, hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, wann es moralisch gerechtfertigt ist, Gewalt anzuwenden. Diese Debatte hat Tradition in Amerika in den Auseinandersetzungen während des Vietnamkriegs, den Arbeiten Walzers und vielem mehr.

Mit diesen Fragen setzt sich der Brief dieser ziemlich labilen Gruppe europäischer Professoren und Intellektuellen, der kürzlich veröffentlicht wurde, überhaupt nicht auseinander, sondern er enthält nur eine allgemeine Polemik gegen die Globalisierung. Und genau deswegen, Herr Jones, ist die unipolare Welt ein Mythos. Wir sprechen zu undifferenziert über die Globalisierung. Die reine Globalisierungskritik ist falsch, weil die Mächte, die die Globalisierung vorantreiben, unter anderem Europa und Amerika, auch gewisse Steuerungsmöglichkeiten haben.

Zur Insularität: Einerseits sollten wir die Insellage Amerikas sehr differenziert bewerten, denn Amerika ist ein ethnisch äußerst vielfältiges und offenes Land. Ich sage das, obwohl ich seit 17 Jahren in Europa lebe und mit Hilfe des Europäers Jean Baudrillard Amerika besser verstehe. Andererseits wende ich mich auch gegen die Vorstellung der Tradierbarkeit einer insularen oder statischen europäischen Tradition. Die Türkei zeigt, dass diese Tradition nicht statisch sein kann.

Schließlich halte ich es für einen großen Fehler, europäische kulturelle oder politische Prioritäten gegen Amerika zu definieren. Auch wenn manche Kräfte, sei es unser leidiger Verteidigungsminister oder Ihr ungeschickter Kanzler, dagegen wirken, bleiben Europa und Amerika ein kultureller und ein politischer Raum. Eine souveräne europäische Position bedarf einer Vision, die auch die natürliche politische, strategische und normative Allianz mit Amerika reflektiert. Dabei unterstreiche ich alles, was Jan Roß gesagt hat. Ich will nur anmerken, dass Amerika die Todesstrafe sicher abschaffen wird, wenn auch nicht in den nächsten zwei Jahren, in denen George Bush noch regiert.

Europa und die USA
bleiben ein kultureller Raum

Jones Herzlichen Dank, Herr Smith, für diese letzte, beruhigende Bemerkung! Ich hoffe, dass Sie bald verkünden können, dass die Vereinigten Staaten dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten sind, was ein wichtiger Beitrag wäre.

Gegen Ende unseres Gesprächskreises schließe ich mich Frau Packer Optimismus an und trete damit dem Pessimismus und Zweifel entgegen, die hier besonders am Anfang deutlich wurden. Europa entwickelt sich und steht kurz vor einem weiteren bemerkenswerten Integrationsschritt. Die Aufgaben des Europäischen Verfassungskonvents sind gewaltig.

Ich möchte mich zu den kulturellen Grundlagen für eine Politische Union äußern, die Herr von Weizsäcker erwähnt hat. Um diese Grundlagen abzusichern, schlage ich vier Dinge für die Präambel des neuen Vertrags vor. Erstens sollten wir daran festhalten, eine zunehmend engere Beziehung zwischen den Völkern, nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten, zu schaffen, wie es bereits in den Römischen Verträgen von 1957 steht. Zweitens sollten wir die Idee aus dem Bericht von Jacques Delors aufgreifen zu lernen, miteinander zu leben, oder vielleicht zu leben, zu studieren und zusammenzuarbeiten. Drittens sollte die Formulierung, den Reichtum und die Vielfalt unserer Kulturen zu wahren und zu fördern, nicht nur defensiv, sondern auch aktiv und dynamisch verstanden werden. Viertens sollte die fünfte Freiheit erwähnt werden, von der Delors oft gesprochen hat, als Erasmus und andere Programme 1986/87 im Vorfeld des Binnenmarkts geschaffen wurden. Die bestehende Freizügigkeit von Kapital, Dienstleistungen, Gütern und Personen sollte um den freien Fluss der Ideen erweitert werden. Wenn dazu die Grundrechtscharta in den Vertrag aufgenommen wird, haben wir eine gute Grundlage für europäische Kulturpolitik geschaffen.

Zum Schluss möchte ich mich besonders für die ausgezeichnete Simultanübersetzung bedanken, die uns klar die Bedeutung interkultureller Kommunikation darlegt.

Ich möchte zu Johano Strassers Bemerkung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung hinzufügen, dass die sozialen Auswirkungen der Globalisierung sehr wichtig sind, aber oft vernachlässigt werden. Europa könnte einiges dagegen tun. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das System von Bretton Woods geschaffen, um die Weltwirtschaft zu regulieren. Dieses System muss reformiert werden, denn die Globalisierung schafft viele Unsicherheiten, Ungleichheiten und Konflikte zwischen den Reichen und den Armen, den Zurückgelassenen. Gegenwärtig versagt das internationale System dabei, diesen Prozess sozial und wirtschaftlich zu gestalten.

Ich habe bereits erwähnt, dass diese Sorgen durch den Islam zum Ausdruck gebracht werden. Nehmen Sie zum Beispiel die Piloten vom 11. September und

Vorschläge für die Präambel
der europäischen Verfassung

Ergüder

Wir brauchen einen
globalen Sozialstaat



ihre persönlichen Geschichten: Sie waren gut ausgebildet, konnten Erfahrungen in Europa sammeln und waren sich der dunklen Seiten der Globalisierung sehr bewusst. Die internationale Gemeinschaft muss sich dieses Problems unbedingt annehmen, indem sie ein internationales Wohlfahrtssystem schafft.

von der Gablentz

Ich danke Ihnen allen für ein außerordentlich lebhaftes Gespräch. Ich freue mich besonders, dass vielfach erwähnt wurde, wir würden viel voneinander lernen, wenn wir auch keine Lösungen für die unendlich vielen angesprochenen Probleme finden können. Wir können Trost schöpfen aus der Feststellung von Herrn Perone, dass die mangelnde Präzision im Kulturbereich Stärke bedeutet; denn so sind wir fähig, mit der unermesslichen Komplexität und Unsicherheit künftiger Entwicklungen fertig zu werden.

Als Ergebnis des ersten Teils unserer Diskussion haben wir gesagt, dass Kultur ein wichtiges Kapital für die Zukunft und den Zusammenhalt des größeren, weiteren Europas ist. Denn dieses Europa kann nicht allein durch den *acquis communautaire* und die 80.000 Seiten Regelungen zusammengehalten werden. Insofern begrüße ich, dass die Rolle der Kultur für das Entstehen einer politischen Gemeinschaft, einer Polis und eines Europas der Bürger, immer wieder zum Ausdruck kam.

Das bedeutet, dass wir in unseren jeweiligen Lebens- und Arbeitsbereichen auch dafür sorgen müssen, dass in der Neukonstruktion Europas Platz für Kultur geschaffen wird. Dazu wurde eine Reihe praktischer Vorschläge gemacht, die sich in dem Appell zusammenfassen lassen, dass der Europäische Konvent die Stimme der Zivilgesellschaft hört und die Politik sich der Kultur in Europa annimmt. Erziehung und Bildung spielen in diesem Zusammenhang eine ganz entscheidende Rolle.

Der dritte Teil der Diskussion behandelte die Frage, wie sich die europäische Kultur in einer modernen, globalisierten kulturellen Entwicklung behaupten kann, was sie zu dieser Entwicklung beitragen kann und welches ihre wesentlichen Partner sind.

von Weizsäcker

Europa und die USA
müssen gemeinsam gegen den
radikalen Islam vorgehen

Abschließend möchte ich noch einmal auf das Thema der Kultur im Zusammenhang mit den transatlantischen Beziehungen zurückkommen. Jan Roß hat vollkommen Recht, dass es falsch und gefährlich wäre, es gerade jetzt zwischen Amerika und Europa zu einer Spaltung kommen zu lassen, denn wir stehen gemeinsamen Gefahren gegenüber und haben gemeinsame Ziele.



Dennoch sollten wir die Parallele zwischen dem Kalten Krieg und der Gegnerschaft zum radikalen Islam nicht so wörtlich nehmen. Während des Kalten Kriegs hatte man einen klar definierten Gegner. Heute dagegen ist der Gegner, auch wenn wir ihn als radikalen Islamismus benennen, schwer definierbar und schlagbar, und gerade das zählt zu den Schwierigkeiten in der transatlantischen Diskussion. In einem Krieg gegen den Irak haben wir den »Vorteil« eines definierbaren, schlagbaren Gegners, nicht aber beim radikalen Islam. Umso wichtiger für das Vorgehen gegen den radikalen Islam wäre es, keine Gegensätze über den Atlantik hinweg entstehen zu lassen. Durch gegenseitige Vorwürfe kommen wir nicht weiter; dennoch müssen wir uns darüber im Klaren sein, wie unterschiedlich in diesem Punkt die Wahrnehmungen sind.

Gibt es also keine Unterschiede zwischen europäischer und amerikanischer Kultur und infolgedessen auch keine spezifische europäische Kulturbotschaft? Hier dürfen wir den Kulturbegriff nicht zu eng definieren. Kultur heißt lernen, zusammenzuleben. In der amerikanischen Gesellschaft ist Kultur als die Kunst, zusammenzuleben, in vieler Hinsicht höher als bei uns entwickelt. Was aber die Globalisierung anbetrifft, sehe ich einen Unterschied zwischen dem, was Amerika bisher ansteuert, und dem, was Europa nach meiner Überzeugung auch im Wege einer Politischen Union anstreben sollte.

Im internationalen Bereich bedeutet Zusammenleben lernen und organisieren Weltordnungspolitik. Mit diesem Gedanken beschäftigt sich Amerika aus verständlichen Gründen weniger direkt. Ursprünglich haben wir viele der Weltinstitutionen Amerika zu verdanken, so die Vereinten Nationen und das Bretton Woods System. Doch mit dem Ende des Kalten Kriegs, mit der ständig wachsenden Machtdistanz und der europäischen Weigerung, an etwas anderes als an die Friedensdividende zu denken, hat sich ein Unterschied herausgestellt, der auf die Dauer so nicht bleiben darf. Weltordnungspolitik bedeutet, dass wir angefangen bei den Vereinten Nationen dafür sorgen müssen, dass handlungsfähige internationale Institutionen entstehen und sich die Machtausübung nicht auf den Sicherheitsrat beschränkt, der ausschließlich sicherheitspolitisch denkt.

Gemeinsam müssen wir erreichen, dass die WTO mit der Hilfe der WHO besser mit den Seuchen und Krankheiten in der Welt fertig wird. Es gibt amerikanische Firmen, die auf dem Gebiet der AIDS-Bekämpfung Hervorragendes leisten und dazu beitragen, dass die Arzneimittel für besonders betroffene Länder erschwinglich werden. Die Aufgabe der Europäer sehe ich vornehmlich darin, dass sie gerade auch auf diesem Gebiet systematisch an einer Weltordnungspoli-

Europa sollte Weltordnungspolitik und internationale Organisationen unterstützen

Das Recht ist Kernstück
von Kultur, nicht nur Kunst.

von Weizsäcker



tik arbeiten. Die Amerikaner mögen uns dann vorwerfen, wir seien die Schwachen und dächten deswegen an Weltorganisationen. Amerika dagegen sei stark und komme auch ohne den ewigen Frieden von Immanuel Kant aus. Das sollte uns indes nicht stören, denn wir wollen den Weg zu einer Weltordnungspolitik gemeinsam mit den Amerikanern gehen. Aber wir Europäer haben auf diesem Gebiet einen gewissen Vorsprung, und es geht hier nicht primär um die Abschaffung der Todesstrafe, nicht einmal um den Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof, sondern darum, die Weltordnungspolitik mit ihren Institutionen ernst zu nehmen. Denn das, was das Zusammenleben unter Menschen regelt, ist der eigentliche Kern dessen, was Recht bedeutet. Das Recht ist Kernstück von Kultur, nicht nur Kunst. So wunderbar die Kunst ist, aber mit der 9. Sinfonie von Beethoven alleine können wir die Weltordnungspolitik nicht regeln.

Ich möchte in erster Linie Ihnen, Herr von der Gablentz, dafür danken, wie Sie uns durch diese schwierige Thematik geführt haben. Wenn man nur unter Politikern diskutiert, ist zu befürchten, dass die Orientierung an Interessen eine eingehende Diskussion, die der Sache angemessen ist, verhindert. Wenn man nur mit Intellektuellen redet, besteht die Gefahr, die Welt in so vielen verschiedenen intellektuellen Facetten zu betrachten, dass man am Ende zu keinem Ergebnis kommt. Unter Ihrer Stabführung hat sich hier ein gemischter Kreis in sehr fruchtbarer Weise mit unserer Fragestellung beschäftigt. Deshalb gebührt der Körber-Stiftung Lob für die Auswahl eines wirklich guten Themas und die Einladung dieses spannungsreichen Kreises in das schöne Hamburg.